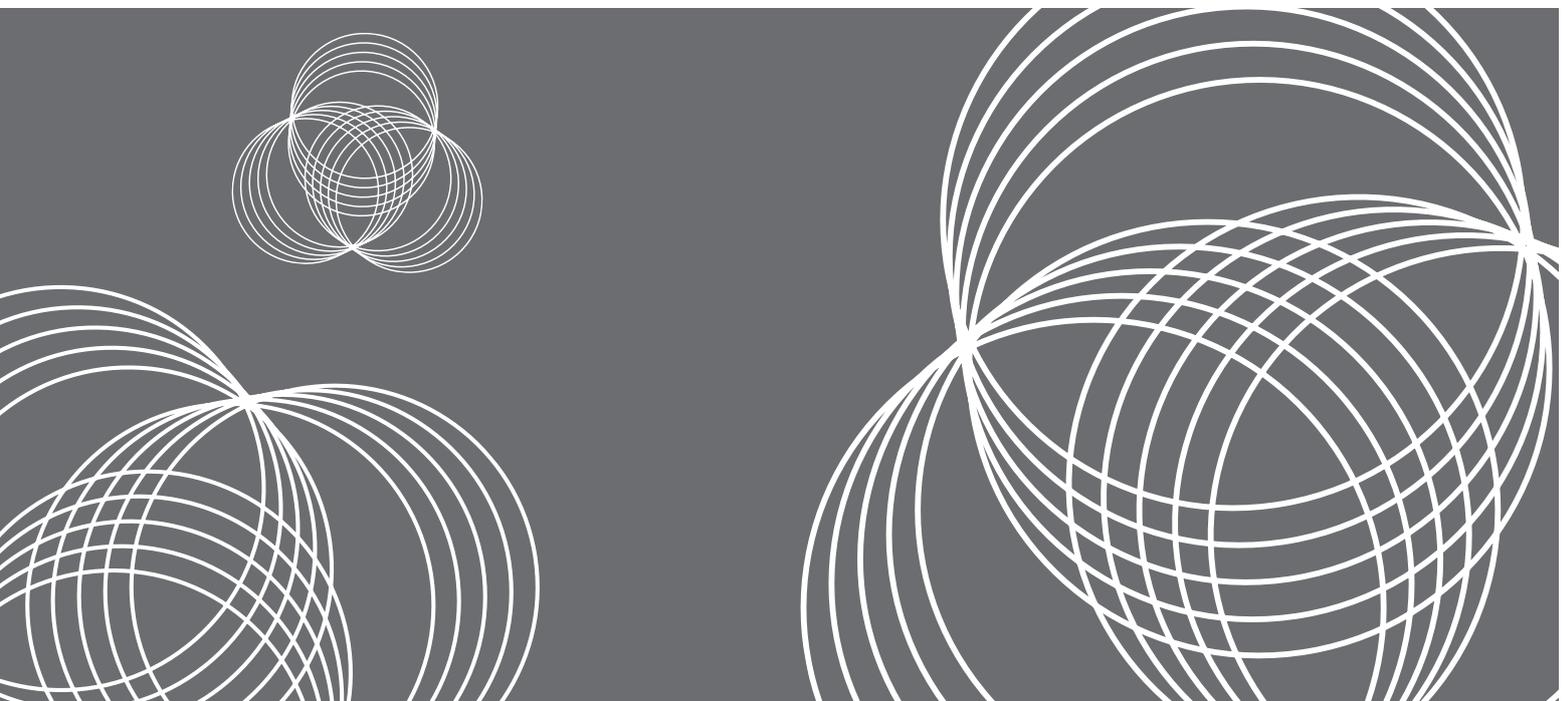


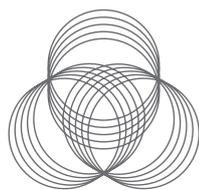
**IFSH**

Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg

# JAHRESBERICHT 2013



# JAHRES BERICHT 2013



**IFSH**

**Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg**

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)  
20144 Hamburg · Beim Schlump 83



# 0

## Inhalt

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Zur Arbeit des IFSH 2013 – Vorwort des Direktors</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Wissenschaftliche Organisation des IFSH</b>	<b>10</b>
<b>3</b>	<b>Arbeitsbereiche</b>	<b>14</b>
3.1	Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	15
3.2	Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	17
3.3	Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR <sup>2</sup> )	21
<b>4</b>	<b>Querschnittsarbeitsgruppen</b>	<b>24</b>
4.1	QAG 1: Formenwandel von Gewalt	25
4.1.1	Michael Brzoska, Wie gefährlich sind bewaffnete Drohnen für den liberalen Frieden?	28
4.2.	QAG 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	35
4.2.1	Wolfgang Zellner, Theorien stabilen Friedens: Das Konzept von Sicherheitsgemeinschaften im Lichte von Ansätzen zu neuen Mächten	38
4.3.	QAG 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale	44
4.3.1	Sebastian Schiek, Das zivilisatorische Hexagon und Rechtsstaatlichkeit außerhalb Europas	47
<b>5</b>	<b>Beratung</b>	<b>52</b>
<b>6</b>	<b>Lehre und Nachwuchsförderung</b>	<b>56</b>
6.1	Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	58
6.2	Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	60
6.3	Doktorandenbetreuung	61
<b>7</b>	<b>Service</b>	<b>62</b>
7.1	Öffentlichkeitsarbeit	63
7.2	Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz	65
7.3	Redaktion	66
<b>8</b>	<b>Gremien und Personal</b>	<b>70</b>
8.1	Kuratorium	72
8.2	Wissenschaftlicher Beirat	73
8.3	Institutsrat	73
8.4	Gleichstellung	73
8.5	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2013	74
<b>9</b>	<b>Anhang</b>	<b>76</b>
9.1	Projekte	77
9.2	Veröffentlichungen 2013	81
9.3	Statistische Daten	88



# 1

Zur Arbeit des IFSH 2013 –  
Vorwort des Direktors

# 1 Zur Arbeit des IFSH 2013 – Vorwort des Direktors

2013 war ein Jahr der Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit am IFSH, in dem gleichzeitig wichtige Grundlagen für die Zukunft geschaffen wurden.

Unter den verschiedenen wissenschaftlichen, Beratungs- und Vernetzungsaktivitäten sollen hier vier herausgehoben werden, die die internationale Bedeutung des IFSH in seinen Themenfeldern unterstreichen:

- Anfang Juli fand in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin ein Workshop zur Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa statt, der maßgeblich im IFSH konzipiert worden war („The Future of Conventional Arms Control in Europe: Goals, Ways and Means“). Der Workshop brachte mehr als 60 Teilnehmer/-innen aus rund zwei Dutzend Ländern zusammen, zwei Drittel Vertreter von Regierungen, ein Drittel von Thinktanks und akademischen Einrichtungen. Ziel der Veranstaltung, die offiziell gemeinsam vom Auswärtigen Amt, dem Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH und der BAKS veranstaltet wurde, war die Erörterung von Möglichkeiten, die Krise europäischer Rüstungskontrollpolitik zu überwinden.
- Im Oktober fand in Hamburg die erste Sitzung der „Deep-Cuts“-Kommission statt. In der Kommission sind hochrangige deutsche, US-amerikanische und russische Experten vertreten. Ziel des Vorhabens, das vom IFSH in Kooperation mit der Arms Control Association in den USA und dem russischen MGIMO organisiert und wesentlich vom Auswärtigen Amt finanziert wird, ist die Erarbeitung eines Bündels an Vorschlägen, wie weitere nukleare Abrüstung vorangetrieben werden kann. Ein Dokument, in dem eine entsprechende Strategie dargelegt wird, soll im Frühjahr 2014 öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden. Das IFSH und seine Partner hoffen damit der nuklearen Abrüstung neue Impulse geben zu können.

- Unter maßgeblicher Initiative aus dem IFSH wurde ein OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions gegründet. Das Netzwerk wurde Mitte Juni im Rahmen der vom OSZE-Generalsekretär veranstalteten Security Days der Öffentlichkeit vorgestellt. Inzwischen beteiligten sich 31 wissenschaftliche Institute aus 26 OSZE-Teilnehmerstaaten an dem in Hamburg koordinierten Netzwerk. Für die Finanzierung eines ersten gemeinsamen Projekts zum Vergleich nationaler Bedrohungswahrnehmungen wurden Mittel bei verschiedenen Außenministerien eingeworben. Das Netzwerk ist Teil der Bemühungen, bei denen CORE eine führende Rolle einnimmt, Frieden und Sicherheit im eurasisch-atlantischen Raum zu stärken.
- Im September organisierte das IFSH gemeinsam mit weiteren am KlimaCampus der Universität Hamburg beteiligten Wissenschaftler/innen einen internationalen Workshop unter dem Titel „Gendering a Sustainable Future: Conflict, Genocide and Climate Change“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigten sich intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Gender und Konflikt/Massengewalt einerseits sowie zwischen Klimawandel und Konflikt und zwischen Klimawandel und Gender andererseits. Diese Themenfelder, die in der wissenschaftlichen Forschung bisher wenig Beachtung gefunden haben, sollen am IFSH ausgebaut werden.

Diese und andere Tätigkeiten belegen die Wertschätzung des IFSH im akademischen und gesellschaftlichen Umfeld in wichtigen Themenfeldern europäischer und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik. Andere Indikatoren dafür sind die Nachfrage nach Expertise durch Medien und Entscheidungsträger auf nationaler und internationaler Ebene.

Dies belegen auch Indikatoren, die sich im statistischen Teil dieses Jahresberichts



Michael Brzoska bei der MPS-Abschlussfeier im Oktober 2013 in der Universität Hamburg

wiederfinden. Im Jahre 2013 nahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an mehr als 140 Anhörungen und internen Gesprächen in Parlamenten, Ministerien und internationalen Organisationen teil. Die Reputation in der breiten Öffentlichkeit demonstriert unter anderem die Nachfrage nach der Expertise des IFSH durch die Medien. 2013 gaben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 180 Interviews, hinzu kamen mehrere Dutzend Zeitungsartikel, aktuelle Stellungnahmen und Blogbeiträge. Weitere Indikatoren, wie mehr als 160 Vorträge und Teilnahmen an Podiumsdiskussionen sind Belege für die Beachtung, die das IFSH in der deutschen und europäischen Friedensforschung findet.

Zentrale Grundlage der Wirkung des IFSH in der Öffentlichkeit und der Politikberatung ist die wissenschaftliche Kompetenz. In den letzten Jahren ist die wissenschaftliche Leistung des IFSH kontinuierlich angestiegen.

Ein wichtiger Ausweis dafür sind die wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Das seit einigen Jahren verfolgte Ziel, statt, wie in der Vergangenheit, nicht die Anzahl der Publikationen, sondern deren Platzierung in referierten Formaten zu steigern, findet in den im statischen Anhang wiedergegebenen Zahlen deutlichen Ausdruck. Im Schnitt der letzten Jahre ist die Zahl der Veröffentlichungen im Wettbewerb gestiegen. So wächst sowohl die Zahl der referierten Veröffentlichungen insgesamt, als auch die in wissenschaftlichen Zeitschriften deutlich. Umgerechnet auf Vollzeitäquivalente veröffentlichten die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Durchschnitt knapp zwei referierte Beiträge pro Person. Nachholbedarf besteht weiterhin bei Publikationen in Zeitschriften der Liste besonders hochrangiger Zeitschriften (Thomson Reuters World of Knowledge-

Liste, auch ISI-Liste), wo aber von Jahr zu Jahr Zuwächse festzustellen sind.

Der Ausbau der wissenschaftlichen Leistung wurde vor allem durch eine Ausweitung des Niveaus der Drittmittel möglich. Dieses Niveau konnte in den letzten Jahren bei ca. einer Million Euro pro Jahr bei etwa gleichbleibender Grundförderung von etwas über 1,5 Millionen Euro verstetigt werden. Sowohl der Anteil von Neueinwerbungen von Drittmitteln als auch der Drittmittelausgaben am Gesamthaushalt des IFSH lag 2013 bei 39 %.

Unter den verschiedenen Einwerbungen des letzten Jahres für spannende Projekte sollen nur zwei besonders erwähnt werden. Zum einen „Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik“ (ZEUS-10-F-01). Das Projekt wurde von der DFG bewilligt. Zum anderen erhielt das IFSH in einem wettbewerblichen Bieterverfahren den Auftrag, für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eine Analyse sicherheitspolitischer Risiken durchzuführen. Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem BBK durchgeführt, wodurch sich Einblicke in die Arbeitsweise dieser Behörde ergeben.

Ein wichtiger Aspekt der Arbeit des IFSH ist die Nachwuchsförderung. Ein hoher Anteil der Lehre im sehr gut nachgefragten Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IFSH geleistet, die ihre Forschung in ihre Lehrveranstaltungen einbringen. Darüber hinaus sind sie auch zunehmend in die Lehre in anderen Studiengängen eingebunden. Das Doktorandenprogramm des IFSH wurde 2013 reformiert, um dem Trend nach größerer Verbindlichkeit des Promotionsstudiums Rechnung zu tragen. Promovierende am IFSH sind überwiegend bereits in Graduiertenschulen am Standort Hamburg (SICS, HIGS, GIGA) integriert, eine Kooperation, die weiter ausgebaut werden soll.

Nicht nur wegen der genannten Ereignisse und Erfolge war 2013 ein besonderes Jahr.

Nach langen Verhandlungen wurde 2013 ein Kooperationsvertrag mit der Universität Hamburg abgeschlossen. Im Vertrag wird die in den letzten Jahren vertiefte Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Ein Thema intensiver Gespräche mit der Universität Hamburg im Jahr 2013 war die Einrichtung einer gemeinsamen Juniorprofessur im Bereich der Internationalen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung internationaler Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Ebenfalls 2013 wurde ein Kooperationsvertrag mit dem GIGA unterzeichnet. Auch hier hat sich bereits ein erfreuliches Niveau der Zusammenarbeit entwickelt, insbesondere im Bereich der Lehre und Nachwuchsförderung. Noch ausbaufähig ist die Kooperation im Bereich der Forschung. Das IFSH kann hier einerseits von der breiten Kompetenz am GIGA an methodischen und theoretischen Fragen profitieren, andererseits aber dem GIGA auch spezifische Expertise im Bereich von Frieden und Sicherheit sowie zur EU und Russland bieten. Der regionalvergleichende Ansatz in der Forschung, dem sich das GIGA als Schwerpunkt verschrieben hat, kann so um weitere Regionen ergänzt werden. Ein zusätzliches mögliches Kooperationsfeld sind regionale Studien zu Zentralasien. Hier hat das IFSH mit dem 2013 erstmals durchgeführten Zentralasientag die Vernetzung der in Deutschland erfolgenden Forschung vorangetrieben. Aber auch am GIGA besteht Regionalkompetenz zu Zentralasien, sodass sich verstärkte Zusammenarbeit anbietet.

Herausragende Grundlage für die Weiterentwicklung des IFSH ist die Verabschiedung eines neuen Arbeitsprogramms „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“.

Ausgangspunkt des Arbeitsprogramms ist die Beobachtung, dass „Frieden“ und „Friedenspolitik“ als Konzepte gegenüber „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“ an Bedeutung verloren haben. Das gilt sowohl

für die internationale akademische Diskussion als auch für die Politik. Der Bedeutungsverlust von „Frieden“ als analytischem Begriff und „Friedenspolitik“ als handlungsleitendem Konzept ist, so eine diesem Arbeitsprogramm zugrunde liegende Annahme, vorrangig Folge veränderter globaler Rahmenbedingungen, die in dem Begriff Globalisierung zusammengefasst werden können. Über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus sind im Zuge vielgestaltiger Globalisierungsprozesse zum einen Gesellschaften zusammengewachsen und Konflikte entschärft worden, zum anderen aber auch neue Zerklüftungen und Bruchstellen entstanden. Hierzu ist bereits umfangreich geforscht worden, allerdings mit dem Schwerpunkt auf wirtschaftlichen und politischen Folgen der Globalisierung. Noch relativ wenige – und oftmals auch widersprüchliche – Beiträge beschäftigen sich mit den Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit. Mit dem Arbeitsprogramm will das IFSH bewusst die Begriffe Frieden, Friedensstrategien und Friedenspolitik in einer sich globalisierenden Welt in den Mittelpunkt rücken. Dabei werden aber nicht vorrangig die angenommenen „Sonnenseiten“ der Globalisierung, sondern deren potenzielle „Schattenseiten“ untersucht, also nicht deren pazifizierende Wirkungen, sondern deren Zerklüftungen und Bruchstellen, die wiederum Gefährdungen von Frieden und Sicherheit nach sich ziehen können. Typischerweise werden diese Herausforderungen vor allem als sicherheitspolitische Probleme gesehen, als solche, denen mit Abwehr, Eindämmung oder Bekämpfung begegnet werden muss.

Im Rahmen des Arbeitsprogramms untersucht das IFSH insbesondere, inwieweit traditionelle liberale friedensstrategische Ansätze diesen Problemen angemessen sind bzw. inwieweit Alternativen besser geeignet wären, um ihnen zu begegnen. Annahmen liberaler Friedenstheorien werden daraufhin geprüft, ob sie die Realität einer sich globalisierenden Welt und deren Zerklüftung erfassen. Die aus ihnen abgeleiteten Strategien und aktuellen Politiken sollen daraufhin untersucht werden, ob und wie weit mit

ihrer Hilfe die Entstehung und Anwendung kollektiver Gewalt an Bruchstellen der Globalisierung verhindert werden kann.

Wichtige Gesichtspunkte bei der Verabschiedung des neuen Arbeitsprogramms waren neben dem erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnisertrag auch die Förderung eines wissenschaftlichen Alleinstellungsmerkmals und politische Relevanz. Die Arbeit des IFSH soll weiterhin sowohl wissenschaftliche Forschung als auch gesellschaftliche und politische Beratung sowie Nachwuchsförderung und Lehre umfassen.

Mit der analytischen Verbindung von grundlegenden Ansätzen der Friedensforschung mit Herausforderungen der aktuellen Sicherheitspolitik grenzt sich das IFSH sowohl von anderen Forschungseinrichtungen der Friedensforschung wie der Sicherheits- und Regionalforschung ab. In dieser Kombination ist sie ein Alleinstellungsmerkmal des IFSH. Mit seiner Kombination einer grundlegenden friedenspolitischen Fragestellung – der Angemessenheit liberaler Friedensstrategien – mit Themenfeldern von aktueller politischer Bedeutung bietet das neue Arbeitsprogramm gute Chancen für Aufmerksamkeit und Gehör in Politik und Gesellschaft.

Mit der Einführung des Arbeitsprogramms wurden neue Organisationsstrukturen verbunden. Die erprobte Organisation in drei Abteilungen (zwei Zentren und einer interdisziplinären Arbeitsgruppe) wird durch drei Querschnittsarbeitsgruppen ergänzt. Deren Aufgabe ist vor allem die inhaltliche Füllung und Weiterentwicklung der im Arbeitsprogramm skizzierten Ideen und Ansätze. Die neue Matrixstruktur, die 2013 eingeführt wurde, muss sich erst noch bewähren, aber sie ist auch im Hinblick auf eine mögliche Neustrukturierung der Abteilungen eingeführt worden. Der personelle Umbruch, der dem IFSH aufgrund des Alters der Instituts- und Abteilungsleiter in den nächsten Jahren bevorsteht, ist ein weiterer Grund, neue Organisationsformen anzulegen und auszuprobieren. Die Effizienz der neuen Organisationsstruktur

wird laufend überprüft werden, um insbesondere zu vermeiden, dass sich unproduktive Doppelungen ergeben.

Weggänge und Neueinstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hielten sich in 2013 in etwa die Waage. Etwa die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird durch Drittmittel finanziert. Der enger werdende finanzielle Rahmen der Grundfinanzierung macht es zunehmend schwieriger, Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler über das Ende von extern finanzierten Projekten zu halten. Dadurch verlor das IFSH auch 2013 sehr gute Nachwuchskräfte, unter anderem an die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, bei der inzwischen vier ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH arbeiten.

2013 lief der erste Frauenförderplan des IFSH aus, der 2008 verabschiedet worden war. Das wichtigste Ziel des Aufwuchses der Quote weiblicher Beschäftigter im Forschungsbereich auf 45 Prozent wurde fast erreicht (44 Prozent). Insgesamt lag die Frauenquote unter den Beschäftigten am IFSH bei 47 Prozent. Der anstehende personelle Umbruch am IFSH erlaubt es, im Rahmen des Gleichstellungsplans für die kommenden fünf Jahre ehrgeizigere

Ziele, vor allem im Bereich der Leitungskräfte, in dem Frauen zurzeit noch sehr deutlich unterrepräsentiert sind, zu setzen.

Der Erfolg eines Instituts wie des IFSH beruht auf vielen Faktoren. Von vorrangiger Bedeutung ist die Unterstützung der Freien und Hansestadt Hamburg. Ein weiteres wichtiges Element ist die Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg. In den letzten Jahren ständig zugenommen hat die Kooperation mit dem GIGA. Darüber hinaus kooperiert das IFSH mit vielen wissenschaftlichen Partnern im In- und Ausland, in der Lehre und Ausbildung, in Projekten, Programmen und darüber hinaus. 2013 hat das IFSH Tagungen und Workshops mit insgesamt zehn Partnern organisiert, die überwiegende Zahl mit starker internationaler Beteiligung. Eine lange und gute Kooperation ist die mit der Bundeswehr, die seit vielen Jahren Offiziere mit voller wissenschaftlicher Freiheit an das Institut entsendet. Last but certainly not least ist die Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH, sich auf solider fachlicher Grundlage neuen Herausforderungen zu stellen, hervorzuheben. Kontinuität und Erneuerung in einem hoch motivierten Team werden auch in Zukunft Grundlage für den Erfolg der Arbeit des IFSH sein.

Februar 2014  
Michael Brzoska



# 2

## Wissenschaftliche Organisation des IFSH



## Leitbild des IFSH

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH erforschen Bedingungen des Friedens. Sie analysieren, prüfen und entwickeln Strategien zur Vermeidung und Minderung kollektiver Gewalt. Der besondere Ansatz des IFSH liegt in der analytischen Koppelung von Grundlagen der Friedensforschung mit aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik. Das IFSH verbindet exzellente Forschung mit interdisziplinärer Lehre, Nachwuchsförderung und praxisrelevanter Beratung politischer und gesellschaftlicher Akteure. Als eigenständiges wissenschaftliches Institut kooperiert das IFSH mit der Universität Hamburg, Institutionen in der Metropolregion Hamburg sowie nationalen und internationalen Partnern.

Mit dem Namen des IFSH verbindet sich ein mehrfacher Auftrag: Das IFSH ist einerseits fest in der Friedensforschung mit ihrem Anspruch verankert, dem Frieden durch Forschung auf hohem wissenschaftlichen Niveau zu dienen. Andererseits soll sich das IFSH speziell mit sicherheitspolitischen Problemen befassen, also mit Fragen, denen sich die politischen Entscheidungsträger tagesaktuell und strategisch stellen müssen. Das Schwergewicht liegt dabei satzungsgemäß auf Fragen der deutschen und europäischen Politik. Hier will das IFSH beraten, aber auch in kritischer Außensicht eigenständige Vorschläge erarbeiten.

Mit der Verbindung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik besitzt das IFSH ein Alleinstellungsmerkmal in der wissenschaftlichen Landschaft. Sie findet ihren Ausdruck zum einen in der thematischen Ausrichtung des IFSH, zum anderen in der Arbeitsorganisation.

Nachdem im vorhergehenden Arbeitsprogramm Herausforderungen internationaler Organisationen durch transnationale Gewaltakteure im Vordergrund der wissenschaftlichen Arbeit standen, widmet sich das 2013 beschlossene neue Arbeitsprogramm dem Thema „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“.

Verbindende Klammer des neuen Arbeitsprogramms ist die Untersuchung der

Angemessenheit liberaler Friedensstrategien für erfolgreiche Friedens- und Sicherheitspolitik unter den Bedingungen dynamisch fortschreitender Globalisierung und damit einhergehenden Zerklüftungen in der Weltgesellschaft. Friedenspolitik in Deutschland und Europa folgt in ihrer Rhetorik weitgehend Überlegungen liberaler Friedensstrategien, die in den 1960er und 1970er Jahren entwickelt wurden. Mit der Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges haben sich jedoch die materiellen Grundlagen dieser Überlegungen verändert. Transnationale Akteure haben, wie im vorhergehenden Arbeitsprogramm analysiert, an Bedeutung gewonnen. Staatliche Akteure in Asien und Lateinamerika, insbesondere die regionalen Führungsmächte, stellen liberale Friedenskonzepte in Frage. Frieden ist nicht mehr nur ein Problem der Peripherie, auch die innere Stabilität moderner Industriestaaten gerät in Gefahr.

Die veränderten Bedingungen legen eine ergebnisoffene Überprüfung der Angemessenheit und Reichweite liberaler Friedensstrategien nahe. Grundannahmen wie die friedensstiftende Wirkung von Demokratisierung und wirtschaftlicher Globalisierung sind zu hinterfragen. Das neue Arbeitsprogramm liefert hierfür einen analytischen Rahmen, der in den nächsten fünf Jahren in Projekten konkretisiert werden soll.

Das Arbeitsprogramm umfasst drei Forschungscluster, in denen die Auswirkungen

des globalen Wandels auf die Angemessenheit liberaler Friedenstrategien und den aus ihnen abgeleiteten Friedensstrategien überprüft werden sollen. Diese sind:

- Formenwandel von Gewalt,
- Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen,
- Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale.

*Die drei Cluster sollen durch folgende übergeordnete Leitfragen zusammengeführt werden:*

1. Inwieweit stimmen die in den liberalen Friedenstrategien postulierten Friedensbedingungen mit den aktuellen Rahmenbedingungen des globalen Wandels noch überein? Wo und in welcher Weise weichen sie davon ab?
2. Inwieweit müssen die etablierten Friedenstrategien und -strategien sowie Agenden und Instrumente insbesondere deutscher und europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen verändert oder angepasst werden?

Wichtige Gesichtspunkte bei der Entwicklung des neuen Arbeitsprogramms waren der erwartete wissenschaftliche Erkenntnissertrag und die potenzielle politische Relevanz. Die Arbeit des IFSH soll weiterhin sowohl wissenschaftliche Forschung als auch gesellschaftliche und politische Beratung sowie Nachwuchsförderung und Lehre umfassen. Mit dem neuen Arbeitsprogramm soll die Entwicklung einer längerfristigen friedenspolitischen Agenda vorangetrieben werden.

Durch die Kombination einer grundlegenden friedenspolitischen Fragestellung – der Frage nach der Angemessenheit liberaler Friedenstrategien – mit Themenfeldern von aktueller politischer Bedeutung soll sichergestellt werden, dass das IFSH auch weiterhin in Politik und Gesellschaft Aufmerksamkeit und Gehör findet. Die fachliche Reputation in der breiten Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern in Deutschland und Europa, die sich das IFSH über Jahrzehnte erarbeitet hat, ist ein wertvolles Gut, das mit

dem neuen Arbeitsprogramm erhalten und ausgebaut werden soll.

Die wissenschaftliche Arbeit im IFSH umfasst vielfältige Formen, von der Einzelstudie einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers über die Kooperation in Projekten bis hin zu gemeinschaftlichen Vorhaben des gesamten Forschungspersonals. Ein Merkmal der Arbeit des IFSH ist die Interdisziplinarität; vertreten sind Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften.

Vorrangige Organisationsform des Instituts waren und sind auch weiterhin die drei Abteilungen CORE, ZEUS und IFAR, von denen zwei als Zentren und eine als interdisziplinäre Arbeitsgruppe organisiert sind. Die Abteilungen sind für die Planung und Durchführung von Forschungsarbeiten sowie die Personalorganisation in ihren Kompetenzbereichen verantwortlich. Sie verfügen über wissenschaftliche Kompetenz und sind eng mit Entscheidungsträgern vernetzt.

Beispiele hierfür sind die engen Beziehungen und das hohe Ansehen von CORE bei der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten, das sich etwa in der regelmäßigen Schulung von Diplomatinen und Diplomaten der jeweiligen Präsidentschaft niederschlägt, oder das internationale hohe Ansehen von IFAR in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, das es dem IFSH erlaubte, 2013 die „Deep Cuts“-Kommission mit hochrangigen Fachexperten aus den USA, Russland und Deutschland ins Leben zu rufen.

Zusätzlich zu den drei Abteilungen hat das IFSH mit dem neuen Arbeitsprogramm im Jahre 2013 eine Matrixorganisation für die strategische Weiterentwicklung der Forschungsaktivitäten eingeführt. Drei Querschnittsarbeitsgruppen haben die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit zu den drei inhaltlichen Themenbereichen des AP (Formenwandel von Gewalt, Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen, innergesellschaftliche Gewaltpotenziale) voranzutreiben. Hier sollen die Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter des IFSH, die an dem Forschungscluster zugeordneten Vorhaben/Projekten/Projektideen arbeiten, über die Abteilungen hinaus vernetzt und

bei der Initiierung von arbeitsgruppen-übergreifenden Projekten unterstützt und begleitet werden.

## Forschungsthemen in der Matrix-Organisation des IFSH

IFSH Querschnitts- kompetenzen	Abteilungen und deren Kern- kompetenzen	Querschnittsarbeitsgruppen		
		Formenwandel von Gewalt	Veränderung globaler Macht- strukturen und Normen	Innengesell- schaftliche Gewalt- potenziale
Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik	CORE Friedens- und Sicherheitspolitik der OSZE, die OSZE als Organisation; Osteuropa, Zentralasien			Perspektiven für eine eurasisch-atlantische Friedensordnung
Konfliktanalyse				
Security Governance	ZEUS Friedens- und Sicherheitspolitik der EU, GSVP-Missionen, Bundeswehr, EU-Nachbarregionen, transnationale Gewaltakteure			Europa als Friedensstifter?
Rüstungskontrolle				Gewaltpotenziale Schwerpunkt EU-Europa
Wirkungsanalyse	IFAR Abrüstung, nukleare Nichtverbreitung, Risikotechnologien, Klimawandel und Sicherheit	Rüstungstechnologie und Proliferation		Perspektiven für Rüstungskontrolle im eurasisch-atlantischen Raum

# 3

## Arbeitsbereiche

## 3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) ist weltweit die einzige wissenschaftliche Einrichtung, die sich die Erforschung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Aufgabe gemacht hat. Entsprechend dem umfassenden Sicherheitsverständnis der OSZE reichen die Forschungsgegenstände dabei von Fragen europäischer Sicherheit, Rüstungskontrolle, Konfliktmanagement und transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen bis zu den Aufgabenfeldern Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit. CORE verbindet Forschung, Training und Politikberatung. In regionaler Hinsicht fokussiert das Zentrum auf Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien.

### *Inhaltliche Schwerpunkte 2013*

Die Aktivitäten von CORE im Jahre 2013 fanden vor dem Hintergrund des Wechsels vom alten Arbeitsprogramm des IFSH „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ zum neuen „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“ statt. Von den drei Forschungsclustern, die in diesem mittelfristigen Arbeitsprogramm enthalten sind, konzentriert sich CORE vorrangig auf Cluster 2 „Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen“ mit seinen zwei Forschungsfeldern „Europa als Friedensstifter“ und „Perspektiven für die eurasisch-atlantische Friedensordnung“, in



### **Mitglieder 2013**

V.l.n.r., erste Reihe: Elena Kropatcheva, Ursel Schlichting, Anna Kreikemeyer, Aziz Elmuradov (MPS), Natalia Schapeler (extern), Nadeszhda Matsokova (Praktikantin), Graeme Currie, 2. Reihe: Mirzohid Alikulov (MPS), Dauren Akberdiyev, Ulrich Kühn, Wolfgang Zellner, Frank Evers, Sebastian Schiek (nicht im Bild: Nodira Aminova, Azamjon Isabaev, Arne Seifert (extern))

OSZE-Sprache die Vision einer „euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft“. Zentralasien, konventionelle Rüstungskontrolle, OSZE-bezogene Trainings und das neue akademische Netzwerk der OSZE stellten 2013 die Höhepunkte in den Aktivitäten von CORE dar.

### *Aktivitäten zu Zentralasien*

Zentralasien stellt seit der Gründung von CORE im Jahre 2000 einen Schwerpunkt dar. 2013 empfing CORE in Zusammenarbeit mit dem deutschen Auswärtigen Amt eine hochrangige Delegation aus Tadschikistan, die sich für die Beziehungen zwischen Staat und Religion interessierte, eine höchst strittige Frage in diesem zentralasiatischen Staat. Ein vom DAAD geförderter Workshop in Duschanbe / Tadschikistan im August 2013 brachte junge Wissenschaftler/-innen aus ganz Zentralasien und Afghanistan zusammen, um die Auswirkungen der Entwicklungen in Afghanistan auf die Region zu diskutieren. Umgekehrt versammelte der Hamburger Zentralasientag im September 2013 deutsche Wissenschaftler, die sich mit Zentralasien befassen, um Perspektiven engerer Zusammenarbeit zu ergründen. Und schließlich wurden 2013 zwei Promotionsvorhaben zu Kasachstan und Kirgisistan erfolgreich abgeschlossen. Drei andere mit Zentralasienbezug laufen weiter.

### *Konventionelle Rüstungskontrolle*

Am 2./3. Juli 2013 veranstalteten CORE, das Auswärtige Amt und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gemeinsam einen Workshop zum Thema: „Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa: Ziele, Wege und Mittel“. Dieser war eine der wichtigsten Konferenzen zu diesem Thema im Jahre 2013. Etwas früher, im März 2013, hatte CORE ein eintägiges Briefing zu Fragen konventioneller Rüstungskontrolle für das Schweizer OSZE-Vorsitzteam 2014 organisiert. Diese Aktivitäten wurden ergänzt durch Vorträge des Leiters von CORE zu konventioneller Rüstungskontrolle beim

Chambésy-Workshop in Genf und beim OSZE-Forum für Sicherheitskooperation. Ein laufendes Promotionsprojekt behandelt das Thema „Kooperative Rüstungskontrolle in Europa: Ein Fall von Abbau von Regimekomplexität“.

### *OSZE-bezogene Trainingsaktivitäten*

OSZE-bezogene Trainings stellten 2013 einen dritten Schwerpunkt dar. Im Juli führte CORE in Bern einen Trainingskurs für Mitglieder des Eidgenössischen Departments für auswärtige Angelegenheiten durch, um sie auf den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 vorzubereiten. Und Ende September konnte CORE den allerersten OSZE-Einführungskurs in Ulaanbaatar für Vertreter von 18 Abteilungen der mongolischen Regierung durchführen. Die Mongolei ist der 57. Teilnehmerstaat der OSZE, der erst kürzlich in die Organisation aufgenommen wurde.

### *Das OSZE-Netzwerk von Think Tanks und akademischen Einrichtungen*

Die Gründung des OSZE-Netzwerks von Think Tanks und akademischen Einrichtungen war vielleicht das bedeutendste Ereignis im Arbeitsjahr 2013 von CORE. Das Netzwerk wurde am 18. Juni im Rahmen der *OSCE Security Days* in Wien im Beisein von OSZE-Generalsekretär Botschafter Lamberto Zannier gegründet, auf den diese Idee zurückgeht. Am 30. Oktober traf ein Netzwerktreffen in Wien Entscheidungen über Arbeitsstrukturen – ein Steuerungsausschuss, ein Netzwerkkoordinator, eine Website – und billigte ein erstes Netzwerkprojekt zum Thema „Bedrohungsperzeptionen im OSZE-Gebiet“. Das Netzwerk beabsichtigt, in der laufenden „Helsinki + 40“-Diskussion der OSZE über die Zukunft von Sicherheit und Zusammenarbeit im euro-atlantischen und eurasischen Raum eine aktive Rolle zu spielen. Der Leiter von CORE, Wolfgang Zellner, ist der erste Netzwerkkoordinator.

## 3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasste sich bis zum Sommer 2013 gemäß dem bis dahin gültigen mittelfristigen Arbeitsprogramm vorwiegend mit transnationalen Gewalt Risiken und ihren Ursachen. Dabei spielte der Beitrag der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie ihrer Partner (Drittstaaten, internationale Organisationen, Regionalorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure) zur Bearbeitung dieser Risiken eine herausgehobene Rolle. Im Zentrum stand die Frage, mittels welcher Strategien und Instrumente die EU im Zeitalter der „post-

nationalen Konstellation“ die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewalt Risiken erschweren, ihre Transformation in Gewaltkonflikte unterbinden oder manifeste transnationale Gewaltkonflikte konstruktiv bearbeiten kann. Darüber hinaus wurden die entsprechenden Politiken relevanter Mitgliedstaaten ebenso analysiert wie die wichtiger Partnerländer wie die USA oder die Russische Föderation.

ZEUS begann sich dann ab Spätsommer 2013, ausgehend vom neuen mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH, mit der Umsetzung, Wirkung und Angemessenheit von traditionellen und gegenwärtigen Friedens-



### Mitglieder 2013

V.l.n.r., erste Reihe: Hans-Georg Ehrhart, Regina Heller, Margret Johannsen, Sybille Reinke de Buitrago, Patricia Schneider, 2. Reihe: Martin Kahl, Adam Naber (Praktikant), Hendrik Hegemann, Dallin Tröger (Praktikant), Melanie Beese (Praktikantin), (nicht im Bild: Raphael Bossong, Howard Löwen, Naida Mehmedbegovic Dreilich, Daniela Pisiou, Matenia Sirseloudi, Eric van Um)

strategien zu befassen. Im Mittelpunkt steht nun die Frage, ob die Mittel, die die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts der durch die Globalisierung veränderten Bedingungen in ihren Außenbeziehungen einsetzen, aus einer friedensstrategischen und friedenspolitischen Perspektive angemessen sind.

Die Forschung des ZEUS erfolgt seitdem primär in institutsübergreifenden Querschnittsarbeitsgruppen. Im ersten Querschnittscluster ‚Formenwandel der Gewalt‘ wird untersucht, wie sich der Gewalteinsatz durch einzelne EU-Mitglieder oder Partnerstaaten, Staatenverbände wie die EU oder die NATO oder durch gesellschaftliche Akteure verändert. Das beinhaltet Fragen wie: Worin manifestiert sich der Formenwandel der Gewalt für die EU und andere Akteure? Wie kann der Formenwandel von Gewalt theoretisch erfasst werden und was heißt das für die Anpassung von Friedensstrategien? Worin liegen die Herausforderungen dieses Wandels? Wie reagieren die EU und ihre Partner auf diesen Formenwandel? Welche Strategien und Konzepte liegen dem Handeln zugrunde? Welche Rolle spielen etwa Gewaltformen wie Aufstände, Terrorismus und Piraterie und wie wird ihnen begegnet?

Im zweiten Querschnittscluster ‚Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen‘ stehen internationale Machtverschiebungen und die Angemessenheit bestehender Normen im Vordergrund. Wie agiert die EU als Friedensstifter und Normenunternehmer beispielsweise im Nahen Osten, wo das palästinensische Staatsprojekt angesichts des Bürgerkrieges in Syrien und der durch den Arabischen Frühling ausgelösten Umbrüche in der Region vor neuen Herausforderungen steht? Wie kann das Wesen der sprunghaft anmutenden russischen Außenpolitik gegenüber dem Westen erklärt werden? Wie gestaltet sich der Wandel der Sicherheitsordnung in der Grenzregion zwischen der EU und Russland? Wie sind die EU und ihre Mitgliedstaaten hinsichtlich der Funktionsweise und Interoperabilität der verschiedenen Systeme ziviler Sicherheit aufgestellt? Wie konstituieren sich angesichts neuer globaler

Machtkonstellationen Identitäten und welche Folgen hat das für kooperatives Verhalten? Wie gestaltet sich der Ansatz ‚Frieden durch Kooperation‘ im Verhältnis der EU zu asiatischen Regionalorganisationen?

Im dritten Querschnittscluster ‚Innengesellschaftliche Gewaltpotenziale‘ geht es schwerpunktmäßig um Gewaltpotenziale und Gewalttendenzen in EU-Europa. Welche Radikalisierungs- und Deradikalisierungsentwicklungen sind erkennbar? Was sind die Indikatoren für externe Einflussfaktoren auf Radikalisierungsprozesse? Welche Radikalisierungspotenziale enthält das Internet? Wann mündet Radikalisierung in Terrorismus? Wie werden Maßnahmen gegen den Terrorismus begründet und welche Vorstellungen von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen haben die Entscheidungsträger und Praktiker?

Die Forschung vom ZEUS hat starken Aktualitätsbezug. So setzten die EU und ihre Mitgliedstaaten auch 2013 ihre außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten vor allem in Afrika und Nahost fort. Das Gleiche gilt für ihre Bemühungen, zur Stabilisierung der Nachbarschaftsregionen im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beizutragen und ihr Verhältnis zum strategischen Partner Russische Föderation zu verbessern. Sie engagierte sich zudem weiter auf dem Feld der Pirateriebekämpfung und der Terrorismusabwehr und setzte sich mit Radikalisierungstendenzen auseinander. Zudem versuchte die EU, sich den laufenden globalen Machtverschiebungen zu stellen. In diesen Themenfeldern wurden sieben Forschungsanträge – vier bei der DFG, einer im Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung (BMBF), einer bei der VolkswagenStiftung und einer bei der EU im Forschungsrahmenprogramm 7 – verlängert, eingereicht oder mit der Projektarbeit begonnen. Die DFG-Anträge befassen sich mit Radikalisierung, Anti-Terrorismuspolitik, dem Verhältnis EU-Russland und den Sicherheitsbeziehungen zwischen der EU und asiatischen Regionalorganisationen, der BMBF-Antrag mit Terrorismus und Radi-

kalisierung, der Antrag für die Volkswagen Stiftung mit Konfrontationsgewalt zwischen extremistischen Gruppen und der FP7-Antrag mit Radikalisierung im Internet.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEUS organisierten auch 2013 Konferenzen und Workshops. So veranstalteten das IFSH und das Institut für Theologie und Frieden einen Workshop in Berlin zum Thema „Intervention in Mali: Zwischen Krieg, Sicherheitsgestaltung und Ethik“. Der Workshop hatte zum Ziel, die aktuelle Entwicklung in Mali vor dem Hintergrund des Formwandels des Krieges und dessen Auswirkungen auf internationale Interventionen einzuordnen, die sicherheitspolitischen Herausforderungen vor Ort und in der Region zu erörtern, den Ansatz zur Reform des Sicherheitssektors während eines laufenden Gewaltkonflikts zu problematisieren und das Spannungsfeld von Realpolitik, Sicherheitsgestaltung und Ethik am Beispiel Deutschlands und Frankreichs aufzuzeigen. Im Rahmen des Teras-Index-Projekts fand ein Workshop in Hamburg statt. Neben den Partnern des Forschungskonsortiums (IFSH, BICC, TRI, die Universitäten Erfurt und Augsburg sowie das LKA Hamburg) trugen externe Experten mit ihren Vorträgen dazu bei, die Frage nach den Auswirkungen externer Konflikte auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Europa zu erörtern.

Im Rahmen eines von der Hansestadt Hamburg geförderten Projekts zur Piraterie veranstaltete das IFSH eine öffentliche Diskussion mit Politik und Wirtschaft über maritime Sicherheit. Nach einer Begrüßung des IFSH-Direktors Michael Brzoska, stellte Patricia Schneider die Empfehlungen des PiraT-Projekts vor. Danach folgten Einschätzungen von Daniel Hosseus vom Verband Deutscher Reeder, MdB Burkhard Müller-Sönksen, FDP, und Niels Annen, SPD.

Zudem präsentierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Projektergebnisse auf Tagungen. So stellte Patricia Schneider die Ergebnisse des Pirat-Projekts auf dem Fachworkshop „Zivile Sicherheit im Warenverkehr“ des Bundesministeriums

für Bildung und Forschung (BMBF) im Panel „Sicherung der Warenketten“ in Berlin vor. Matenisa Sirseldoudi präsentierte Ergebnisse in der Session „Phänomene und Ursachen von Terrorismus und Extremismus“. Hans-Georg Ehrhart referierte am Institut für Sozialwissenschaften der Christian-Albrechts-Universität Kiel zum Thema „Security Governance und Risikoanalyse im Rahmen des Projekts PiraT“. Kerstin Petretto trug zum Roundtablegespräch „Maritime Security for Blue Growth“ in Brüssel bei. Regina Heller nahm am „Arbeitskreis Russland“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) teil und moderierte die AG „Russland als internationaler Akteur“. Wissenschaftler, Regierungsvertreter und Vertreter der Wirtschaft diskutierten über Perspektiven einer künftigen deutschen und europäischen Russlandpolitik. Martin Kahl hielt auf der Abschlusstagung des BMBF-Verbundprojektes SIRA (Sicherheit im Öffentlichen Raum), die am 7. und 8. November in München stattfand, die Keynote-Speech zum Thema „Völlig sicher? Zur Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen“.

Nachdem ZEUS bis Sommer 2013 umfangreich zu theoretischen, konzeptionellen und praktischen Fragen der Security Governance geforscht hat, stehen nun – neben der Fertigstellung laufender, noch zum alten Forschungsprogramm gehörender Forschungsprojekte – Beiträge zu den drei Querschnittsarbeitsgruppen und der übergreifenden Frage der Umsetzung, Wirkung und Angemessenheit von traditionellen und gegenwärtigen Friedensstrategien im Vordergrund. Dabei fokussieren die Forschungsbeiträge auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie ihrer Partner, aber auch auf desintegrative politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Binnenraum der Union. Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt im mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH und allen drei Querschnittsthemen leistet ZEUS eigene Beiträge durch theoretisch informierte Policy-Analysen, wissenschaftliche Publikationen, nationale und internationale Tagungen sowie öffentliche Stellungnahmen.



Die beiden Ergebnisbände des PiraT-Projekts sind 2013 erschienen

### 3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR<sup>2</sup>)

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR<sup>2</sup>) beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren, dem potenziellen Waffeneinsatz, der Strategiedebatte sowie den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle, Nonproliferation und Abrüstung unter den Bedingungen der Globalisierung. Der steigenden Komplexität solcher Fragestellungen wird in Form einer interdisziplinär arbeitenden Forschungsgruppe Rechnung getragen. Die Arbeitsweise zeichnet sich durch die Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Expertisen aus. Durch intensive Kooperation mit anderen Institutionen unterschiedlicher Disziplinen wird insbesondere Grundlagenforschung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Dimension von Rüstungskontrolle geleistet. Neben der klassischen Rüstungskontrolle beschäftigen sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit neuen Themen wie „Klima und Sicherheit“ und Cybersecurity. Darüber hinaus beteiligt sich IFAR<sup>2</sup> auch an einer Reihe von nationalen wie internationalen Expertennetzwerken, die Expertisen aus Forschung und Praxis zusammenführen und Forschungsanstrengungen bündeln.

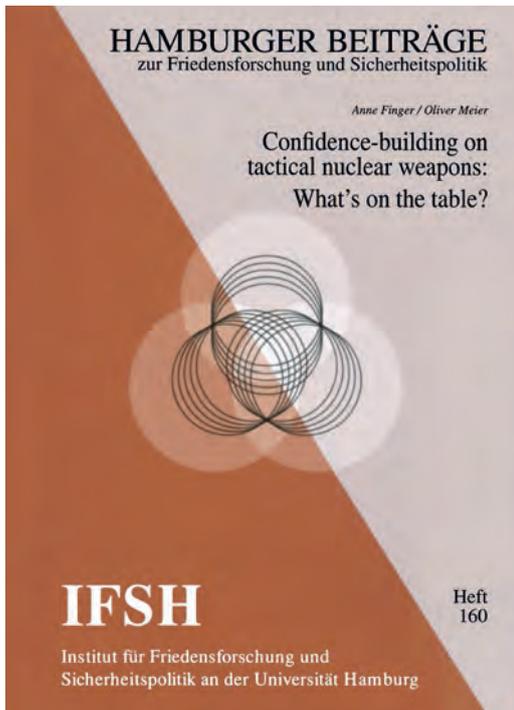
Inhaltliche Schwerpunkte der IFAR<sup>2</sup>-Projekte und -Tätigkeiten im Jahr 2013 waren der Stillstand bei der nuklearen Abrüstung, die internationale Debatte um Cybersecurity/Cyberwar und die Zukunft von Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die Organisation einiger projektbezogener Workshops. Gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin fand am 9./10. September 2013 die vom IFSH konzeptionell vorbereitete, internationale Konferenz „The Future of Arms Control. Cooperative Arms Limitations and Reductions in Times of Global Change“ statt, an der 50 Experten teilnahmen. Vom 28. bis 29. Oktober 2013 trafen sich die Mitglieder der „Deep Cuts“-Kommission

in Hamburg, um über weitere Abrüstungsschritte im amerikanisch-russischen Verhältnis zu beraten. Das deutsch-russisch-amerikanische Forschungs- und Beratungsprojekt des IFSH wird in Kooperation mit der Arms Control Association Washington (ACA) und dem Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Wissenschaftsakademie (IMEMO, RAN) durchgeführt. Das vom Auswärtigen Amt finanzierte und von der Wissenschaftsbehörde Hamburg mit einer Machbarkeitsstudie unterstützte Projekt nimmt sich der aktuellen Problematiken multinationaler nuklearer Rüstungskontrolle an und ist auf drei Jahre angelegt. Am 12. – 13. Dezember 2013 fand in Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften in Hamburg der Workshop „Die Welt ohne Nuklearwaffen? Aufgaben der Wissenschaft“ statt. Zwanzig Expertinnen und Experten diskutierten zehn wissenschaftliche Beiträge zum Thema Global Zero. Das von der William und Flora Hewlett-Stiftung unterstützte Projekt zur NATO-Nuklearpolitik wurde im Berichtsjahr mit einem Abschlussbericht erfolgreich beendet. IFAR<sup>2</sup> war Mitveranstalter von Workshops zur NATO-Nuklearpolitik in London, Brüssel und Moskau und veröffentlichte auf der Projekt-Homepage weitere Forschungspapiere und Berichte zu den Tagungen zur Atomwaffenpolitik der NATO.

IFAR<sup>2</sup>-Mitglieder nahmen an einer Vielzahl von Tagungen, Workshops und internationalen Konferenzen teil, so zum Thema Raketenabwehr und nukleare Abrüstung in Washington D.C., Warschau, Wien und Moskau. IFAR war maßgeblich an der Erarbeitung des Handbuchs „The Cybersecurity Index“ im Auftrag des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen (UNIDIR) beteiligt. Die Analyse von strategischen Technologien konzentrierte sich im Jahr 2013 vor allem auf die Drohnenproblematik, die sowohl in öffentlichen Vorträgen als auch durch

das Heft 50 der Hamburger Informationen vertieft wurde. Michael Brzoska und Götz Neuneck behandelten das Iran-Problem eingehend bei internationalen Treffen und in einer Stellungnahme. Darüber hinaus moderierte Götz Neuneck internationale Panels, so beim Treffen der ESARDA (European Safeguards Research and Development

Association) in Brügge und bei dem Side-Event der Bundesregierung bei der NPT Prep Com in Genf. Im Oktober 2013 nahm IFAR gemeinsam mit ZEUS die Arbeit an einer Studie im Auftrag des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf. Projektleiter sind Hans-Georg Ehrhart und Götz Neuneck.





### Mitglieder 2013

V.l.n.r. und von unten nach oben: Susanne Wankmüller, Ulrich Kühn, Katarzyna Kubiak, Anne Finger, Michael Schöppner, Malte Götsche (ZNF), Thomas Reinhold, Götz Neuneck, Christian Alwardt, Michael Brzoska (nicht im Bild: Oliver Meier)

Die Arbeiten im Rahmen des CLISAP-Exzellenzclusters fokussierten auf die Vorbereitung eines Forschungsprojekts zum Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Konflikten in der östlichen Mittelmeerregion einerseits sowie die Fortführung von Arbeiten zur Strategie von Streitkräften zum Umgang mit dem Klimawandel andererseits. Außerdem war das IFSH an zwei Tagungen beteiligt: einer Konferenz zu Klimawandel und Konflikt an der Universität Agder, Norwegen, und einem Workshop zu Genderaspekten in umweltbedingten Konflikten in Hamburg.

Die Arbeit von IFAR<sup>2</sup> lag neben den grundlegend konzeptionellen und politikberatenden wissenschaftlichen Tätigkeiten

im Themenfeld von Rüstungskontrolle, Abrüstung, Non-Proliferation und Sicherheitsaspekten des Klimawandels, auch in Beiträgen zu aktuellen internationalen Debatten und der Stärkung internationaler Expertennetzwerke. Götz Neuneck moderierte bei der Pugwash Jahrestagung in Istanbul die international besetzte Arbeitsgruppe „Disarmament, Conflict Resolution and New Weapon Technology“, die einen gemeinsamen Abschlussbericht verfasste. IFAR<sup>2</sup> stellte dem Auswärtigen Amt seine Expertise bei mehreren Gelegenheiten zur Verfügung, so bei einer Gesprächsrunde am 30. März 2013 mit Außenminister Westerwelle im Auswärtigen Amt in Berlin und bei Treffen mit Referatsleitern im Auswärtigen Amt.

# 4

## Querschnittsarbeitsgruppen

## 4.1 Querschnittsarbeitsgruppe 1 – Formenwandel von Gewalt

Querschnittsarbeitsgruppe (QAG) 1 beschäftigt sich mit einem besonders aktuellen Aspekt des Arbeitsprogramms. Wie einschlägige Statistiken zum zwischenstaatlichen Kriegsgeschehen und zu politischer und gesellschaftlicher Gewalt nahelegen, hat ein Wandel in den Formen der Ausübung kollektiver Gewalt stattgefunden. Zwischenstaatliche Kriege sind selten geworden, die Zahl und Intensität innerstaatlicher Kriege ist weiterhin hoch, aber deutlich geringer als in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Bei anderen Formen nichtstaatlicher politischer Gewalt, wie dem Terrorismus, sind die Trends unklar. Gleichzeitig sind die weltweiten Militärausgaben auf ein historisches Niveau gestiegen. Im Zuge der Globalisierung verfügen immer mehr Akteure über rüstungsrelevante Technologien. Die Gefahr der Proliferation von Nukleartechnologie und die Möglichkeit des Missbrauchs durch

staatliche und nichtstaatliche Akteure sind heute größer denn je. Neue Waffentechnologien werden entwickelt, die ihren Anwendern in klassischen militärischen Auseinandersetzungen, aber auch in asymmetrischen Kriegen Vorteile verschaffen sollen. Nicht zuletzt durch solche Technologien und deren Verbreitung, ein Beispiel sind bewaffnete Drohnen, steigt die Gefahr, dass bestehende rechtliche und ethische Einhegungen staatlicher Gewalt aufgeweicht werden.

Die Analyse kann hier aber nicht stehen bleiben, denn parallel zu den beschriebenen Veränderungen hat ein Wandel der Wahrnehmung von Sicherheitsproblemen stattgefunden. Hierfür steht insbesondere das Aufkommen des Risikobegriffs in der wissenschaftlichen und politischen Debatte. Selbst in Europa und Deutschland fühlen sich, trotz objektiv nachweisbarer Sicherheitsge-



### **Mitglieder**

V.l.n.r.: Björn Schreiber (MPS), Johann Schmid, Dallin Tröger (Praktikant), Adam Naber (Praktikant), Hans-Georg Ehrhart, Götz Neuneck, Michael Brzoska, Andrea le Guttry (Gastwissenschaftler), Christian Alwardt, Martin Kahl (nicht im Bild: Anne Finger, Christiane Fröhlich, Michael Schöppner, Patricia Schneider, Susanne Wankmüller)

winne, viele Menschen subjektiv unsicherer als etwa in Zeiten des Kalten Krieges. Eine zunehmende „Versicherheitlichung“ oder „Risikofizierung“ globalisierter Lebensumstände hat dazu beigetragen, dass immer wieder neue vermeintliche Risiken entdeckt werden. Sicherheitspolitik wiederum hat auf diesen Wandel mit einem erweiterten Angebot an Maßnahmen reagiert. Der Aufbau von Raketenabwehrsystemen, internationale Interventionen unter Führung westlicher Staaten oder der Einsatz von Drohnen im Rahmen der vernetzten Kriegführung sind Beispiele hierfür.

Diese und andere Veränderungen bei der Anwendung von kollektiver Gewalt, aber auch der Wahrnehmung von Gewalttrisiken, stellen die in Europa und Deutschland dominierenden Friedensstrategien auf die Probe. Denn die aus ihnen abgeleitete Friedenspolitik ist vor allem darauf ausgerichtet, die Bildung und Umsetzung „weicher“ und „harter“, rechtlich verbindlicher Verhaltensnormen durch Institutionen des Interessenausgleichs sowie die Anwendung kollektiver Gewalt durch gleichberechtigte Teilhabe einzuhegen. Starke internationale Organisationen, Demokratisierung auf allen Ebenen und als gerecht empfundene innerstaatliche und internationale Ordnungen sind dabei Instrumente, die als besonders wichtig erachtet werden.

Zum einen stellen die veränderten Gewaltformen die Angemessenheit zwischenstaatlicher Arrangements zur Gewalteinhegung in Frage. Sind Verrechtlichung und staatliche Kontrollmechanismen noch geeignet, kollektive Gewalt einzudämmen, und wenn ja, welche Formen eignen sich und auf welchen gesellschaftlichen Ebenen? Wie können neue, z.B. zivilgesellschaftliche, Akteure in Kontrollregime eingebunden werden? Stimmen die Grundannahmen der liberalen Friedenstheorien über die Wahrnehmungen von Risiken und Sicherheit noch mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Präferenzen überein?

Zum anderen zwingen die Veränderungen zum Nachdenken über die Klassifizierung der unterschiedlichen Formen von Gewalt.

Dies zeigt sich etwa am Beispiel der Grenzziehung zwischen „Krieg“ und „Frieden“. Liberale Friedensstrategien gehen von der Unterscheidbarkeit und Trennbarkeit von Gewalt und anderen Formen kollektiven Handelns aus. Moderne Gesellschaften sind bisher dadurch gekennzeichnet, dass sie kollektive Gewalt funktional strikt von allen anderen Funktionsbereichen trennen – das Militär als Institution, das humanitäre Völkerrecht als Gebiet mit Sonderrechten, Sicherheitsprobleme als Berechtigung für den Ausnahmezustand. Kann aber der Frieden der liberalen Friedenstheorie noch als Orientierung einer Friedenspolitik in Zeiten voranschreitender Globalisierung dienen, in denen herkömmliche Trennungslinien zunehmend aufgelöst werden?

Schließlich stellt sich die Frage nach den Dynamiken veränderter Formen kollektiver Gewalt. Es zeichnen sich neue Kombinationen, Vermengungen und Wechselwirkungen verschiedener Dimensionen und Arten des gewaltsamen Konfliktaustrags ab. Zentrale Fragen wie die nach Freund und Feind oder dem tatsächlichen Vorliegen eines Angriffs sind oft nicht mehr zu beantworten. Sind die Veränderungen bei den Gewaltformen voneinander unabhängige Prozesse oder sind sie, zum Beispiel über Substitutionsprozesse, miteinander verbunden? Wie verändern neuartige Rüstungs- und Risikotechnologien die Entscheidungskalküle politischer und militärischer Entscheidungsträger? Entwickeln sich beispielsweise lokale Gewaltformen in Abhängigkeit von externen Einflussfaktoren wie der Verfügbarkeit über moderne Technologien und militärische Interventionen von außen?

Das IFSH hat zur Bearbeitung der vielfältigen Fragen, die sich aus einer Bestandsaufnahme und kritischen Analyse der Veränderungen von Gewaltformen ergeben, bereits zahlreiche Vorarbeiten geleistet. Sie liegen vor allem in drei Bereichen vor: Zum einen sind dies Arbeiten zu transnationalen Gewaltakteuren, insbesondere in den Bereichen Terrorismus und Piraterie, zum anderen Forschung zu internationalen Militärinterventionen europäischer Akteure und drittens

Arbeiten im Bereich von Rüstungskontrolle, Abrüstung, Proliferation von Waffensystemen und Militärtechnologie. Die zukünftige thematische Weiterentwicklung im Cluster „Formenwandel von Gewalt“ wird – wo immer möglich – auf diese Vorarbeiten aufbauen.

Um eine Ausweitung der Thematik auf die neuen Fragestellungen zu erleichtern, begann die inhaltliche Arbeit der Arbeitsgruppe im Jahr 2013 mit einigen Grundlagendiskussionen. Zunächst erfolgte eine Auseinandersetzung mit statistischen Erhebungen des Kriegsgeschehens in der Welt und den daraus abgeleiteten Erkenntnissen zum Wandel der Gewaltformen. Daran anschließend wurden neuere Ansätze in der Forschung diskutiert, die kriegerische Gewalt als Gestaltungsfaktor allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungen herausstellen. Schließlich standen Ergebnisse der Forschung zum demokratischen Frieden, insbesondere der Legitimation von Kriegsbeteiligungen durch demokratische Staaten, zur Debatte.

Ziel der Diskussionen in der Querschnittsarbeitsgruppe 1 ist die Entwicklung neuer Ideen und Projekte im skizzierten thematischen Umfeld sowie deren Rückkoppelung an die Leitfragen des Arbeitsprogramms. Es ist nicht das Ziel, alle hier aufgeworfenen Fragen tiefergehend zu beantworten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe besitzen sehr unterschiedlich disziplinäre Hintergründe, ebenso ist ihre Fachexpertise sehr unterschiedlich. Dennoch haben bereits die ersten Gruppensitzungen gezeigt, dass alle Teilnehmenden von den Diskussionen zu grundlegenden Themen profitieren. Die Querschnittsarbeitsgruppe ist eine Plattform für die Verknüpfung und Erweiterung vorhandenen fachlichen Wissens, die in Zukunft noch stärker auch für Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Form der Vorstellung geplanter Projekte und Veröffentlichungen sowie zur Diskussion von Projektanträgen genutzt werden soll.

## 4.1.1 Wie gefährlich sind bewaffnete Drohnen für den liberalen Frieden?

Michael Brzoska

Die Entwicklung bewaffneter Drohnen ist derzeit ein Schwerpunkt in der militärischen Forschung und Entwicklung.<sup>1</sup> Obwohl bisher nur wenige Streitkräfte bewaffnete Drohnen einsetzen, geht man allgemein davon aus, dass weitere Staaten ihren Besitz anstreben. Es gibt allerdings auch eine breite Diskussion darüber, ob dieser Weg der richtige ist.<sup>2</sup>

Die Prognose eines wachsenden Einsatzes bewaffneter Drohnen beruht auf den technischen Charakteristika dieser Waffengattung, die für vielfältige militärische Aufgaben eingesetzt werden kann, ohne das Leben von Piloten zu gefährden. Bewaffnete Drohnen gelten allerdings auch wegen einer ihrer potenziellen Einsatzmöglichkeiten als besonders attraktiv: des Präzisionsangriffs auf bestimmte Personen oder kleine Gruppen von Personen. Bewaffnete Drohnen werden – zumindest von einigen – als Vorläufer typischen Waffeneinsatzes in künftigen Kriegen angesehen, insbesondere in sogenannten „asymmetrischen Kriegen“, d.h. solchen, in

denen eine militärisch klar überlegene Seite gegen einen Gegner kämpft, der technologisch weniger fortschrittliche Mittel einsetzt. Eine besonders umstrittene Frage ist die gegenwärtige Praxis der US-amerikanischen CIA, bewaffnete Drohnen für „gezielte Tötungen“ außerhalb direkter militärischer Konfrontationen zu nutzen.

Das Hauptmerkmal von Drohnen ist, dass sie im Vergleich zu anderen Waffensystemen die Zahl der Opfer zu begrenzen versprechen. Dies gilt für die Soldaten der Streitkräfte, die Drohnen einsetzen, aber nicht nur für diese. Angriffe mit Drohnen können – und werden wahrscheinlich – gezielter ausfallen als solche mit anderen Waffen. Mit anderen Worten: Wenn die Ziele richtig identifiziert wurden, fallen „Kollateralschäden“, also die nicht geplanten Opfer, vergleichsweise geringer aus als bei Angriffen mit anderen Waffen wie bemannten Flugzeugen oder Artillerie.

Die heftigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre über bewaffnete Drohnen beruhen zumindest teilweise darauf, dass sie auf zwei unterschiedliche Weisen eingesetzt werden. Befürworter betonen im Allgemeinen ihren Nutzen für traditionelle militärische Einsätze wie Bodenangriffe oder – in Zukunft – Luftabwehr. Kritiker konzentrieren sich auf den rechtlich und moralisch umstrittenen Einsatz bewaffneter Drohnen für „gezielte Tötungen“<sup>3</sup> außerhalb von Kampfgebieten. Ein Beispiel für solche Kontroversen ist die Diskussion um die Anschaffung einer begrenzten Zahl bewaffneter Drohnen in Deutschland. Während die Bundesregierung betont hat, dass der Einsatz von Kampfdrohnen außerhalb eines militärischen Zusam-

1 In einem aktuellen Bericht des European Union Institute for Security Studies, werden „remote-controlled weapon systems“ als einer der drei „key sectors“ einer „(r)evolution in military affairs“ bis 2025 bezeichnet, Rogers, James und Andrea Gilli, *Enabling the future: European military capabilities 2013–2025: Challenges and avenues*, Report No. 16, Paris, Mai 2013, S. 21–23.

2 Für eine umfassende Studie zur künftigen Nutzung unbemannter Systeme, einschließlich Drohnen, siehe Thomas Petermann und Reinhard Grünwald, *Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme*. Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin 2011, <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab144.pdf>. Das IFSH hat in einem Konsortium unter der Federführung der Universität Dortmund wesentliche Zuarbeit zu dieser Studie geleistet. Der Hintergrundbericht ist online verfügbar unter: <http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/StandPerspektMilUIMS2008.pdf>.

3 „Gezielte Tötungen“ sind in der Kriegführung weit verbreitet. Der Begriff steht heute jedoch für präzise Überraschungsangriffe außerhalb von Kampfzonen. ‘

menhangs illegal wäre, verweisen andere darauf, dass bewaffnete Drohnen wegen ihrer besonderen technischen Fähigkeiten leicht auf die „schiefe Bahn“ hin zu „gezielten Tötungen“ führen können. Das IFSH hat zu der Debatte mit einer Publikation beigetragen, die sowohl die Argumente aufgreift, bewaffnete Drohnen könnten die Opferzahlen verringern und der Bundeswehr bei der Unterstützung von Bodentruppen nutzen, aber auch die Gegenargumente würdigt, demzufolge die Beschaffung bewaffneter Drohnen deren weltweite Proliferation befördern, den Trend zur Automatisierung der Kriegführung verstärken und die Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz von Gewalt unterhöhlen könnte.<sup>4</sup>

Wie an der großen und schnell wachsenden Literatur über Drohnenkriegführung abzulesen, sind diese Fragen an sich von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus sind sie mit Blick auf das 2013 verabschiedete Forschungsprogramm des IFSH von Interesse. Eine der Hypothesen des Forschungsprogramms besagt, dass bestimmte technologische Entwicklungen – und bewaffnete Drohnen sind ein Beispiel hierfür – eine Herausforderung für die liberale Friedendtheorie sind. Dieser Beitrag fasst erste Erkenntnisse über diesen speziellen Aspekt des zunehmenden Einsatzes von Kampfdrohnen zusammen.

Liberale Friedendtheorie wird hier als eine besondere Ausprägung liberaler Theorie, wie sie sich seit dem Zeitalter der Aufklärung entwickelt hat, verstanden. Moderne liberale Friedendtheorie enthält eine Reihe theoretischer Grundlagen und praktischer Maßnahmen, die von Friedensforschern in den 1970er und 1980er Jahren entwickelt wurden und auf Ideen der wichtigsten Liberalen seit dem 18. Jahrhundert gründen. Dazu gehören Immanuel Kant, Richard Cobden, John Stewart Mills und Woodrow

<sup>4</sup> Christian Alwardt, Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Martin Kahl, Götz Neuneck, Johann Schmid, Patricia Schneider, Braucht Deutschland Kampfdrohnen? Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 50/2013, Hamburg 2013.

Wilson, die davon überzeugt waren, dass Krieg innerhalb und zwischen Staaten durch die Kombination nationaler und internationaler Reformen wie Demokratisierung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freihandel, gleiche wirtschaftliche Chancen und starke internationale Organisationen,<sup>5</sup> überwunden werden könnte und sollte. Die liberale Friedendtheorie steht im Gegensatz zur realistischen Friedendtheorie, die das Machtgleichgewicht und die Vorherrschaft der Staaten im internationalen System betont, sowie zur revolutionären Friedendtheorie, die eine soziale Revolution als Vorbedingung für Frieden als notwendig erachtet. Die postliberale Friedendtheorie wiederum steht zwischen der liberalen und der revolutionären Friedendtheorie, sie postuliert die Notwendigkeit eines fundamentalen Wandels in der Beziehung zwischen dem „globalen Norden“ und dem „globalen Süden“ ebenso wie die zwischen Individuen und Staaten. In ihren grundlegenden Dokumenten erklärt sich die Europäische Union zu einer liberalen Friedensmacht. Auf deklaratorischer Ebene hat auch die NATO eine liberale Friedensagenda.

Die liberale Friedendtheorie ist nicht frei von Widersprüchen. Liberale Friedendtheoretiker wollen zwar den Krieg abschaffen, bis dies erreicht ist, lehnen sie in der Mehrzahl den Einsatz militärischer Gewalt unter bestimmten Bedingungen jedoch nicht grundsätzlich ab. Außer zur Selbstverteidigung sind viele von ihnen bereit, Gewalt auch zur Verhinderung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen anzuwenden. Wie die Diskussion über die „Responsibility to Protect“ („Schutzverantwortung“) zeigt, akzeptieren viele, wenn auch keineswegs alle, Liberale die Vorstellung, dass in Ausnahmefällen Kriegführung gerechtfertigt sein kann, um Frieden zu erreichen. Auch diese Liberalen beharren jedoch auf dem Ziel, den Krieg abzuschaffen. Dennoch könnte die Verteidigung liberaler Werte einen restriktiven und streng kontrollierten Einsatz von Gewalt als „letztes Mittel“ erfordern, wenn andere Maßnahmen versagt haben.

<sup>5</sup> S. u.a. die Diskussion in David Cortright, Peace, Cambridge: Cambridge University Press, 2009.

Entsprechend fordern die meisten Liberalen eine „Demilitarisierung“ der Gesellschaft, einschließlich einer Trennung des zivilen und militärischen Bereichs der Gesellschaft. Das vorrangige Ziel der liberalen Friedenstrategie ist die Schaffung dauerhaften Friedens. Die moderne Friedenstrategie hat sich daher darauf konzentriert, Strategien und Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung des Friedens zu entwickeln. Da jedoch der Einsatz von Gewalt nicht ausgeschlossen werden kann, haben Liberale im Laufe der Zeit auch Positionen zur Frage der Kriegsführung entwickelt.

Eine vorläufige Analyse weist darauf hin, dass liberale Überlegungen zum Krieg auf drei Ziele ausgerichtet sind. Eines ist die Unterscheidung und Trennung von Krieg und Frieden. Liberale erkennen im Allgemeinen an, dass Krieg sich grundlegend vom „Normalen“ unterscheidet, dass er besondere Regeln hat und ein Verhalten erlaubt, das in Friedenszeiten nicht akzeptabel wäre. Generell akzeptieren sie, dass in Kriegs- bzw. Friedenszeiten unterschiedliche rechtliche Regelungen gelten. Die Besonderheiten von Regeln und Verhalten des Krieges sollten jedoch so wenig wie möglich vom „Normalen“ des Friedens abweichen. Vor allem darf der Ausnahmezustand nicht auf Friedenszeiten ausgedehnt werden. Darüber hinaus dürfen sie denjenigen nicht schaden, die sich im Krieg friedlich verhalten. Das ist einer der Gründe, warum sich Liberale stark für den Schutz von Nichtkombattanten im Krieg einsetzen.

Ein weiteres Ziel ist die Verrechtlichung der Kriegsführung, die Schaffung eines „Rechts des Krieges“. Debatten über die Regeln des Rechts Krieg zu führen („ius ad bellum“) haben eine lange Tradition. Liberale haben sich, aufbauend auf Kant für die Beschränkung dieses Rechts ausgesprochen. Konflikte zwischen Staaten sollten friedlich gelöst werden – durch Recht und Streitschlichtung. Das Recht Krieg zu führen, wenn Konflikte sich nicht friedlich beilegen lassen, sollte bei partizipatorischen internationalen Organisationen liegen. Darüber hinaus begannen Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem liberale

Intellektuelle und Politiker von Regierungen zu fordern, sie sollten Gesetze verabschieden, die die Kriegsführung regeln („ius in bello“), z.B. durch die Beschränkung oder – in seltenen Fällen – das Verbot, bestimmte Waffen einzusetzen. Ein großer Teil des liberalen Gedankenguts über den angemessenen Einsatz militärischer Gewalt hat Eingang ins Völkerrecht und ins humanitäre Völkerrecht gefunden, das allerdings auch Kompromisse mit nicht-liberalen Ideen widerspiegelt, wie etwa der Vorrang der Interessen von Staaten.

Das dritte Ziel der liberalen Friedenstrategie ist die Begrenzung des Einsatzes von Gewalt. Das ist ein weiterer Grund für die Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten im Krieg. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im humanitären Völkerrecht spiegelt dies beispielsweise wider. Gewalt sollte so wenig und so gezielt wie möglich zum Einsatz kommen, um ein gewünschtes militärisches Ziel zu erreichen. Alle Elemente des letzten Satzes sind wichtig: Gewalt sollte begrenzt werden und in Zusammenhang mit einem angestrebten militärischen Ziel stehen. Gewalt als Rache oder militärische „Vergeltungsmaßnahmen“ – wie sie früher genannt wurden – sind nicht zulässig. In den letzten Jahren hat die Vermeidung von Todesopfern zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Ursprünglich konzentrierte sich das Bemühen auf Zivilisten, zunehmend erstreckt sich das Ziel auf alle Opfer aller Konfliktparteien. Das scheint sich in einer allgemeinen „Hinwendung zum Humanitären“ in den 1990er Jahren widerzuspiegeln, die mit der liberalen Prämisse in Einklang steht sich auf Individuen und nicht deren Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen zu konzentrieren. Diese drei Ziele finden sich weltweit in Regeln der Kriegsführung, besonders relevant sind sie dort, wo der Liberalismus stark ist. Dennoch setzen liberale Staaten häufig Gewalt ein, wenn auch mit großen Unterschieden untereinander in Bezug auf Rechtfertigung und Verhaltensregeln. Liberale Staaten, die Krieg führen, stehen allerdings unter nationalem wie internationalem Druck, ihre Militäraktionen als mit ihrem Liberalismus in Einklang stehend darzu-

stellen. In einer globalisierten Welt, mit globalisierten Medien und unverzüglicher Kommunikation sowie der Verbreitung kommunitärer Ideen von Weltbürgertum ist es zunehmend schwieriger geworden, Kampfgebiete abzugrenzen, in denen die allgemeinen liberalen Regeln nicht gelten.

Unterminieren die Möglichkeiten, die Kampfdrohnen bieten, die Ziele des liberalen Friedens? Die Unterscheidung zwischen dem Einsatz bewaffneter Drohnen in Kriegen und für „gezielte Tötungen“ außerhalb von Kampfgebieten ist der entscheidende Punkt für die Beantwortung dieser Frage.

Wenn bewaffnete Drohnen lediglich ein weiteres Waffensystem sind, verletzt ihr Einsatz die Trennung zwischen Krieg und Frieden nicht – das erste der oben genannten Ziele der liberalen Friedenstheorie. Sie werden eindeutig als Kriegsmittel genutzt. *Zweitens* stellen bewaffnete Drohnen, jedenfalls derzeit, den bestehenden Rechtsrahmen der Kriegführung nicht infrage. Dies mag sich mit weitergehender Automatisierung ändern, insbesondere wenn die Entscheidung über tödlichen Waffeneinsatz der Software an Bord autonomer Drohnen übertragen wird. Drohnen sind aussichtsreiche Kandidaten für eine entsprechende Automatisierung, da die Datenverbindungen, die Drohnen derzeit kontrollieren, verletzlich sind. Es gibt jedoch starke Vorbehalte, auch innerhalb des Militärs, gegen den Trend zur Automatisierung und heutige Drohnen sind in diesem Sinne nicht automatisiert. Schließlich sind bewaffnete Drohnen insgesamt präzisere Waffensysteme als alternative Systeme, die Streitkräfte einsetzen, wie Marschflugkörper oder Kampfflugzeuge, um dieselben militärischen Ziele zu erreichen. Ihr Einsatz wird im Allgemeinen weniger Opfer fordern. Man kann zwar vermuten, dass die höhere Präzision häufiger zur Entscheidung der militärisch Verantwortlichen führt, Gewalt anzuwenden, als wenn nur andere Waffensysteme zur Verfügung stünden, bei deren Einsatz größere Opferzahlen zu erwarten wären. Aktuelle Kriege wie in Afghanistan oder im Irak zeigen jedoch, dass Opfer auf allen Seiten zwar vermieden werden sollen, die Ge-

fahr von „Kollateralschäden“ den Einsatz von Gewalt aber nicht unterbunden hat. In dieser Hinsicht besteht lediglich ein gradueller Unterschied zwischen Kampfdrohnen und modernen bemannten Kampfflugzeugen. Im Falle „gezielter Tötungen“, also der Nutzung von Kampfdrohnen außerhalb regulärer Kampfzonen, sieht die Einschätzung ganz anders aus. Solche Einsätze verletzen das erste Ziel der liberalen Friedenstheorie: die Trennung von Krieg und Frieden. Die US-Regierung unterhöhlt durch die Rechtfertigung ihres Drohneneinsatzes dieses Ziel mit dem Argument, sie befände sich in einem globalen Krieg mit al-Qaida. Die Trennung von Zonen des Friedens und Kampfgebieten wird so negiert. In dieser begrenzten Hinsicht gleichen ihre Argumente und ihr Verhalten denen von al-Qaida, die sich in einem weltweiten Kampf gegen ein „Bündnis von Kreuzzüglern und Zionisten“ wähnt. Es gibt noch eine weitere Parallele zwischen dem Einsatz von Drohnen für „gezielte Tötungen“ und Anschlägen terroristischer Organisationen wie al-Qaida. Drohnen werden im Allgemeinen gegen ausgemachte „hochrangige“ Ziele eingesetzt, sie versetzen aber auch die Bevölkerung in Gebieten, in denen sie genutzt werden, in Angst und Schrecken. Terroristische Anschläge von Organisationen, die mit al-Qaida in Verbindung stehen, sollen in erster Linie Zivilisten terrorisieren, richten sich interessanterweise in den meisten Fällen aber ebenfalls gegen „hochrangige“ Ziele wie Regierungsgebäude oder Flugzeuge und nicht vorrangig gegen leichter zu treffende Ziele.

Der Einsatz von bewaffneten Drohnen außerhalb von Kampfzonen verstößt nach Ansicht der meisten Rechtsexperten gegen die rechtlichen Regeln der Kriegführung. Diese Position steht in engem Zusammenhang mit der im vorigen Absatz angeführten Frage der Grenzen von Kampfgebieten: Wenn es legal ist, die ganze Welt zum Kampfgebiet zu erklären, wie es al-Qaida und die US-Regierung getan haben, lässt sich auch behaupten, der Einsatz von Kampfdrohnen sei rechtmäßig – wo immer sie eingesetzt werden. Solche Ansichten laufen jedoch nicht nur der liberalen Friedenstheorie, sondern

liberalem Denken in einem breiteren Sinne zuwider. Sie verkehren das Verhältnis der beiden oben genannten Sphären des Rechts in ihr Gegenteil: Das Kriegsvölkerrecht hätte Vorrang vor der Sphäre des Zivilrechts, die rechtliche Ausnahme würde zur rechtlichen Normalität. Solche Ansichten unterminieren auch die Einhaltung des Völkerrechts. Die Erklärung des weltweiten Krieges gegen al-Qaida hat eine sehr schwache rechtliche Grundlage in Artikel 51 der UN-Charta, der den USA das Recht zur Selbstverteidigung zubilligt. Die Auslegung der US-Regierung überdehnt das Konzept der Selbstverteidigung weit über die Formulierungen und den Geist der UN-Charta, ganz zu schweigen von der liberalen Friedenstheorie.

Überlegungen zum dritten Ziel sind etwas komplexer. Die höhere Präzision, die Drohnen im Allgemeinen zugeschrieben wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass bei Drohnenangriffen weniger Menschen ums Leben kommen als bei Angriffen mit Raketen oder Kampfflugzeugen. Dieser Vergleich ist jedoch fragwürdig, da er unterstellt, dass solche Angriffe in gleicher Anzahl ausgeführt würden. Die US-Regierung hat zwar auch schon Marschflugkörper und Kampfflugzeuge außerhalb von Kriegsgebieten gegen Terrororganisationen eingesetzt, z.B. im Sudan 1998 und in Afghanistan vor 2001.

Im Vergleich zu jüngsten Angriffen mit Kampfdrohnen in Pakistan, im Jemen und in Somalia, kamen solche Angriffe jedoch selten vor. Das ist ein Hinweis darauf, dass, anders als in aktuellen Kriegen wie in Afghanistan, die Verfügbarkeit von präziseren Kampfdrohnen möglicherweise die Schwelle zum Gewalteinsatz außerhalb von Kampfgebieten gesenkt hat.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bewaffnete Drohnen eine Bedrohung für die Ziele liberaler Friedenstheorie darstellen. In Kampfgebieten ist diese Bedrohung derzeit sehr begrenzt und eher theoretischer als praktischer Natur, solange es nicht zu einem Sprung in der Automatisierung kommt. In solchen Gebieten unterstützen bewaffnete Drohnen eher die Ziele der liberalen Friedenstheorie, da sie präziser sind als alterna-

tive Waffensysteme. Der Einsatz von bewaffneten Drohnen außerhalb von Kampfzonen untergräbt allerdings die liberale Friedenstheorie. Er steht im Gegensatz zu mehreren ihrer Ziele, etwa der Trennung von Krieg und Frieden, den rechtlichen Regeln zur Beschränkung der Kriegführung und der Begrenzung der Opferzahlen. In gewisser Weise ist er ein Spiegelbild der Anschläge durch Terrororganisationen wie al-Qaida. In aktuellen Kampfgebieten sind bewaffnete Drohnen ein Instrument asymmetrischer Kriegführung, außerhalb dieser Zonen eingesetzt, sind sie jedoch in gewisser Weise sogar symmetrisch zu gezielten Terroranschlägen.

Die Frage, ob und wie Drohnen die Ziele liberaler Friedenstheorie unterlaufen, ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Interessanterweise sind bewaffnete Drohnen nicht nur in Bezug auf die liberale Friedenstheorie ambivalent, ihr Einsatz ist auch im Rahmen eines liberalen Paradigmas des Friedens attraktiv. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die ihnen zugesprochene Präzision bei der Verringerung der Zahl der Opfer militärischer Operationen.

Wie oben erwähnt begrenzt die liberale Friedenstheorie den Einsatz von Gewalt streng, schließt ihn aber nicht grundsätzlich aus. Wenn Krieg notwendig und rechtmäßig ist, z.B. aus humanitären Gründen, ist er den meisten Theoretikern des liberalen Friedens zufolge auch legitim. Die Verhältnismäßigkeit verlangt jedoch, dass die humanitären Vorteile die zu erwartenden Opfer eines Gewalteinsatzes überwiegen. Drohnen versprechen Opferzahlen zu begrenzen. Die Verfügbarkeit von Kampfdrohnen mag daher Krieg aus der Perspektive der liberalen Friedenstheorie auch dort als zulässig erscheinen lassen, wo dies ohne Drohnen nicht der Fall wäre.

Einige Kriege der Gegenwart deuten darauf hin, dass dies keineswegs nur ein theoretisches Argument ist. Regierungen haben sich in ihren Entscheidungen Krieg zu führen von der Wahrscheinlichkeit größerer Zahlen von Todesopfern beeinflussen lassen. Sowohl im Kosovokrieg 1999 als auch im Krieg in Libyen 2011 beschränkte sich der äußere

militärische Eingriff auf Luftschläge. Ein Hauptgrund, in beiden Fällen keine Bodentruppen einzusetzen, war die Angst vor eigenen Todesopfern. Der Luftkrieg beschränkte – zumal in beiden Fällen Luftüberlegenheit gegeben war – die Gefahr für die Soldaten externer Streitkräfte. Auch die Diskussion über ein mögliches äußeres militärisches Eingreifen in den Krieg in Syrien 2013 konzentrierte sich auf Luftschläge.

Der Fall Syriens belegt die oben beschriebene tendenzielle Veränderung in den Überlegungen zur Akzeptanz von Kriegsopfern. Einer der Gründe, nicht militärisch zu intervenieren, war das Argument, dass Bombardements die Zahl der Opfer – vorwiegend unter den Regierungstruppen, aber auch unter der Zivilbevölkerung – erhöhen würde, ohne zum Erfolg zu führen. Luftschläge als Strafe für die syrische Regierung für den Einsatz chemischer Waffen, wären eine Vergeltungsmaßnahme gewesen, wenn sie zu größeren Opferzahlen auf Seiten der syrischen Regierung geführt hätten. Während US-Präsident Obama willens war, diese Auswirkung in Kauf zu nehmen, schien der US-Kongress nicht dazu bereit zu sein.

Bereits im Kosovokrieg wurden ausländische Mächte für die Zahl der zivilen Opfer der Bombardements kritisiert. Um einer ähnlichen Kritik im Libyenkrieg zu entgehen, wählten die ausländischen Mächte ihre Ziele sehr sorgfältig aus, um zivile Opfer zu vermeiden. Nach unabhängigen Untersuchungen, z.B. durch Human Rights Watch, waren sie dabei durchaus erfolgreich. Möglicherweise hätte ein umfangreicherer Einsatz von Kampfdrohnen den Schaden hier weiter begrenzt.

Bei der Entscheidung über die Initiierung von militärischen Interventionen geht die größte Gefahr für die liberale Friedenstheorie

ironischerweise von der Theorie selbst aus. Die Möglichkeit, das Ziel, die Zahl der Opferzahlen zu begrenzen, besser zu erreichen, könnte den unerwünschten Effekt haben, dass mehr Kriege als legitim erscheinen. Das Versprechen geringerer Opferzahlen könnte die Schwelle zum Krieg senken.

Kampfdrohnen sind weniger ein Grund für einen als vielmehr ein Ausdruck eines fundamentalen Widerspruchs in der liberalen Friedenstheorie. Dadurch, dass sie „gute Kriege“ erlaubt, wenn sie auf der Grundlage von Verhältnismäßigkeit und Rechtmäßigkeit begründet sind, wird eine präzisere Waffe die Wahrscheinlichkeit von Kriegen erhöhen, wenn alle anderen Faktoren gleich sind. Die liberale Friedenstheorie hat Schwierigkeiten diesen Trend einzufangen, solange die Entscheidung zum Krieg nicht nur auf einer Kosten-Nutzen-Rechnung beruht, sondern in Einklang mit ihren Zielen steht.

Dieser Entscheidungsprozess mag jedoch auch durch die weitere Proliferation von Kampfdrohnen beeinflusst werden. Zum einen erhöht eine weitere Verbreitung die Wahrscheinlichkeit, dass sie für „gezielte Tötungen“ eingesetzt werden. Eine solche Verwendung unterhöhlt das Völkerrecht. Zum anderen kann eine Automatisierung die Autorität des humanitären Völkerrechts schwächen. Im Ergebnis könnten die Ziele der liberalen Friedenstheorie, nämlich starke Rechtsnormen für den Krieg, Schaden nehmen.

Selbst in Ländern, deren Regierungen den Einsatz von Drohnen für „gezielte Tötungen“ ablehnen, sollten die Entscheidungsträger daher auch die langfristigen Konsequenzen der Einführung von Kampfdrohnen bedenken, einschließlich ihrer Auswirkungen auf die liberale Friedenstheorie.

## Literatur

Altmann, Jürgen/Christian Alwardt/Michael Brzoska/Thilo Marauhn/Götz Neuneck und Philipp Stroh, Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung von unbemannten Systemen, Dortmund, Hamburg, Gießen, September 2008, unter:  
<http://www.ifsh.de/IFAR/pdf/StandPerspektMilUMS2008.pdf>.

Alwardt, Christian/Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Martin Kahl/Götz Neuneck/Johann Schmid und Patricia Schneider, Braucht Deutschland Kampfdrohnen? Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 50/2013, Hamburg 2013.

Cortright, David, Peace, Cambridge: Cambridge University Press, 2009.

Petermann, Thomas und Reinhard Grünwald, Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme. Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag, Berlin 2011, <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab144.pdf>.

Rogers, James und Andrea Gilli, Enabling the future: European military capabilities 2013–2025: Challenges and avenues, Report No. 16, Paris, Mai 2013.

## 4.2 Querschnittsarbeitsgruppe 2 – Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Die Querschnittsarbeitsgruppe 2 beschäftigt sich mit den Folgen des globalen Wandels für die internationale Normenbildung, Normendurchsetzung und die Verregelung von friedensgefährdenden Problemlagen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass internationale Macht- und Einflussverschiebungen die Kräfteverhältnisse im internationalen Raum verändern werden und damit auch die bestehende internationale Ordnung spürbar beeinflusst wird. Diese Verschiebungen gehen einher mit einem relativen Machtverlust der USA, dem ökonomischen Aufstieg Chinas sowie einer Reihe weiterer Staaten des globalen Südens sowie einer Schwächung der wirtschaftlichen und politischen Stellung des Westens. Sie werden aber auch hervorgerufen durch Entgrenzungs- und Differenzierungsprozesse, die durch die Globalisierung ausgelöst werden und in deren Fortgang neue einflussreiche gesellschaftliche, „unverfasste“ Akteure, etwa global agierende privatwirtschaftliche Konzerne, auf die weltpolitische Bühne getreten sind. Damit werden scheinbar viele jener Ausgangslagen und Bedingungen in Frage gestellt, die in den liberalen Friedenstheorien als Voraussetzungen für Frieden benannt worden sind, hier insbesondere die demokratische Verfasstheit von Staaten und die Einbindung von Akteuren in internationale Regime und Regelwerke. Offen ist, ob und in welcher Weise dies zu größeren Differenzen und Spannungen, zu mehr Konflikten und einer Verringerung der Regelungsdichte im internationalen Raum führt.

Denn noch ist nicht klar, wie sich das Gestaltungspotenzial der „neuen“ Akteure darstellen und wie sich normative, politische und kulturelle Differenzen zwischen ihnen und den „etablierten“ Akteuren auf eine globale Friedenspolitik auswirken werden. Werden sie die bestehenden politischen, institutionellen und kulturellen Ordnungen ablehnen, sich anpassen oder sie gar

übernehmen? Wie wirken sich autoritäre Staatsführung einerseits und zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und territoriale Entgrenzung andererseits auf die Handlungspräferenzen solcher Staaten wie China im internationalen

Kontext aus? Warum schließen sich demokratisch verfasste Staaten wie Brasilien und Indien nicht uneingeschränkt westlich-liberalen Positionen an? Welche Rolle spielen historische Entwicklungspfade für die gegenwärtigen Deutungen und Positionierungen im internationalen Raum? Bricht das westliche normative Deutungsmonopol auf? Welche Form von Verantwortung können, wollen bzw. sollen nichtstaatliche Akteure übernehmen? Auch die Wirkung globaler Kräfteverschiebungen auf „etablierte“ Akteure des Westens rückt hier in den Fokus. Zu untersuchen sind die sich verändernden Einflussmöglichkeiten und Erwartungen und deren Effekte auf Präferenzen und normative Orientierungen „westlicher“ Akteure.

Vor dem Hintergrund dieser Fragen will die Querschnittsarbeitsgruppe 2 ihre Aufmerksamkeit unter dem neuen Arbeitsprogramm auf zwei konkrete Untersuchungsfelder richten: zum einen auf die Frage, inwieweit Europa, insbesondere die in der Europäischen Union verfassten Staaten, in der Zukunft weiterhin als Friedensstifter auftreten können. Dabei ist zu prüfen, welche normativen Vorstellungen die in der EU eingebundenen Akteure heute anleiten und ob diese unter dem Eindruck der Globalisierung als handlungsanleitende Prinzipien Bestand haben. Damit einher geht die Frage nach der Stabilität der gemeinsamen normativen Friedensordnung innerhalb des EU-Raums, die sich seit der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat und im Sinne liberaler Friedenstheorien jene Bedingungen beinhaltet, die für einen stabilen Frieden notwendig sind. Wenn aber das europäische Friedensprojekt – im Inne-



### Mitglieder

V.l.n.r., 1. Reihe: Margret Johannsen, Regina Heller, Martin Kahl, Sybille Reinke de Buitrago, Anna Kreikemeyer, 2. Reihe, Wolfgang Zellner, Melanie Beese (Praktikantin), Adam Naber (Praktikant), Christiane Fröhlich (nicht im Bild: Hans-Georg Ehrhart, Azamjon Isabaev)

ren – an Attraktivität verliert, welche Strahlkraft haben es und seine darin eingebetteten Normen und Werte noch nach außen? Und welche Gestaltungsmöglichkeiten besitzen deutsche und europäische Akteure dann noch grundsätzlich im internationalen Raum?

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeitsgruppe ist die Frage nach den Perspektiven für eine eurasisch-atlantische Friedensordnung und dem unter Globalisierungsbedingungen zu erwartenden Wettstreit zwischen dem westlich-liberalen Modell von Staats- und Friedensbildung und anderen normativen Modellen in diesem Raum. Regionale und anhaltende Normkonkurrenzen wirken sich letztlich auch auf die Fähigkeit aus, global den Frieden zu fördern. Wie also kann mit den „neuen“ Mächten, die mitunter konkurrierende Normorientierungen haben, global und regional friedenspolitisch konst-

ruktiv umgegangen werden? Und wie können wirkungsmächtige unverfasste Akteure, etwa global agierende Konzerne, verantwortungsvoll in institutionelle Kontexte eingebunden werden? Die für den Globalisierungskontext zu entwickelnden Konzepte von global oder auch regional governance müssen dieses Spannungsverhältnis zwischen Differenz und Kooperation stets im Blick behalten und einen Weg finden, mit den zu erwartenden und potenziell dauerhaften Unterschieden umzugehen.

In den ersten Sitzungen der Querschnittsarbeitsgruppe 2 seit September 2013 wurden erste Diskussionsschwerpunkte identifiziert. Hierzu zählt zum einen eine Auseinandersetzung mit dem Narrativ „aufsteigender Mächte“: Wie wird der Aufstieg neuer Mächte in der Literatur konzipiert? Welche Bereiche/Ebenen werden von diesem Aufstieg erfasst? Wie reagieren etablierte Akteu-

re darauf? Welche Anpassungsstrategien verfolgen sie? Wo werden Ambivalenzen und Widersprüche deutlich? Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildet der Begriff „Ordnung“. Die Gruppe befasst sich mit Konzepten von Ordnung (und Wandel von Ordnung) in der modernen Welt, deren strukturbildenden Elementen sowie der theoretischen Einbettung solcher Konzepte.

Mit dem Begriff der Ordnung eng verbunden ist auch das Konzept der Region bzw. des Regionalismus. Unter den Bedingungen des globalen Wandels tritt hier insbesondere

das Spannungsverhältnis zwischen globaler Ordnung einerseits und Regionalisierung andererseits hervor.

Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zu grundsätzlichen theoretischen und empirischen Aspekten des Arbeitsprogramms sollen die Arbeit ihrer Mitglieder informieren und inhaltlich voranbringen. Zu diesem Zweck ist geplant, als weiteres Element Forschungsvorhaben der an der QAG teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren und diese thematisch an die Leitfragen des Arbeitsprogramms zurückzubinden.

**IFSH aktuell**  
98

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg April / Mai 2013

**Frieden neu denken? Friedensgutachten 2013 in Berlin und Brüssel präsentiert**  
Symposium anlässlich des 60. Geburtstags von Michael Brzoska

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) veranstaltet am 14. Mai 2013 ein wissenschaftliches Symposium anlässlich des 60. Geburtstags von Michael Brzoska. Der thematische Mittelpunkt des Symposiums bildet die Frage, wie eine nachhaltige Friedenspolitik ein Zeichen der Globalisierung sein könnte werden kann. Diese Fragestellung steht auch im Zentrum des neuen strategischen Arbeitsprogramms des IFSH.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums werden sich mit der Politik und zwei Diskussionsrunden auseinandersetzen. Das erste Panel kann die Herausforderungen an eine globale Friedenspolitik zum Gegenstand, die zweite Frage nach der Krisenreaktion Europas an einer unvorhergesehenen Friedenskrise.

An dem ersten Panel, das von Hans-Gert Ertmer (IFSH) moderiert und moderiert werden, wirken Prof. Gerd Jahnke, Physikalischer Professor für die Universität Hamburg und Vizepräsident der wissenschaftlichen Beratung des IFSH, Prof. Elke Kuhlmann von der School of Social Sciences an der Brunel University, London, Prof. Erika Diefel vom Zentrum für Friedensforschung und Friedensstudien an der Universität Bonn-Hamburg und Prof. David Nelso vom Centre for International Politics an der Brunel University in London mit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden der neuen Diskussionsstrategie beitreten, die im fünften IFSH-Friedensgutachten nach dem strategischen Konzept Internationaler Friedenspolitik entwickelt werden kann.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums werden sich mit der Politik und zwei Diskussionsrunden auseinandersetzen. Das erste Panel kann die Herausforderungen an eine globale Friedenspolitik zum Gegenstand, die zweite Frage nach der Krisenreaktion Europas an einer unvorhergesehenen Friedenskrise.

Das Friedensgutachten 2013 setzt sich mit dem neuen Entwurf des IFSH auseinander und zeigt Alternativen auf. Die Kern- und Fundamente des Friedenskonzepts sind die politische Verantwortung in Afghanistan und den umliegenden Ländern – Ziel für eine friedenspolitische Neubesinnung. Wie thematisieren die Rolle europäischer Staaten in künftigen Friedensmissionen der Vereinten Nationen, insbesondere über den Status von Rückzugstruppen und die Rolle der UN-Organisation.

Neben seinem Schwerpunkt setzen die Friedensgutachten 2013 kritische, Teilnehmende und Minderheiten von Friedensmissionen unter die Lupe und diskutieren mit der Frage: „Was sind“ die Herausforderungen für die internationale Politik wie in Mali, im Kosovo, in Nordafrika oder in Syrien.

Die Veranstalterinnen und Veranstalter der vier wissenschaftlichen Konferenzen: IFSH, IFSI




Michael Brzoska (links) und Gerd Jahnke (rechts) im Gespräch

## 4.2.1 Theorien stabilen Friedens: Das Konzept von Sicherheitsgemeinschaften im Lichte von Ansätzen zu neuen Mächten

Wolfgang Zellner

Der Versuch, die Bedingungen für die Schaffung von Zonen stabilen Friedens, oder weniger ambitioniert, der Abwesenheit von Krieg zu verstehen, stellte schon immer eine Schlüsselfrage in der Disziplin der Internationalen Beziehungen dar. Nach Emanuel Adler und Michael Barnett “theories of international relations that explain the absence of war can be categorized according to whether they see structure comprised of material forces alone or of material and normative forces.” (Adler/Barnett 1998a: 10). Aber auch innerhalb der Kategorie, die materielle und normative Faktoren einschließt, gibt es ein extrem breites Spektrum von Ansätzen, die auf ganz unterschiedlichen Abstraktionsniveaus argumentieren. Die Tatsache, dass die meisten Diskussionen *innerhalb* der einzelnen Ansätze und nicht *zwischen* ihnen geführt werden, führt zu einer Zergliederung der Debatte, die ihrer Produktivität nicht zuträglich ist. Ein Beispiel von vielen betrifft einerseits die Debatte über eine „Sicherheitsgemeinschaft“ (SG), die seit der konstruktivistischen Neuinterpretierung des ursprünglichen Werks von Deutsch (1957) durch Adler und Barnett an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Adler/Barnett 1998 (Hrsg.)). Andererseits haben Amrita Narlikar und Kollegen eine Debatte über das Thema “Negotiating the rise of new powers” initiiert, d.h. über Verhandlungsmuster zwischen aufsteigenden und etablierten Mächten in Schlüsselfragen globaler *Governance*. Beide Literaturstränge sind in hohem Maße relevant für das neue Arbeitsprogramm des IFSH „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“, und insbesondere für dessen Forschungscluster 2 „Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen“, das fragt: „Wie müssen globale kooperative Strukturen im eurasisch-atlantischen Raum gestaltet werden, damit sie

zum Frieden beitragen können?“ Und: „Wie kann mit ‚neuen‘ globalen Mächten, die ein international zunehmendes Gestaltungspotenzial entfalten, friedenspolitisch konstruktiv umgegangen werden?“ Offensichtlich sind diese beiden Fragen, die grob die o.g. zwei Theorielinien wiedergeben, aufs Engste verbunden und können nur im Zusammenhang beantwortet werden. Dieser Aufsatz versucht, einige Schwächen der SG-Debatte zu identifizieren und dann diese Debatte mit dem Diskurs über aufsteigende Mächte zu konfrontieren, um Forschungsfragen zuzuspitzen und neue zu finden.

### *Die Debatte über Sicherheitsgemeinschaften*

Das epochale Werk von Deutsch und seinen Kollegen “Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience” (Deutsch et al. 1957) war jahrzehntelang weithin vergessen worden. Erst mit seiner Wiederentdeckung und konstruktivistischen Neuinterpretation durch Adler und Barnett in ihrem 1998er Band „Security Communities“ erreichte die Diskussion – ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges – eine zweite Phase. Diese brachte eine beachtliche Menge an Literatur hervor, im englischen Sprachraum insbesondere Adler und Koautoren, Bellamy 2004, Flynn/Farrell 1999, Kupchan 2010, Pouliot 2008 und andere. Diese Literatur beinhaltet auch Aufsätze über internationale Organisationen, die als “security community-building“-Organisationen wirken (Adler 1998, siehe weiter unten), so Acharya 2001 über die ASEAN, Ngoma 2003 über die *South African Development Community* (SADC), und Adler selbst über die OSZE (1998). Die wenigen deutschspra-

chigen Publikationen stammen von Müller (2003), Conrad (2008) und Koschut (2012). Erst kürzlich hat Mayer (2014) einen noch nicht veröffentlichten kritischen Literaturbericht verfasst. Da die ganze Debatte hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden kann, sollen ihre wichtigsten Dimensionen und Konzepte anhand des Ansatzes von Adler und Barnett dargestellt werden.

Diese beiden Autoren "define a pluralistic security community as a transnational region comprised of sovereign states whose people maintain dependable expectations of peaceful change." (Adler/Barnett 1998b: 30). "A community is defined by three characteristics. First, members of a community have shared identities, values, and meanings. (...) Secondly, those in a community have many-sided and direct relations", and thirdly, "communities exhibit reciprocity that expresses some degree of long-term interest and perhaps even altruism" (ebd.: 31). Was hier "characteristics" genannt wird, könnte man auch als Bedingungen für oder konstitutive Elemente einer Sicherheitsgemeinschaft verstehen. Die Autoren fügen hinzu: "[P]ower plays a major role in the development and maintenance of security communities" (ebd.: 39), erklären aber nicht, in welcher Beziehung Macht zu den oben genannten normativen und transaktionalen Faktoren steht. Der Prozess hin zu einer Sicherheitsgemeinschaft wird konzipiert in "three stylized phases" [...] – "nascent", "ascendant" and "mature" (ebd.: 48). Internationale Organisationen werden als Treiber dieses Prozesses gesehen, sie "are sites of socialization and learning, places where political actors learn and perhaps even "teach" others what their interpretation of the situation and normative understandings are." (Ebd.: 43). In einem anderen Artikel über das "OSCE's security-community building model" stellt Adler sieben "community-building functions" der OSZE vor: "It promotes political consultation", "sets liberal standards", "attempts to prevent violence", "helps develop the practice of peaceful settlement", "builds mutual trust by pro-

moting arms control agreements", "supports assistance to newly independent states", und "provides assistance to post-conflict rehabilitation" (Adler 1998: 132).

Die heißesten Debatten in der SG-Literatur ruft die Frage hervor, ob Sicherheitsgemeinschaften nur zwischen demokratischen Staaten möglich sind – so die Grundannahme der Literatur zum demokratischen Frieden, die immer noch die Mehrheitsmeinung darstellt – oder ob sie auch zwischen autoritären Staaten oder gar in einem gemischten Satz aus demokratischen und autoritären Staaten möglich sind. Obwohl sich Deutsch und seine Kollegen hier nicht explizit positioniert haben, scheint der Titel ihres Buches, das von "political community" in der "North Atlantic Area" (Deutsch et al. 1957) handelt, zu suggerieren, dass sie das Argument vom demokratischen Frieden teilen. Sieht man sich jedoch die Fälle an, auf denen Deutschs Werk basiert (und im Gegensatz zum Gros zeitgenössischer Theorieproduktion fußt es auf ausführlicher historischer Forschung), dann wird man sehen, dass dies ganz und gar nicht der Fall ist, weil die Mehrheit der zehn behandelten Fälle in vordemokratischen Perioden angesiedelt ist, etwa "the struggle for German unity since the Middle Ages, culminating in the unification of Germany in 1871", oder "the problem of Italian unity since the end of the eighteenth century" (Deutsch et al. 1957: 16/17). Deshalb stellen Adler/Barnett zu Recht fest: "The Democratic Peace literature has by definition coupled the absence of war to a particular type of state and thus has narrowed considerably the Deutschian framework." (Adler/Barnett 1998a: 13).

Die beiden Autoren argumentieren, dass es aus Sicht verschiedener Theorierichtungen "there are many possible explanations for the absence of war" (ebd.) gäbe. Charles Kupchan, der das Theorem vom demokratischen Frieden ebenfalls ablehnt, steuert das Argument bei, dass "[a]s a starting point, responsible governance, rather than liberal democracy, should be adopted as the standard for determining which states are legitimate and in good standing" (Kupchan 2012: 189).

## *Sicherheitsgemeinschaften – kritische und zu wenig diskutierte Elemente*

Um den SG-Ansatz weiterzuentwickeln oder – in der Sprache des IFSH-Arbeitsprogramms – zu analysieren „[w]ie [...] globale kooperative Strukturen im eurasisch-atlantischen Raum gestaltet werden [müssen]“ – ist es von zentraler Bedeutung, die schwachen oder zu wenig diskutierten Elemente dieses Konzepts zu identifizieren. *Erstens* macht es das ziemlich hohe Abstraktionsniveau der SG-Debatte – Identitäten, Werte, Bedeutungen, Reziprozität – schwierig, Schlüsselbegriffe in empirisch überprüfbare Faktoren zu übersetzen. Dies gewinnt durch den Umstand an Bedeutung, dass die heutige SG-Debatte ungeachtet einiger Aufsätze über Regionalorganisationen weit weniger auf geschichtswissenschaftlicher Forschung basiert als das Werk von Deutsch. *Zweitens* hat die SG-Debatte einen klaren regionalen Fokus, Adler und Barnett „define a pluralistic security community as a transnational region comprised of sovereign states“ (Adler/Barnett 1998b: 30). Aber dieser regionale Fokus wird kaum in den Kontext globaler Entwicklungen gestellt. So ist es zum Beispiel offensichtlich, dass man sich die Zukunft Zentralasiens – einem Element einer möglichen eurasischen SG – nicht mehr länger vorstellen kann, ohne den Einfluss Chinas in Rechnung zu stellen. *Drittens* wird wenig zwischen SG und gegen Dritte gerichteten Militärbündnissen unterschieden. Zwar schreibt Kupchan: „Zones of stable peace can take three different forms – rapprochement, security community, and union.“ (Kupchan 2010: 8). Aber das löst das Problem nicht, da Militärbündnisse etwas zwischen Entspannung und Union parallel zu SG darstellen. Dies ist umso bedeutender, als Militärbündnisse wie die NATO manchmal als SG betrachtet werden. *Viertens* haben viele SG-Studien, wahrscheinlich wegen ihrer dominant konstruktivistischen Ausrichtung, Schwierigkeiten, den Faktor Macht zu integrieren, obwohl Adler/Barnett einräumen, dass er „plays a major role“ (Adler/Barnett 1998b: 39). Während die Rolle internationaler Organisationen bei der Entwicklung von SG angemessen beleuchtet wird, ist dies

für Staaten weit weniger der Fall. Jedoch ist es ohne Berücksichtigung der Rolle einzelner Staaten weder möglich, die Aktivitäten internationaler Organisationen zu verstehen, die auf staatlichem Handeln beruhen, noch regionale SG-Bemühungen in den Kontext der Aktivitäten etablierter und aufstrebender globaler Mächte zu stellen. *Fünftens* weist die ganze SG-Debatte einen klaren Fokus auf die Einrichtung und Entwicklung von SG auf, weniger auf deren Zerfall oder Zerstörung. Adler und Barnett sprechen diese Frage nur sehr kurz an und sagen, dass „the same forces that ‚build up‘ security communities can ‚tear them down“ (Adler/Barnett 1998b: 58). Es ist jedoch keineswegs klar, dass die ‚Aufbau‘-parallel zu den ‚Abbau‘-Prozessen verlaufen. Dies ist umso bedeutender in der aktuellen Krise der EU, wo es von essentieller Bedeutung wäre, wirksame Instrumente zur Untersuchung der weiteren Entwicklung der Union zu haben. Und *sechstens* schließlich kann die Schlüsseldebatte, ob SG Staaten mit nichtdemokratischen Regimen einschließen können, abgesehen von Plausibilitätsargumenten mit den Kriterien, die in der Debatte angeboten werden, nicht entschieden werden. Diese Defizite schmälern nicht den Wert der SG-Debatte, die zu denken und zu theoretisieren wagt, was lange Zeit als unmöglich galt, nämlich dass ein umfassender stabiler Frieden möglich ist. Das gegenwärtige Konzept bedarf jedoch der weiteren Entwicklung.

## *Die Diskussion über „Negotiating the Rise of New Powers“*

In einem Sonderheft von „International Affairs“ (Nr. 3/2013) starteten Amrita Narlikar und eine Reihe von Kollegen einen größer angelegten Versuch, die Beziehung zwischen den aufstrebenden (hier Brasilien, China und Indien) und den etablierten Mächten (USA, EU) bei der Produktion globaler Güter oder gar einer Art globaler Ordnung zu analysieren. „A central goal is to analyse systematically the nature of the relationships between these diverse actors.“ (Narlikar 2013: 564). Damit behandelt diese Gruppe von Aufsätzen nicht direkt

die Frage einer SG. Aber sie behandelt Verhandlungsprozesse über die Bereitstellung grundlegender globaler Güter, welche die Voraussetzungen für jede Form von SG darstellen. Damit weisen sie ein Potenzial auf, Fragen aufzubringen, die für die weitere Entwicklung des Konzepts von SG von Bedeutung sind.

Das Verhältnis zwischen diesen fünf Mächten wird durch den Fokus ihres Verhandlungsverhaltens untersucht. "The rise of new powers is thus fundamentally a story of bargaining and negotiation." (Ebd.: 561). Im Einzelnen untersuchen die Autoren das "negotiation behaviour" der Mächte, d.h. ihre "negotiation strategy, coalitions and framing." (ebd.: 564). Am wichtigsten ist dabei die Differenzierung zwischen "distributive or value-claiming at one end and integrative or value-creating strategies at the other." (Ebd.: 565). In ihrem Resümee hält Narlikar fest, dass die "negotiating behaviour of the rising powers does not reveal a clear alternative vision of global order, or the desire for a complete overhaul of the current order. Consequently, the rise of new powers does not pose a direct or immediate threat to the system. However, the reluctance of the rising powers to take on new responsibilities amid expectations from the 'distracted incumbents' that they share the burden of providing global public goods not only makes the system more prone to deadlock but also heightens levels of distrust, thereby increasing the risk of destabilization." (Ebd.: 576). Das bedeutet, dass die aufstrebenden Mächte (noch) nicht darauf eingestellt sind, die kostenträchtige Verantwortung für die Herstellung globaler Güter zu übernehmen, während die Fähigkeit der etablierten Mächte abnimmt, diese Güter bereitzustellen. Während die drei aufstrebenden Mächte über ihr Zögern, neue Verantwortung zu übernehmen, hinaus eine Reihe von Differenzierungen aufweisen, ist eine eingehendere Betrachtung der USA und der EU für unser Forschungsinteresse noch interessanter, da sie die (Gruppe von) Staaten sind, von denen wir gemeinhin den größten Beitrag zum Projekt einer euro-atlantischen und eurasischen SG erwarten.

Nach Vezirgiannidou sitzen die "US [sits] at the core of the current system, with a principal role in governance institutions. [...] However, the US cannot deal with global issues like nuclear proliferation, terrorism and financial governance without cooperating with others, especially rising powers. So it faces a double dilemma: how can it preserve its unique position in the system and at the same time obtain cooperation?" (Vezirgiannidou 2013: 636). Obwohl der Autor befindet, dass "there is no 'grand strategy'" (ebd.: 640), identifiziert er doch einige Elemente des strategischen Verhaltens der USA. Eines ist partielles Disengagement und weniger Führung durch die USA in den Fällen Reform des VN-Sicherheitsrats oder des NVV (vgl. ebd., 640-643). Ein anderes betrifft Verzögern (wie bei der Reform der Finanzinstitutionen) und eine stärkere Betonung informeller Institutionen (vgl. ebd.: 645-647). Zudem unterstreicht der "rather heavy-handed and largely distributive approach towards minor powers" [adds to] the long-held perception that the US applies double standards" (ebd.: 644). Die USA greifen zu hart distributiven Verhaltensweisen, wo Kerninteressen betroffen sind, und werden in anderen Fällen wählerischer, Engagement und Führung zu zeigen. Zusammengenommen zeigen sie Elemente relativer Schwäche.

Die Diagnose für die EU ist noch viel schlimmer. Die EU steht vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits braucht sie als eine Union von Staaten eine strategische Ausrichtung. Aber das "problem in today's EU is that this shared strategic sense is difficult to discern" (Smith 2013: 656). Andererseits ist die "nature of the challenge from rising powers [is] one of a scope, scale and variety not experienced by the Union at any point in its existence." (Ebd.: 663). Beides wird durch die tiefe innere Krise der Union verschärft. Im Ergebnis kann dies im "relation to Russia and China in particular, [this can] lead to major elements of fragmentation around an apparent commitment at the rhetorical level to common EU positions." (Ebd.: 666). Zusammengenommen zeigt die

EU Anzeichen absoluter Schwäche, “the EU is now a long way outside its comfort zone, and it is difficult in current circumstances to see how it can retrieve the situation.” (Ebd.: 671).

### *Schlussfolgerungen für die Diskussion über Sicherheitsgemeinschaften*

Bereits diese sehr knappe Diskussion erlaubt es uns, einige Schlussfolgerungen für die Diskussion über SG zu formulieren. *Erstens* sollte die Diskussion über SG in räumlicher wie zeitlicher Hinsicht stärker kontextualisiert werden. Einerseits sollten Entwicklungen außerhalb des eurasisch-atlantischen Raums stärker in Betracht gezogen werden. Andererseits sollte reflektiert werden, ob bestimmte Annahmen und Gedankenelemente noch die Realität wiedergeben. Zum Beispiel konnte man vor fünfzehn Jahren noch über eine NATO-Mitgliedschaft von Russland nachdenken, ohne den Faktor China in Betracht zu ziehen; heute kann man das nicht mehr. *Zweitens* sollte sich die Debatte ergänzend zu internationalen Organisationen (IO) stärker auf Staaten als Analyseeinheiten fokussieren. Staaten nut-

zen internationale Organisationen als Bühne, um ihre Politiken voranzutreiben, und sie gestalten die Politiken dieser internationalen Organisationen. *Drittens* sollte der Faktor Macht stärker in Studien über SG integriert werden. Werte, Identitäten und Bedeutungen und die darauf bezogenen Sozialisationsprozesse sind von Bedeutung, aber ohne die Fähigkeit nachhaltig wirkender Akteure, eine Umschreibung für Träger von Macht, sind sie weniger oder gar nicht bedeutsam. Die Herausforderung besteht darin, Forschungsdesigns zu entwickeln, die normative und Machtfaktoren integrieren. Und schließlich brauchen wir *viertens* eine konkretere Debatte. Wenn normative Konvergenz von Bedeutung ist, und sie ist von hoher Bedeutung, dann kann das Aussprechen dieses Faktums nicht das Ergebnis, sondern nur der Beginn eines Forschungsprozesses sein um herauszufinden, wo wir heute in Sachen normativer Konvergenz vs. Divergenz stehen. Die Zukunft wird zeigen, ob das ausreicht, der Debatte über SG einen neuen Schub zu geben. Jedoch zeigt schon dieser kleine Aufsatz, dass es sich lohnt, zwei Linien des Nachdenkens über globalen Wandel, etwa die über SG und die über globales Verhandeln, miteinander zu konfrontieren.

## Literatur:

- Acharya, Amitav. 2001. *Constructing a Security Community in Southeast Asia. ASEAN and the Problem of Regional Order*, London.
- Adler, Emanuel. 1998. Seeds of peaceful change: the OSCE's security community-building model, in: Emanuel Adler/ Michael Barnett (Hrsg.) 1998, *Security Communities*, Cambridge, UK, 119 – 160.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett (Hrsg.). 1998. *Security Communities*, Cambridge, UK.
- 1998a. Security communities in theoretical perspective, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.) 1998, *Security Communities*, Cambridge, UK, 3 – 28.
  - 1998b. A framework for the study of security communities, in: Emanuel Adler/Michael Barnett (Hrsg.) 1998, *Security Communities*, Cambridge, UK, 29 – 65.
- Adler, Emanuel/Vincent Pouliot. 2011. *International Practices*, Cambridge, UK.
- Bellamy, Alex J. 2004. *Security Communities and their Neighbours. Regional Fortresses or Global Integrators?* Basing-stoke.
- Deutsch, Karl W. et al.. 1957. *Political Community and the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*, Princeton, N.J.
- Flynn, Gregory/Henry Farrell. 1999. Piecing Together the Democratic Peace: The CSCE, Norms, and the „Construction“ of Security in Post-Cold War Europe, in: *International Organization* 53(3): 505 – 535.
- Koschut, Simon. 2012. Friedlicher Wandel ohne Demokratie? Theoretische und empirische Überlegungen zur Bildung einer autokratischen Sicherheitsgemeinschaft, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 19 (2): 41 – 69.
- Kupchan, Charles. 2010. *How Enemies become Friends. The Sources of Stable Peace*, Princeton, N.J.
- 2012, *No One's world. The West, The Rising Rest, and the Coming Global Turn*, New York.
- Mayer, Sebastian. 2014. *Non-Liberal Security Communities: War Avoidance, Norm Sharing and Stable Peace without Democracy?* (unveröff. Manuskript).
- Müller, Harald. 2003. Begriff, Theorien und Praxis des Friedens, in: Gunther Hellmann et al., *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 209 – 250.
- Narlikar, Amrita. 2013. Negotiating the rise of new powers, in: *International Affairs* 89(3): 561 – 576.
- Ngoma, Naison. 2003. SADC: Towards a Security Community?, in: *African Security Review*, 12(3): 17 – 28.
- Pouliot, Vincent. 2008. The Logic or Practicality: A Theory of Practice of Security Communities, in: *International Organization* 62(2): 257 – 288.
- Smith, Michael. 2013. Beyond the comfort zone: internal crisis and external challenge in the European Union's response to rising powers, in: *International Affairs* 89(3): 654 – 671.
- Vezirgiannidou, Sevasti-Eleni. 2013. The United States and rising powers in a post-hegemonic global order, in: *International Affairs* 89(3): 636 – 651.

## 4.3 Querschnittsarbeitsgruppe 3 – Innerstaatliche Gewaltpotenziale

Gegenstand der Querschnittsarbeitsgruppe (QAG) 3 ist die Frage, welche konfliktträchtigen Verwerfungen innerhalb von Staaten, insbesondere in Europa, durch globalisierungsbedingte Prozesse gegenwärtig hervorgerufen werden bzw. in der Zukunft hervorgerufen werden könnten. Sie beschäftigt sich auch damit, was eine solche Entwicklung für die liberalen Friedenstheorien bedeuten würde. In der Arbeitsgruppe geht es in diesem Sinne um die „Innenseite“ liberaler Friedensmodelle unter Globalisierungsbedingungen.

Gemeinsam ist liberalen Friedenstheorien die Vorstellung von Frieden als gesellschaftlichem Prozess, in dessen Verlauf kollektive Gewaltanwendung immer unwahrscheinlicher wird. Liberale Friedenstheorien legen maßgebliches Gewicht auf die Demokratisierung von Herrschaftssystemen und die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, da sie die Entscheidung über Krieg und Frieden an den Willen der Gesellschaft binden. Diese innergesellschaftlichen Prozesse sehen die Vertreter dieser Theorien in einem engen Verhältnis mit einer zunehmenden zwischenstaatlichen Integration auf verschiedenen funktionalen Ebenen. Ein weiteres zentrales Element vieler liberaler Friedenstheorien ist der Hinweis auf die friedensschaffende Bedeutung zunehmender Verteilungsgerechtigkeit, sowohl auf inner- wie auf zwischenstaatlicher Ebene. Im Fortlauf der Globalisierung lassen sich jedoch zwei gleichzeitig ablaufende Prozesse identifizieren, durch die die Grundlagen demokratischer Politik in Europa einschneidend verändert werden könnten. Hierdurch wären auch die Basisannahmen der liberalen Friedenstheorien in Frage gestellt: Zum einen wird die politische Handlungsfähigkeit und Legitimität demokratischer Regierungen zunehmend eingeschränkt. Dies geschieht etwa dadurch, dass global agierende gesellschaftliche Akteure, etwa große internationale Unternehmen, wichtige Entscheidungen

ohne Beteiligung dieser Regierungen treffen. Gleichzeitig wirken diese Entscheidungen aber auf die von diesen Regierungen vertretenen Bürgerinnen und Bürger ein. Zum anderen verringert die Verlagerung von Entscheidungen auf demokratisch nur schwach legitimierte internationale Organisationen die Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten. Im Zuge der Finanzkrise werden die Grenzen des ökonomisch und politisch Machbaren angesichts des Wirkens „unverfasseter“, grenzüberschreitend agierender Akteure bereits fühlbar. Die Finanzkrise zeigt, dass „Integration“ sich nicht notwendig förderlich auf Stabilität und Frieden auswirken muss, sondern auch neue Herausforderungen und möglicherweise sogar Risiken und Gefahren für Sicherheit und Frieden mit sich bringen kann.

Wenn es im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen zu starken sozialen Verwerfungen auch in bisher als stabil geltenden Demokratien kommt, dann ist es vorstellbar, dass Interessenkonflikte auch hier nicht mehr zuverlässig durch allseits akzeptierte Regeln und Prozeduren aufgefangen werden können. Die liberalen Friedenstheorien weisen dem Staat spezifische konfliktsteuernde Rollen zu und postulieren eine Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten sowie ein kongruentes Verhältnis von Identität und Legitimation. Wie kann nun die zum Ausgleich gesellschaftlicher Ansprüche notwendige Politisierung und Interessenartikulation sichergestellt werden, wenn Entscheidungen im Angesicht komplexer globaler Probleme immer mehr an die internationale Ebene delegiert oder gleich von mächtigen transnationalen Akteuren getroffen werden? Mögliche Folgen einer solchen Verminderung der Übereinstimmung zwischen Regelunterworfenen und Regelsetzenden können nicht nur „passive“ Vertrauensverluste in die gewählten Regierungen sein, sondern auch Radikalisierungen und Gewalt bedingen. Sie



### Mitglieder

V.l.n.r.: Elena Kropatcheva, Sebastian Schiek, Daniela Pisiou, Martin Kahl, Ursel Schlichting, Hendrik Hegemann, Matenia Sirseloudi, Uwe Polley (nicht im Bild: Michael Brzoska)

können auf der anderen Seite aber auch zur Bildung neuer gesellschaftlicher Gruppen führen, die einen friedlichen, produktiven Wandel vorantreiben. Derartige Prozesse sind jedenfalls in anderen Weltregionen, mit geringerem Niveau wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Ausdifferenzierung seit Langem zu beobachten. Für das IFSH ist dabei, aufgrund von Vorarbeiten, die Region Zentralasien von besonderem Interesse. Die Beobachtung und Analyse innerstaatlicher Verwerfungen, deren Verbindungen zur Globalisierung sowie der Umgang staatlicher Institutionen in dieser Region mit unterschiedlichen Formen von Protest und Gegenwehr sind daher parallel Gegenstand der Arbeit der QAG 3. Die Betrachtung von Verwerfungen, Protest und Radikalisierung sowie der staatlichen Reaktionen auf diese Entwicklungen sowohl in den liberalen Demokratien Westeuropas als auch in autoritär regierten Staaten Zentralasiens ermöglicht über den Vergleich

wichtige Einsichten für eine Friedenstheorie unter Globalisierungsbedingungen.

In den ersten Diskussionen der Arbeitsgruppe im Jahr 2013 haben sich folgende längerfristig ausgerichtete Fokussierungen für die weitere Arbeit ergeben: Einen ersten Schwerpunkt bildet die Erörterung möglicher Mechanismen der Auflösung derjenigen Grundlagen demokratischer Staaten, deren Fortbestand liberale Friedenstheorien voraussetzen, sowie eine kritische Analyse staatlicher Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung ergriffen werden. Hierzu ist zunächst zu klären, welche Aussagen liberale Friedenstheorien zu Fragen der Ökonomie und Verteilung treffen, was sie zur gesellschaftlichen Spaltung durch ökonomische Ungleichheit und was sie zum Verhältnis von Identität und Legitimation sagen. Dann richtet sich der Blick der QAG auf mögliche Folgen gesellschaftlicher Spaltung durch ökonomische Ungleichheit

in entwickelten Demokratien sowie auf die Formen und die Intensität innerstaatlicher Gewalt. Es geht darum, welche Prozesse der Politisierung und Radikalisierung im eurasischen Raum zu beobachten sind und inwieweit diese Prozesse zu Konflikten und Gewalt führen können. Welche konfliktträchtigen Verwerfungen sind durch globalisierungsinduzierte Prozesse, etwa steigende Verteilungsungleichheit, in Europa zu erwarten, welche neuen innergesellschaftlichen Ansprüche werden an staatliche Politik formuliert und wie kann der Staat diesen Ansprüchen gerecht werden? Inwieweit können, darüber hinaus, demokratische Prinzipien wie Repräsentation und Partizipation unter den beschriebenen Bedingungen noch konfliktbindende Wirkung entfalten? Wo zeigen sich bereits konkrete Bruchstellen und Ansatzpunkte für Rückschritte?

Der Blick richtet sich ferner darauf, welche Herrschaftstechniken europäische Institutionen und nationale Regierungen, hier vor allem Sicherheitsinstitutionen und -kräfte, zur Bewältigung von Legitimationsverlusten anwenden und wie sie auf Gewaltausbrüche reagieren. Es kommt eine weite Reihe möglicher Reaktionen in Betracht, dazu gehören Gewaltkontrolle, Repression und Überwachung. Eine Analyse von Herrschaftstechniken soll aber auch subtilere Methoden der Herrschaftsausübung sichtbar machen, ein Stichwort ist hier der Begriff „gouvernementalité“.

Gegenstand der Diskussion in der Arbeitsgruppe wird ebenfalls sein, in welcher Weise Politisierung und Radikalisierung Friedensgewinne mit sich bringen könnten, etwa wenn durch sie Aufmerksamkeit für soziale und politische Missstände gewonnen, entsprechende politische Debatten initiiert und gesellschaftliche Veränderungen auf friedliche Weise befördert werden können. Berücksichtigt werden auch mit dem Liberalismus konkurrierende oder ihn ablehnende Identifikationsangebote und die Perspektive einer systemischen Herrschaftskritik. In den ersten Sitzungen der Arbeitsgruppe im Jahr 2013 wurden Texte zur liberalen Friedenstheorie, zu möglichen Mechanismen der Auflösung innerstaatlicher Grundlagen, auf denen liberale Friedenstheorien beruhen, und Texte, die staatliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung zum Gegenstand haben, erörtert. In den nächsten Sitzungen folgt, ebenfalls über Textlektüre und gestützt auf neuere empirische Untersuchungen, eine Diskussion der wohlfahrtstaatlichen Handlungsspielräume westlicher Demokratien sowie eine Problematisierung der Marktorientierung in Entwicklungsländern, Post-Konfliktgesellschaften und ehemaligen sozialistischen Staaten.

In den Arbeitsgruppensitzungen sollen über die Textlektüre hinaus von den Teilnehmern/innen geplante Projekte, Veröffentlichungen und Antragsideen vorgestellt werden.

## 4.3.1 Das zivilisatorische Hexagon und Rechtstaatlichkeit außerhalb Europas

*Sebastian Schiek*

Die QAG 3 des IFSH untersucht neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale als Folge von globalisierungsbedingten Wandlungsprozessen innerhalb der Nationalstaaten und Gesellschaften. Während hierbei für Europa vor allem der Regress einzelner Elemente des zivilisatorischen Hexagons in den Blickpunkt gerät, muss für die Region Zentralasien die Frage gestellt werden, inwieweit die acht Elemente dort überhaupt verwirklicht werden können.

Die acht Elemente des zivilisatorischen Hexagons stellen Bedingungen für die Befriedung „moderner“ Gesellschaften dar, die allesamt gleich notwendig sind. Jedoch lässt sich bei Senghaas durchaus eine Hierarchie oder auch zeitliche Abfolge dieser acht Elemente ausmachen: Das Gewaltmonopol steht an erster Stelle, danach folgen Rechtsstaatlichkeit, Affektkontrolle und Demokratie. Diese Reihenfolge stimmt mit der prozessoziologischen Rekonstruktion europäischer Staatsbildung bei Elias, aber auch mit dem Verständnis von Staatsbildung bei Max Weber überein. Das Modell von Senghaas hatte eine breite Debatte über die Implikationen seiner eurozentristischen Ausrichtung und über seine Universalisierbarkeit ausgelöst (vgl. z.B. Jaberg 2011). Anstatt diese eher theoretischen Debatten fortzuführen, soll hier am Beispiel Kasachstans gezeigt werden, wie der Prozess der Rationalisierung des Staates als mögliche Grundlage für Rechtsstaatlichkeit in außereuropäischen Gesellschaften stattfindet.<sup>1</sup> Der Fall Kasachstan ist hierfür aufgrund seiner staatlichen Hybridität zwischen patrimonialen Machtstrukturen und Rationalisierungsprozessen besonders interessant. Der hier untersuchte Rationalisierungsprozess ist in doppelter

Hinsicht konflikttheoretisch relevant:

- 1) Die patrimonial-autoritäre Herrschaft in Kasachstan kann zwar in Form eines negativen Friedens das staatliche Gewaltmonopol sicherstellen und ein gewisses Maß an Legitimität gegenüber der Bevölkerung generieren. Die Rationalisierung stellt aber den Versuch dar, der Gefahr einer Destabilisierung der patrimonial-autoritären Herrschaft entgegenzuwirken, die den Machthabern aufgrund elektoraler Revolutionen in mehreren post-sowjetischen Staaten deutlich vor Augen geführt wurde.
- 2) Der Modernisierungsprozess ist aber auch selbst konfliktiv, ohne jedoch derzeit Potenziale für Gewaltkonflikte erkennen zu lassen.

Das zivilisatorische Hexagon dient bei der Analyse als eine Folie, anhand derer Abweichungen vom Ideal ermittelt und damit Hinweise auf konfliktive Prozesse gewonnen werden können. Bei dieser Folie handelt es sich um eine Momentaufnahme europäischer Friedensbedingungen der Nachkriegszeit. Um strukturelle Ähnlichkeiten und Unterschiede bei der Staatsbildung außerhalb Europas empirisch zu untersuchen ist ein Rückgriff auf die Prozess-Methode von Elias sowie Webers Idealtypen der patrimonialen und rationalen Herrschaft sinnvoll. Rationalisierung des Staates bedeutet dabei eine Entpatrimonialisierung und steht damit immer in einem Spannungsverhältnis zu patrimonialer Herrschaft. Dieser Prozess ist insofern konfliktiv, als dass er Gewinner und Verlierer produziert.

### *Rationale Herrschaft in und außerhalb Europas*

Die Rationalisierung der Herrschaftssysteme in Europa ist eng mit der Phase des Absolutismus, der Ausbreitung des Kapitalismus

<sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um eine Zusammenfassung der Teilergebnisse der Dissertationsschrift Schiek 2014.

und der Entstehung der Machtgruppe der Bourgeoisie verbunden. In Frankreich leitete insbesondere Ludwig IX. die Entmachtung des alten, patrimonialen Adels und den Aufstieg der Juristen, dem neuen ‚Staatsadel‘ (Bourdieu), ein. In Deutschland gelang es Reformern unter Friedrich dem Großen, den patrimonialen Ständen weitreichende traditionelle Rechte zu entziehen. Die absolutistischen Herrschaftssysteme waren so komplex geworden, dass eine Rationalisierung unumgänglich war, ein Argument, das Elias in seinem Modell des Königsmechanismus zusammengefasst hat. Schlussendlich hat aber auch das Aufkommen des Kapitalismus als Form des Wirtschaftens *und* als Kulturprogramm das Prinzip der Rationalisierung gesellschaftlich vorangetrieben und damit auch die Grundlage des Staates verändert, ein Kernargument Max Webers. Zwei Gruppen entwickelten so ein stabiles Interesse am rationalen Staat: innerhalb des Staates die Juristen, deren Wissen nur im Rechtsstaat als soziales Kapital ökonomisch verwertet werden konnte. Außerhalb des Staates war die kapitalistische Bourgeoisie auf die Berechenbarkeit staatlichen Handelns angewiesen. Der Rationalisierungsprozess bildete die strukturelle und kulturelle Grundlage für den späteren „Durchbruch“ des Rechtsstaats im demokratischen Massenstaat.

Die Staatsbildung außerhalb Europas wurde zunächst im Zeitalter des Kolonialismus induziert und ist in der post-kolonialen Phase häufig durch autoritäre und patrimoniale Herrschaft gekennzeichnet. Im Unterschied zu Europa findet diese Staatsbildung aber gleichzeitig mit dem Anschluss an den kapitalistischen Weltmarkt und unter der kritischen Beobachtung und Intervention der westlich geprägten Weltgesellschaft statt. Aus dieser „Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit“ lässt sich folgende Hypothese ableiten: *Zwischen gleichzeitiger Staatsbildung und Modernisierungs-/Rationalisierungspraktiken besteht ein Spannungsverhältnis, das Handlungsdilemmata verursacht und widersprüchliche Strategien staatlicher Akteure generiert.*

### *Fallstudie: Staatsbildung und Rationalisierung in Kasachstan*

Die Frage nach der Modernisierungsbereitschaft außereuropäischer Staaten wird in der wissenschaftlichen Literatur häufig auf der Akteursebene und rein voluntaristisch beantwortet. Demnach sind es vor allem das egoistische Bereicherungsinteresse sowie der Unwille staatlicher Akteure, die die Einführung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verhindern; ganz im Unterschied zur oppositionellen „Zivilgesellschaft“, die nach diesen beiden Werten strebt.

Die Fallstudie zeigte aber, dass die Vorstellung einer Antagonie zwischen ‚bösem‘ Staat und ‚guter‘ Zivilgesellschaft, die insbesondere bei Czempel dominant ist, in die Irre führt. Zum einen verläuft die Grenze zwischen Arrièregarde und Avantgarde auch innerhalb des Staates, gleichzeitig profitiert ein nicht geringer Teil der Bevölkerung als ‚Untermieter‘ der Macht vom Status quo. Aber selbst die Grenzziehung zwischen Akteursgruppen innerhalb des Staates ist problematisch: Die Dilemmata, die sich aus der ungleichzeitigen Entwicklung ergeben, reichen bis in den Habitus der Akteure hinein und erzeugen widersprüchliche Handlungsstrategien.

Formale Staatlichkeit in Kasachstan ist durch den Kolonialismus des Russischen Reiches und der anschließenden Sowjetzeit geprägt. Beide Phasen führten zu einem tiefgreifenden sozialen Wandel, der sich in der Sesshaftmachung der ehemaligen Nomaden, der Industrialisierung, Verstaatlichung der Gesellschaft sowie der hohen Bedeutung der staatlichen Bürokratie zeigte. Die bürokratische Herrschaft war aber auch deutlich patrimonial geprägt, was sich durch das starke Machtmonopol der Partei, die Patronage, Korruption sowie die hohe Bedeutung der informellen Ökonomie zeigte. Während 1991 insbesondere der Westen von Kasachstan Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit einforderte, waren die gesellschaftlichen und staatlichen Voraussetzungen zum Zeitpunkt der Unabhängig-

keit ungünstig: Auf gesellschaftlicher Seite gab es kaum Erfahrungen von staatsfreier Öffentlichkeit oder politischer Partizipation; der Staat wiederum stellte ein schwer zu steuerndes, komplexes Herrschafts- und Wirtschaftssystem dar. Patrimoniale Praktiken, wie beispielsweise die schon in den 1980er Jahren einsetzende Aneignung öffentlichen Eigentums, waren im Habitus staatlicher Akteure strukturell verankert. Dringliche Aufgabe war es dabei, die Industrie von Moskau zu entflechten, was ohne ausländisches Kapital unmöglich erschien. Folge hiervon war eine starke Verschränkung Kasachstans mit dem Weltmarkt von Beginn seiner Unabhängigkeit an.

Diese strukturellen Voraussetzungen vermischten sich mit den Dynamiken der Privatisierung und der Demokratisierung. Die Privatisierung begann bereits vor der Wende und wurde in den 1990er Jahren forciert; die erste Verfassung von 1993 war noch demokratisch geprägt. Die Kombination dieser Strukturen und Prozesse schuf für den Zentralstaat ungünstige, zentrifugale Kräfte: Das kulturelle und soziale Kapital für die Aneignung war vor allem bei staatlichen Akteuren sowie bei einer nur kleinen Minderheit *nicht*staatlicher Akteure konzentriert. Die informelle Aneignung im Rahmen der Privatisierung führte zu einer Verselbständigung des Verwaltungstabes, der nicht mehr zwangsläufig auf die Alimentierung durch den Zentralstaat angewiesen war. Als eine weitere Dynamik entstanden erstmalig Machtzentren außerhalb des Staates, die sich mit Gruppen innerhalb des Staates verbanden. Beide Dynamiken bedeuteten für den Zentralstaat einen Verlust von Machtressourcen und verbanden sich mit der dritten Dynamik, der doppelten Akkumulation. Deren Logik liegt darin, dass staatliche und wirtschaftliche Akteure politische und ökonomische Macht akkumulieren müssen, um beides nicht zu verlieren. Als Folge dieser neuen Dynamiken war das staatliche Feld von Beginn an durch Verteilungskämpfe um ökonomische und staatliche Ressourcen zwischen konkurrierenden Gruppen geprägt.

### *Die Ambivalenz der patrimonialen Machtkonsolidierung*

Diese starken zentrifugalen Kräfte lassen sich nicht mit Begriffen wie Liberalisierung fassen oder mit dem demokratischen Wettbewerb in stabilen Anstaltsstaaten vergleichen, vielmehr stellen sie einen äußerst dynamischen und im Ergebnis kontingenten Staatsformierungsprozess dar, bei dem noch nicht entschieden war, ob sich die gesellschaftliche Macht innerhalb oder außerhalb des staatlichen Feldes konzentriert. Retrospektiv wären auch andere Strategien gegen die Verschiebung der Machtbalancen denkbar, *de facto* war die Rekonsolidierung der Macht durch Präsident Nasarbajew aber stark durch seine Sozialisation im patrimonialen Sozialismus geleitet und führte zunächst im Ergebnis zu einer Reproduktion patrimonialer Staatlichkeit mit veränderten Bedingungen, nämlich der Entstehung eines patrimonialen Kapitalismus und der Anbindung an den Weltmarkt. Neben einer patrimonialen Strategie der Inklusion aller relevanten Akteure hatte die Konsolidierung informelle und formelle Elemente. Informell bestand sie erstens in einer patrimonialen Kontrolle des Privatisierungsprozesses zur Herrschaftsfinanzierung. Bezeichnenderweise galt einer der kasachstanischen Oligarchen bald als „Kassenwart“ der Präsidentenfamilie. Zweitens beendete Nasarbajew bereits 1994 die demokratische Phase und verfolgte eine Strategie der sukzessiven Machtmonopolisierung, die ihren Höhepunkt 2007 erreichte. Gleichzeitig lässt sich aber auch ab Mitte der 1990er Jahre eine Modernisierungsrhetorik feststellen, die in den folgenden Jahren praktische Relevanz erlangte und damit empirisch über ‚bloße‘ Rhetorik hinausging. Gründe für diesen Modernisierungsimpuls liegen sowohl in der Wirtschaftsstruktur, der frühen Anbindung an den Weltmarkt, der Person Nasarbajews und insgesamt auch machtpolitischen Erwägungen. Das patrimoniale Machtmonopol stellte sich dabei als ambivalent heraus: Einerseits sicherte es Nasarbajews Macht und eine relative Handlungsfähigkeit des Staates, andererseits erwies es sich alsbald als strukturelle Bremse für das Reformprojekt.

## *Dilemmata der konservativen Modernisierung*

Empirisch lässt sich in Kasachstan das Projekt einer konservativen Modernisierung feststellen, das Teilmodernisierungen vorantreibt, ohne dabei grundsätzlich von der autoritären, patrimonial-bürokratischen Herrschaft abzurücken. Die Modernisierung orientiert sich am Modell der Industriestaaten Asiens und verfolgt damit eine Industrialisierung zur Diversifizierung der Rentenökonomie und eine dafür notwendige Rationalisierung der Herrschaft auf der Ebene der Verwaltung. Diese wirtschaftlichen und politischen Reformen bedingen sich gegenseitig: Eine erfolgreiche Industrialisierung verspricht eine stabile Herrschaftsfinanzierung und eine Abschwächung negativer Konsequenzen der Rentenökonomie und erleichtert damit eine Rationalisierung des Staates. Eine erfolgreiche Rationalisierung der Verwaltung ist wiederum Voraussetzung der Industrialisierung. Wie sich empirisch jedoch feststellen lässt, stehen patrimonialer Machterhalt und gleichzeitige Modernisierung in einem ambivalenten Spannungsverhältnis. Daraus ergibt sich ein Dilemma, da die beiden Zielkategorien,

patrimonialer Machterhalt und Modernisierung, nicht in gleichem Maße umsetzbar sind. Methodisch ist das Verfahren, Modernisierungsdilemmata aufzudecken, nicht neu. Migdal und Schlichte haben sich beispielsweise mit der Kategorie des Präsidenten- oder Modernisierungsdilemmas auf das Verhältnis zwischen Herrscher und Gesellschaft bezogen. Die folgenden Dilemmata der Rationalisierung beziehen sich vor allem auf das Verhältnis von Herrscher und Stab. Die Strategie der Verwaltungsrationalisierung in Kasachstan umfasst dabei drei Bausteine: Eine Trennung der Ebenen von Politik und Verwaltung, eine Rationalisierung der Verwaltung sowie einen Machttransfer von der Politik auf die Verwaltung. Das Reformprojekt lässt sich am besten als Machtspiel zwischen dem Präsidenten und der patrimonialen Machtelite fassen, dessen Gegenstand die Enteignung und Wiederaneignung von Akkumulationschancen ist. Im Ergebnis wird der Versuch der Verwaltungsrationalisierung abgeschwächt durch den Widerstand des Stabes, aber auch durch die widersprüchlichen Strategien des Präsidenten selbst. Zur Erklärung lassen sich folgende Dilemmata empirisch rekonstruieren:

	Logik der Machtsicherung	Logik der Modernisierung
1. Inklusions-Dilemma (auch Schlichte)	Inklusion (Folge: Korruption)	Korruptionsbekämpfung (KB)
2. Spannungs-Dilemma	Spannung/Konflikt (Folge: Korruption, geringere Handlungsfähigkeit)	Rationaler Staat, Trennung von Politik und Verwaltung und Staat und Wirtschaft
3. Kontroll-Dilemma	Big Shuffle/Korruption (Folge: Korruption, geringere Handlungsfähigkeit)	Stabilität/KB
4. Patrimonialisierungs-Dilemma	Keine Machtzentren außerhalb des Staates	(Teil-)Autonome Klasse von Industriellen

Das bereits bei Klaus Schlichte beschriebene Inklusions-Dilemma trifft auch auf Kasachstan zu: Eine der Konsolidierungsstrategien Nasarbajews war die Inklusion aller relevanten Akteure. Bis in die späten 2000er Jahre

wurden Akteure nur aufgrund von Loyalitätsverletzungen ausgeschlossen, nicht aber wegen Korruption. Eine Folge hiervon war eine Verstärkung von Korruption, die im Konflikt mit der Modernisierungslogik steht.

Das Spannungs-Dilemma bezieht sich auf eine Technik zur Schaffung und zum Erhalt eines umfassenden Machtmonopols (vgl. den Königsmechanismus bei Elias): Die Stabilität des Herrschers basiert dabei vor allem darauf, dass die Machtgruppen innerhalb des Staates nicht aufhören, miteinander zu konkurrieren. Dadurch wird einerseits eine Verschwörung dieser Gruppen gegen den Präsidenten verhindert, vor allem aber sind die konkurrierenden Gruppen auf eine regulierende, oberste Ordnungsinstanz angewiesen. Diese Spannungen haben auch in Kasachstan nicht abgenommen und werden beispielsweise durch Schaffung „konkurrierender Amtsgewalten“ (schon bei Weber als Vorläufer der Gewaltenteilung aufgeführt) noch gefördert. Im deutlichen Widerspruch stehen diese Konkurrenzkämpfe zum Modell des legal-rationalen Anstaltsstaats, der im Rahmen der konservativen Modernisierung errichtet werden soll. Im Zusammenhang damit steht ein weiteres Dilemma, das Kontroll-Dilemma. Die zentrifugalen Kräfte patrimonialer Herrschaftssysteme werden durch entsprechende zentripetale Techniken ausgeglichen. Dazu gehören unter anderem die permanente Rotation von Staatsbediensteten innerhalb des Staates und die Kontrolltechnik der Korruption. Erstere dämmt die Entstehung von Machtakkumulationen ein, letztere ermöglicht es, illoyale Klienten abzustrafen. Beides steht im Widerspruch zur Logik der Modernisierung, die eine

„innere“ Stabilität sowie die Eindämmung von Korruption erfordert. Schließlich lässt sich in Bezug auf die Industrialisierung ein übergeordnetes Patrimonialisierungsdilemma aufdecken: Im patrimonial-bürokratischen Staat kasachstanischen Typs konzentriert sich die gesellschaftliche Macht innerhalb des Staates, wodurch die Entstehung einer teilautonomen Klasse von Industriellen verhindert wird.

Die Fallstudie zeigt, dass die Rationalisierung staatlicher Herrschaft in außereuropäischen Kontexten unter anderen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen stattfindet als in Europa und die, selbst bei bestem Willen der Akteure, mit Schwierigkeiten konfrontiert ist, die sich aus der ungleichzeitigen Entwicklung von Herrschaft in der Weltgesellschaft ergeben. Zum außereuropäischen Staat gibt es intensive Debatten zu Fragen der Demokratisierung und der autoritären Konsolidierung. Fragen der Rationalisierung bleiben jedoch bisher unterbelichtet und stellen damit nach wie vor eine Wissenslücke dar. Diese Lücke ist auch insofern friedenspolitisch relevant, weil patrimonial geprägte Staaten wie Kasachstan zwar temporär einen negativen Frieden sicherstellen können, längerfristig aber aufgrund der inneren Widersprüche patrimonialautoritärer Herrschaft, insbesondere auch unter den Einflüssen der Globalisierung, unter Druck geraten.

### Literatur

Elias, Norbert, ([1939]/1997): Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation, Band 2 von Über den Prozeß der Zivilisation: soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Jaberg, Sabine (2011): Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: Gießmann, Hans J. und Rinke, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Frieden. VS Verlag, S. 86-100.

Migdal, Joel S. (1988): Strong societies and weak states. State-society relations and state capabilities in the Third World. Princeton University Press, Princeton New Jersey.

Schiek, Sebastian (2014): Widersprüchliche Staatsbildung – Kasachstans konservative Modernisierung. Nomos, Baden Baden.

Senghaas, Dieter (1995): Frieden als Zivilisierungsprojekt. In: Ders. (Hrsg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 196-223.

Schlichte, Klaus (2005): Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika. Campus-Verlag, Frankfurt/Main.

Weber, Max ([1922]/1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Herausgegeben von Johannes Winkelmann. Mohr, Tübingen, fünfte Auflage.

# 5

Beratung

## 5 Beratung

Wissenstransfer in die Gesellschaft nimmt einen prominenten Platz in der Arbeit des IFSH ein. Das Spektrum reicht von Gesprächen in kleinem Kreise mit hochrangigen deutschen und internationalen Politikern über Policy Papers bis zu öffentlichen Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, wie etwa die Debatte um die Beschaffung bewaffneter Drohnen. Im Folgenden werden einige ausgewählte Aktivitäten des Jahres 2013 im engeren Bereich der Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern vorgestellt, während die Öffentlichkeitsarbeit im folgenden Abschnitt skizziert wird.

### *Publikationen und Policy Papers*

Zentrales Instrument für die Verbreitung von Ergebnissen der Friedensforschung ist das von fünf Forschungsinstitutionen der Friedensforschung herausgegebene jährliche Friedensgutachten. Das IFSH war auch in 2013 sowohl mit einer Reihe von Beiträgen und der Beteiligung an der aktuellen Stellungnahme beteiligt (siehe 7.3.).

In der Abteilung CORE am IFSH werden seit 1995 jährlich Bestandsaufnahmen der Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und für ihre Arbeit wichtige Themen erarbeitet. Die OSZE-Jahrbücher, die mit Förderung des Auswärtigen Amtes von einem internationalen Herausgeberkreis unter Federführung von Ursel Schlichting verantwortet werden, sind ein wichtiges Instrument der Arbeit in der OSZE. 2013 erschienen die englische und die deutsche Version des „OSZE-Jahrbuchs 2012“ sowie die russische Version des „OSZE-Jahrbuchs 2011“. Eine Kurzbeschreibung der Schwerpunkte ist in Abschnitt 7.3. zu finden.

### *Ausgewählte politisch-wissenschaftliche Treffen*

CORE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu OSZE- und Rüstungskontrollthemen. Darunter auf der 709. Plenarsitzung des OSZE-Forums für Sicherheitskooperation, bei der Grünen-Fraktion des Deutschen Bundestages, auf einem Workshop des Auswärtigen Amtes und des Sekretariats der Arabischen Liga in Kairo, in einer Sitzung des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Deutschen Bundestages sowie beim jährlichen OSZE-Implementierungstreffen der Wirtschafts- und Umweltdimension.

In Zusammenarbeit mit dem Referat für den Dialog mit der islamischen Welt und dem Beauftragten für den Dialog zwischen den Zivilisationen organisierte CORE ein einwöchiges Besuchsprogramm für eine hochrangige Delegation aus Tadschikistan. Zweck des Besuchs war es, Erfahrungen über die Beziehungen zwischen einem säkularen Staat und religiösen Gemeinschaften auszutauschen – ein sensibles Thema in Deutschland und eine höchst kontroverse Angelegenheit in Tadschikistan.

Am 2./3. Juli 2013 organisierten CORE, das Auswärtige Amt und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gemeinsam einen Workshop zum Thema „Die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Ziele, Wege und Mittel“.

Zahlreiche politikberatende Transferaktivitäten fanden im Bereich maritimer Sicherheit statt. Hans-Georg Ehrhart, Kerstin Petretto, Patricia Schneider und Matenia Sirseloudi präsentierten die Ergebnisse der Projekte PiraT und TERAS-INDEX u.a. beim Kolloquium zum Thema „Perspektiven Maritimer Sicherheitsvorsorge“, auf dem Fachworkshop „Zivile Sicherheit im Warenverkehr“ des BMBF und in der Führungsakademie der

Bundeswehr. Am 26. und 27. September veranstalteten das IFSH und das Institut für Theologie und Frieden einen Workshop in Berlin zum Thema „Intervention in Mali: Zwischen Krieg, Sicherheitsgestaltung und Ethik“, an dem auch Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums teilnahmen.

Am 15. April 2013 führte das IFSH/ZEUS in Kooperation mit der Führungsakademie der Bundeswehr ein Expertengespräch zum Thema Konflikttransformation und Peacebuilding am Beispiel der Philippinen durch. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe IFAR veranstalteten im Rahmen des Projekts „Working Towards a Reduced Role of Tactical Nuclear Weapons in European Security“ drei Workshops zur NATO-Nuklearpolitik in London, Brüssel und Moskau, an denen hochrangige Vertreter der NATO, der NATO-Mitgliedstaaten und Russlands teilnahmen.

Zu einem Workshop der American Physical Society in Washington im Februar war Götz Neuneck als Vertreter der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) eingeladen, um mit anderen Vertretern aus den USA und Europa mögliche Abzugs- und Verifika-

tionsszenarien von taktischen Nuklearwaffen aus Europa mit Rose Gottemoeller, Assistant Secretary for Arms Control, Verification, and Compliance des State Department und anderen US-Vertretern zu erörtern.

Zur Eröffnung des internationalen Workshops „The Future of Arms Control. Cooperative Arms Limitations and Reductions in Times of Global Change“, den IFAR gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung im September in Berlin durchgeführt hat, sprachen der Beauftragte der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle Botschafter Nickel und der ehemalige britische Verteidigungsminister Lord Browne of Ladyton. Bei dem Side-Event der Bundesregierung bei der Überprüfungskonferenz für den Nichtverbreitungsvertrag (NPT Prep Com) in Genf moderierte Götz Neuneck im Plenum in Anwesenheit der Delegationen eine Veranstaltung der Non-Proliferation and Disarmament Initiative.

### *Anwendungsbezogene Trainings*

Im Auftrag des Schweizer Departments für auswärtige Angelegenheiten führte CORE in Bern vom 8.-11. Juli 2013 einen OSZE-



Deep Cuts Workshop, 28.-29 Oktober 2013 in Hamburg, Ulrich Kühn, Götz Neuneck, Greg Thielman, Andrej Zagorski

bezogenen Trainingskurs zur Vorbereitung des Departments auf den bevorstehenden OSZE-Vorsitz durch. Er wurde von etwa drei Dutzend Schweizer Diplomaten besucht, dazu von einigen Diplomaten des serbischen Außenministeriums. Damit stellte der Trainingskurs einen der ersten gemeinsamen Vorbereitungsschritte der Schweiz und Serbiens auf ihre konsekutiven Vorsitze 2014 und 2015 dar.

Vom 23. bis 27. September 2013 führte CORE einen OSZE-bezogenen Einführungskurs für die Mongolei durch. Der Kurs war eine gemeinsame Anstrengung des Auswärtigen Amtes, des mongolischen Außenministeriums, des Instituts für Strategische Studien des Nationalen Sicherheitsrats der Mongolei, der OSZE und von CORE. Im Rahmen des Baudissin-Fellowship-Programms war Frau OTL Zoya Lakhno vom Verteidigungsministerium der Republik Belarus von Oktober 2013 bis Ende Februar 2014 Gast am IFSH.

### *Politisch-wissenschaftliche Netzwerke*

IFSH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an einer größeren Zahl von regelmäßigen Gesprächsrunden und Treffen im Auswärtigen Amt in den Themenfeldern europäische Sicherheit und Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie an internationalen Netzwerken, an denen Politiker und Wissenschaftler teilnehmen, beteiligt.

So pflegen CORE-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter regelmäßig enge Kontakte zu Institutionen der OSZE und nationalen Vertretungen bei der OSZE, vorrangig in Wien, aber auch durch Einladungen nach Hamburg. So besuchten am 10./11. Dezember 2013 Jafar Usmanov, *Political Officer* im OSZE-Büro in Tadschikistan, und Abduali Toirov, Berater des Sekretärs des *Public Council of Tajikistan*, CORE, um Fragen der Demokratisierung in Tadschikistan und des säkular-islamischen Dialogs zu besprechen.

Seit 1999 bringt das IFSH in der aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern,

Politikern und Militärs zusammengesetzten Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ Expertise zusammen. 2013 erarbeitete die Kommission eine Stellungnahme zur Stärkung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Der Kommission angeschlossen ist die externe Forschungsgruppe „Demokratisierung von Streitkräften (DemoS)“, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 2006 mit einem traditionellen Themengebiet des IFSH, der „Inneren Führung“, beschäftigt.

Ein besonders herausragendes Ereignis in 2013 war die von Wolfgang Zellner initiierte und konzipierte Gründung des OSZE-Netzwerks von Think Tanks und akademischen Einrichtungen. Das Netzwerk wurde am 18. Juni in Wien im Rahmen der *OSCE Security Days* gestartet. Am 30. Oktober kamen 16 Institute in Wien zusammen, um Arbeitsinstrumente zu schaffen und ein erstes Netzwerkprojekt zu besprechen. Die Gruppe nahm ein „Mission Statement“ sowie ein Papier zur Einrichtung eines „Steuerungsausschusses“, eines „Netzwerkkoordinators“ sowie von „Projektkoordinatoren“ an. Sonja Stojanovic (Belgrade Centre for Security Policy), Botschafter Jim Collins (Carnegie Endowment for International Peace), Andrei Zagorski (Institute for World Economy and International Relations, Russische Akademie der Wissenschaften (IMEMO)) und Wolfgang Zellner wurden in den Steuerungsausschuss gewählt, Zellner zum Netzwerkkoordinator. Die Netzwerkteilnehmer beschlossen, ein erstes Projekt zum Thema „Bedrohungsperzeptionen in Europa“ durchzuführen.

Ein weiteres Netzwerk-Projekt mit starker internationaler Ausstrahlung wurde 2013 im Rahmen des „Deep Cuts“-Projekts gegründet. Die „Deep Cuts Commission“ bringt circa 20 hochrangige deutsche, US-amerikanische und russische Experten aus Politik, Militär und Wissenschaft zusammen. Im Oktober 2013 fand in Hamburg die erste Sitzung der Kommission statt, um einen Bericht für nächste Schritte in Richtung auf globale nukleare Abrüstung zu diskutieren, der im Frühjahr 2014 vorgestellt werden soll.

# 6

## Lehre und Nachwuchsförderung

## 6 Lehre und Nachwuchsförderung

Seit 2002 führt das IFSH mitverantwortlich den Masterstudiengang „Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg durch. Der Studiengang bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden.

Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Prakti-

kantinnen. 2013 absolvierten 33 Studierende (davon 20 Frauen, 13 Männer) ein Praktikum am IFSH (auf die Arbeitsbereiche aufgeteilt: ZEUS: 25, CORE: 5, IFAR<sup>2</sup>:3). Patricia Schneider koordiniert den Einsatz der Praktikantinnen und Praktikanten.

Das IFSH wirkt darüber hinaus mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig) und am Osteuropastudiengang der Universität Hamburg mit.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Master-, Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Prüfungsverfahren durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Patricia Schneider ist für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Michael Brzoska leitet das Doktorandenseminar.



Ruprecht Polenz, MdB, langjähriger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, hielt die Festrede bei der MPS-Abschlussfeier am 2.10.2013.

## 6.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2013 begann das zwölfte Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs. Am 2. Oktober 2013 wurde der elfte Absolventenjahrgang im Rahmen einer Festveranstaltung in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. 23 Absolventinnen und Absolventen aus zehn Ländern (Australien, Brasilien, Italien, Japan, Kolumbien, Libanon/Belgien, Österreich, Russland, Ungarn und Deutschland) erhielten ihre Masterurkunden. Eine Studentin ist in Elternzeit und wird ihr Studium erst 2014 beenden können. Ein Student wird aus Krankheitsgründen sein Studium ebenfalls später abschließen.

Nach den Einführungen von Frau Prof. Dr. Claudia S. Leopold, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, und Herrn Dr. Horst-Michael Pelikahn, Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung, hielt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags Ruprecht Polenz den Festvortrag zum Thema: „Frieden und Sicherheit – die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht des Auswärtigen Ausschusses“.

Für das 12. Akademische Jahr 2013/2014 wurden 25 Studierende aus acht Ländern



Institutionelle Mitglieder  
des Kooperationsverbunds Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik (KoFrieS)  
sind neben dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR<sup>2</sup>):

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum (IFHV);
- Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC);
- Berghof Foundation (BF), Berlin;
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg (IThF);
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (FüAkBW);
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST);
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Hamburg (ZNF);
- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg (GIGA);
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF);
- European Centre for Minority Issues, Flensburg (ECMI);
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen, Hamburg;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin (ZIF);
- Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg (HSU);
- Universität Hamburg, Fakultäten der Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften;
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.



MPS-Festakt 2013, frischgebackene Master of Peace and Security Studies und die neuen Studierenden des Jahrgangs 2013/14 mit Studiengangsleitung.

immatrikuliert (Georgien, Ghana/Großbritannien, Mazedonien, Slowenien, Ukraine, USA, Usbekistan und Deutschland); drei Studierende haben neben der deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft (Frankreich, Niederlande, USA); der Frauenanteil beträgt 56 Prozent (14 Studierende). Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH und 14 weiteren Forschungs- und akademischen Lehreinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter ist Götz Neuneck. Akademische Koordinatorin ist Naida Mehmedbegović Dreilich. Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für den Studiengang ist der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, weitere Mitglieder des IFSH sind Götz Neuneck und Wolfgang Zellner. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehörten neben den genannten Personen auch Naida Mehmedbegović Dreilich an. Hinzu kommen externe Mitglieder von den

beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den kooperierenden Instituten (KoFrieS).

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventen/innen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität sowie akademisch ausgebildete Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms kooperiert M.P.S. mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Euromaster“, dem „Master of European Studies“ und dem Osteuropa-Nebenfachstudiengang unter Federführung der Fakultät für Rechtswissenschaften.

## 6.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Seit einigen Jahren ist die Universität Hamburg an diesem von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengang beteiligt. Seit 2006 verleiht die Universität als eine von derzeit sechs Universitäten ein gemeinsames Diplom. Von Anbeginn im Jahre 2001 an nimmt

das IFSH für die Universität Hamburg die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs wahr. Drei Studierende waren im Sommersemester 2013 am IFSH in Hamburg. Für das IFSH hat Naida Mehmedbegović Dreilich die Koordination übernommen.



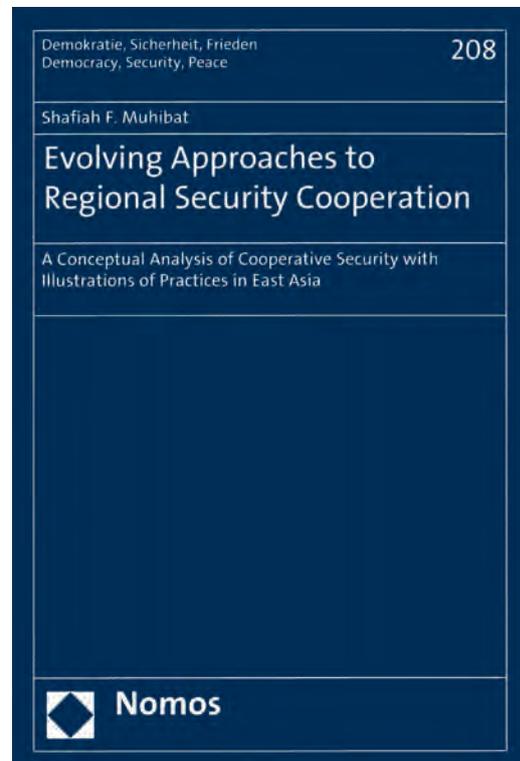
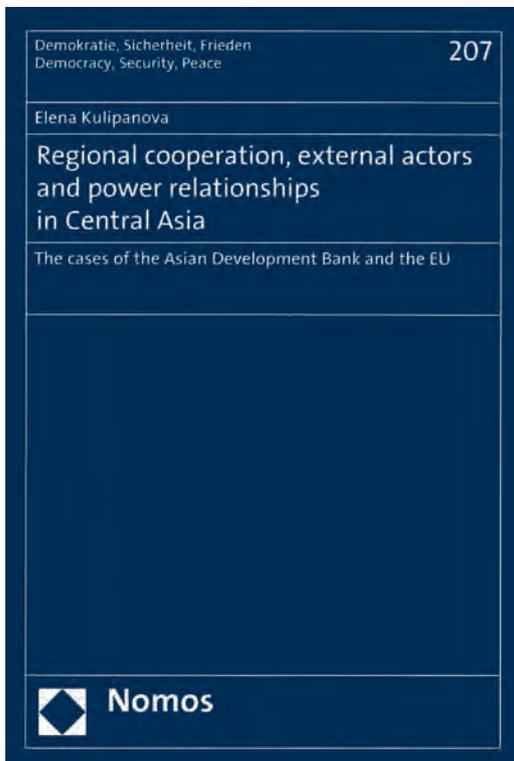
Die Rednerin und die Redner der MPS-Abschlussfeier v.l.n.r.: Michael Brzoska, IFSH, Claudia S. Leopold, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Horst-Michael Pelikahn, Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Götz Neuneck, IFSH

## 6.3 Doktorandenbetreuung

Im Rahmen des Programms sind die Promovierenden in eine intensive Betreuung durch erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts eingebunden, die es ihnen ermöglicht, eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und gleichzeitig Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Doktorandinnen und Doktoranden sind themenabhängig jeweils in einen der Arbeitsbereiche des IFSH integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Darüber hinaus können die Promovierenden

aufgrund von Kooperationsverträgen an Graduiertenschulen der Universität Hamburg und des GIGA teilnehmen.

Zugangsvoraussetzungen zum IFSH-Programm sind u.a. ein überdurchschnittlicher sozial-, geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet.



Abgeschlossene Promotionen 2013

# 7

Service

## 7.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ widmen.

2013 wurde wie in den Vorjahren eine große Zahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Vor allem die Medien wenden sich naturgemäß mit der Bitte um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge an das IFSH. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunk- und Fernsehsender sowie Printmedien und

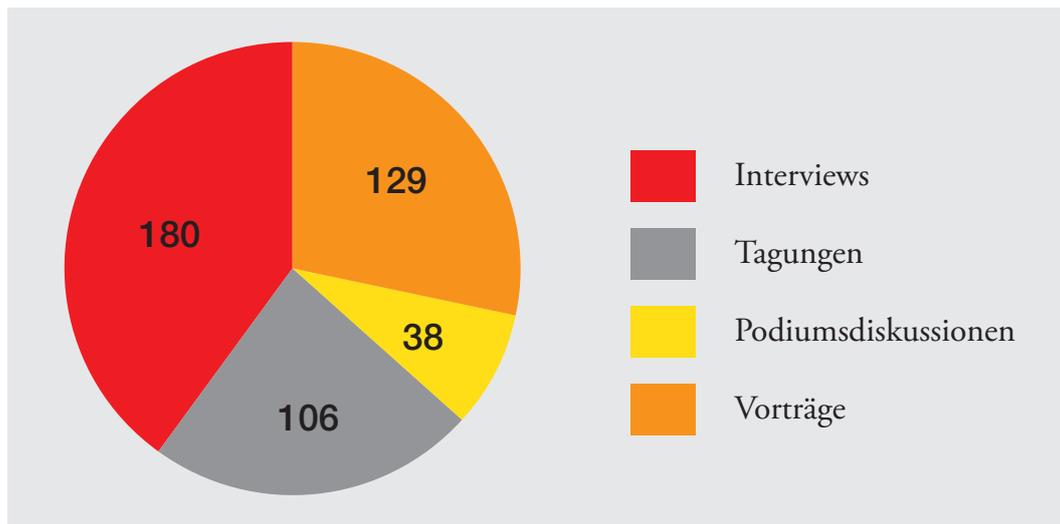
ihre Online-Dienste aus. 2013 waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender: ARD, ZDF, 3SAT, Phoenix, NDR-Fernsehen, WDR-Fernsehen, rtl, SAT 1 und n-tv.

Die Rundfunksparten von NDR, WDR, SWR, BR, MDR, SR, HR, RBB und RadioBremen gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio Kultur, Deutschlandradio Wissen, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen (dpa, Reuters dpaD etc.). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren darüber hinaus in zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen bzw. deren Online-Ausgaben mit Interviews und Artikeln vertreten.



### Mitarbeiter 2013

V.l.n.r.: Eckhard Schlopsna, Ute Runge, Ioana Pirvu, Uwe Polley, Britta Fisch, Jutta Stropahl, Susanne Bund, Madeleine Köhler, Carsten Walter (nicht im Bild: Leoni Brand, Marten Ennen, Martin Halewitz, Insa Meyer, Max Paul, Jochen Rasch)



Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Theater, Künstler, Pastoren, Schulen, Parteien und ihre Jugendorganisationen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten, Informationen und Materialien an das Institut.

Thematisch konzentrierten sich Anfragen auch im Jahr 2013 in erster Linie auf das aktuelle Konfliktgeschehen. Hier sind vor allem der Konflikt um das iranische Nuklear-

programm, der Bürgerkrieg in Syrien und die Abrüstung der syrischen Chemiewaffen, die Krise in der Ukraine, Cybersecurity, Rüstungsexporte, Rüstungskontrollfragen, der Konflikt in Mali, die Nordkoreakrise, der Einsatz bewaffneter Drohnen, Piraterie, Fragen der Radikalisierung und Terrorismusbekämpfung, Raketenabwehr, das Verhältnis Russlands zum Westen, der Nahostkonflikt und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu nennen. Die Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ auf der Institutswebsite spiegelt u.a. diese Themen wider: <http://www.ifsh.de/news/stellungnahmen>.

## 7.2 Bibliothek, Dokumentation und Internetpräsenz

### *Bibliothek*

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler und Promovierenden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. und die Mitarbeiter des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 30.397 Bände und 99 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2013). Der Zugang betrug 469 Bände, davon wurden 45 aus Drittmitteln erworben und 298 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 320 Bände und 110 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über die Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft.

Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine OSZE-Depotbibliothek, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothekarin erstellt regelmäßig die Bibliographie des OSZE-Jahrbuchs sowie die OSZE-Online-Bibliographie auf der CORE-Homepage.

Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant, auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen. Im Jahr 2013 wurden ca. 850 Titel retrokatalogisiert.

### *Dokumentation*

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten, die ein

gemeinsames Informationsnetzwerk bilden. Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis World Affairs Online (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbasen in Europa darstellt. Sie verfügt gegenwärtig über ca. 800.000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Im arbeitsteiligen Verbund des FIV erschließt die Dokumentation des IFSH Literatur zur OSZE sowie Publikationen des Hauses. Neben Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar.

Seit September 2008 ist die WAO-Datenbank als Teil des IREON-Portals ([www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de)) frei im Internet zugänglich.

Das IFSH ist seit 2003 am Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de> eingesehen werden.

### *Internetpräsenz*

Die Arbeit an der Umgestaltung der Homepage des IFSH ist im Jahr 2013 weitergeführt worden. Zum einen sind IFSH-Seiten zum Bereich „Forschung“ an das neue Arbeitsprogramm des IFSH angepasst worden. Hier finden sich nun die drei neuen Cluster (Querschnittsarbeitsgruppen) mit inhaltlichen Erläuterungen. Sämtliche Seiten der IFSH-Homepage werden seit November

2013 in ein neues Contentmanagement-System überführt und teilweise neu gestaltet. Die Seiten der Arbeitsbereiche werden dabei inhaltlich und optisch weitgehend in die Hauptseiten integriert, die Publikationsliste der Mitarbeiter/innen wird neu gegliedert

und in eine abfragbare Datenbank überführt. Die Veränderungen sollen zum einen den Wartungsaufwand verringern, zum anderen die Nutzerfreundlichkeit der Homepage erhöhen.

## 7.3 Redaktion

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher, englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft ist am IFSH angesiedelt; Chefredakteurin ist Patricia Schneider. Zum Redaktionsteam gehören außerdem Tim Salomon (Bucerius Law School), Sybille Reinke de Buitrago und Susanne Bund. Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

### *Friedensgutachten 2013*

Unter dem Titel „Neue Kriege, neue Rüstung, neue Rüstungsmärkte“ setzt sich das Friedensgutachten 2013 in seinem Schwerpunkt mit Trends der deutschen Rüstungsexportpolitik, dem Gefahrenpotenzial bewaffneter Drohnen, der US-Militärstrategie und Rüstungspolitik unter Präsident Obama, der Aufrüstung im Nahen Osten, der Beziehung von Militär und Politik in den arabischen Autokratien, dem deutschen Parlamentsvorbehalt bei Militäreinsätzen, den Friedenseinsätzen der UNO, Strategien

der europäischen Rüstungsindustrie und dem Stand von Rüstungskontrolle und Abrüstung bei konventioneller Rüstung und Massenvernichtungswaffen auseinander. Weitere Kapitel thematisieren Erfolge und Fehlschläge in Friedensprozessen und bei Militärinterventionen und befassen sich mit aktuellen Brennpunkten wie dem Bürgerkrieg in Syrien, dem Militäreinsatz in Mali, dem Drogenkrieg in Mexiko, dem endlosen Krieg im Kongo und der Zuspitzung des Konflikts um das koreanische Kernwaffenprogramm. Das IFSH trug mit vier Autoren zum Friedensgutachten 2014 bei. Die IFSH-Herausgeberin betreute weitere zwei Aufsätze externer Autoren. 37 externe Kommentatoren und Kommentatorinnen von in- und ausländischen Forschungseinrichtungen übernahmen die Aufgabe des *peer reviews* für die 26. Ausgabe des Jahrbuchs.

### *OSZE-Jahrbuch 2013*

Im OSZE-Jahrbuch 2013 befassen sich namhafte Experten und erfahrene Praktiker mit der größten Sicherheitsorganisation Europas, stellen ihre Tätigkeitsschwerpunkte vor und nehmen Stellung zu aktuellen Entwicklungen in ausgewählten OSZE-Teilnehmerstaaten. Im ersten Abschnitt befassen sich drei Studien mit den russisch-amerikanischen Beziehungen, dem Ursprung und dem Wandel der euroatlantischen Sicherheitsordnung sowie dem aktuellen „Helsinki+40“-Prozess. Im Mittelpunkt der Länderanalysen stehen die



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Meide

**Vorstellung Friedensgutachten 2013 im Deutschen Bundestag,**

hier: beim Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. V.l.n.r.: Bruno Schoch (HSFK), Ines-Jacqueline Werkner (FEST), Ute Koczy MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Stefan Rebmann MdB (SPD), Marc von Boemcken (BICC), Harald Leibrecht MdB (FDP), Margret Johannsen (IFSH)

Modernisierungsbemühungen Kasachstans, innen- und außenpolitische Trends in Armenien sowie das Programm des Schweizer OSZE-Vorsitzes im Jahr 2014.

Einem Überblick über Möglichkeiten und Mechanismen der Konfliktprävention folgt der Themenschwerpunkt, der transnationalen Bedrohungen gewidmet ist. Spezialisten befassen sich mit Fragen der Grenzsicherheit in Zentralasien, Terrorismusbekämpfung, bürgernaher Polizeiarbeit und stellen das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR vor. Die OSZE-Medienbeauftragte geht der Frage nach, wie die Freiheit im Internet gewährleistet werden kann.

Der letzte Abschnitt blickt zurück auf den irischen OSZE-Vorsitz des Jahres 2012 und stellt u.a. das erst kürzlich ins Leben gerufene „Academic Network“ der OSZE vor. Im Mittelpunkt des Kapitels über die Außenbeziehungen der Organisation stehen ihr Engagement in Afghanistan sowie die Rolle der Arabischen Liga bei der Verhütung und

Lösung von Konflikten.

Das Jahrbuch enthält einen umfassenden Anhang mit Daten und Fakten zu den OSZE-Teilnehmerstaaten sowie eine aktuelle Literaturlauswahl.

*Security and Human Rights 2/2013*

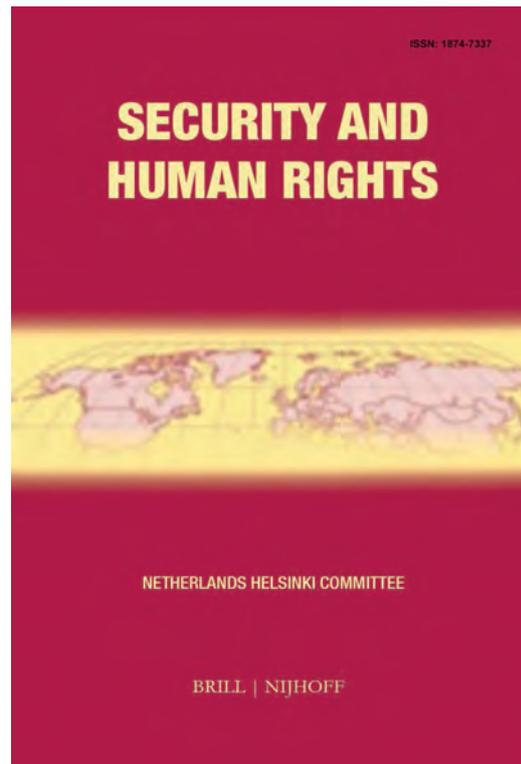
Auf Anfrage des *Netherlands Helsinki Committee* übernahm CORE 2013 die inhaltliche Gestaltung und redaktionelle Betreuung einer Ausgabe der Vierteljahresschrift *Security and Human Rights* (ehemals *Helsinki Monitor*), die sich einer Vielzahl von Themen im Zusammenhang mit der OSZE und deren vielfältiger Tätigkeit widmet.

Der von CORE ausgewählte Themenschwerpunkt der Ausgabe befasst sich mit Sicherheit und Menschenrechten in Zentralasien und den Auswirkungen der Entwicklungen in Afghanistan auf die Region. Das Themenspektrum der Beiträge reicht von den möglichen Auswirkungen des bevorstehenden

ISAF-Rückzugs auf die Region über aktuelle Sicherheitsprobleme und Konflikte in den zentralasiatischen Staaten, die Folgen des Krieges in Afghanistan für das Nachbarland Tadschikistan, den Zustand der Menschenrechte und den Beitrag regionaler Organisationen wie OSZE, EU, SOZ und OVKS zu Frieden und Sicherheit in Zentralasien bis hin zur Anwendung des VN-Konzepts der präventiven Diplomatie in der Region.

Außerhalb des Themenschwerpunkts analysiert ein Beitrag die politische Partizipation Jugendlicher im Kosovo.

Die Ausgabe *Security and Human Rights 2/2013*, für die Ursel Schlichting, Graeme Currie, Sebastian Schiek und Wolfgang Zellner verantwortlich zeichnen, ist erschienen bei Martinus Nijhoff Publishers.





## Friedensgutachten 2013

Bonn International Center for Conversion (BICC)  
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)  
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

LIT

# 8

## Gremien und Personal

## 8 Gremien und Personal

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die

Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

Kuratorium

Wissenschaftlicher Beirat

**Wissenschaftlicher  
Direktor**

**Stv. wiss. Direktoren**

**Institutsrat**

**Assistenz der  
Institutsleitung**

**Verwaltung/EDV**

**Öffentlichkeits-  
arbeit**

**Bibliothek/  
Dokumentation**

**ZEUS**

**Zentrum für  
EUropäische  
Friedens- und  
Sicherheitsstudien**

**IFAR<sup>2</sup>**

**Interdisziplinäre  
Forschungsgruppe  
Abrüstung, Rüstungs-  
kontrolle und  
Risikotechnologien**

**CORE**

**Zentrum für  
OSZE-Forschung**

Querschnittsarbeitsgruppe 1: Formenwandel von Gewalt

Querschnittsarbeitsgruppe 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Querschnittsarbeitsgruppe 3: Innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

**Militärischer  
Anteil**

**M.P.S.**

**Masterstudiengang  
Friedensforschung und Sicherheitspolitik**

## 8.1 Kuratorium

Laut Satzung des IFSH gehören dem Kuratorium folgende Mitglieder an: der oder die Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzendem, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreterinnen

bzw. Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2013 aus folgenden Mitgliedern zusammen (Stand Dezember 2013):

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (Vorsitzende)	Behörde für Wissenschaft und Forschung
Prof. Dr.-Ing. H. Siegfried Stiehl (Stv. Vorsitzender) (bis November)	Vizepräsident der Universität Hamburg
Prof. Dr. Jetta Frost, (Stv. Vorsitzende) (seit November)	Vizepräsident der Universität Hamburg
Niels Annen	MdB
Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer	FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
Prof. Dr. Cord Jakobeit	Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
Indi-Carolina Kryg	Studierendenvertreterin
Antje Möller	MdHBü
Prof. Dr. Rolf von Lüde	Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
Prof. Dr. Thomas Schramme	FB Philosophie
Gerhard Fuchs	Staatsrat a.D.

## 8.2 Wissenschaftlicher Beirat

Im Berichtszeitraum tagte der **Wissenschaftliche Beirat** des IFSH einmal. Dem Beirat gehörten 2013 folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Cord Jakobeit (Vorsitzender)	Universität Hamburg
Prof. Dr. Tilman Brück (stv. Vorsitzender)	Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
Prof. Dr. Tanja Brühl	Goethe Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Elke Krahnemann	Brunel University London
Prof. Dr. Heike Krieger	FU Berlin, FB Rechtswissenschaft
Prof. Dr. Paul Reuber	Universität Münster, Institut für Geographie
Dr. Petra Seibert	Universität Wien, Institut für Meteorologie und Geophysik
Prof. Dr. Michael Staack	Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg

## 8.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum zweimal.

## 8.4 Gleichstellung

Anna Kreikemeyer ist Gleichstellungsbeauftragte des IFSH, Stellvertreterin ist Patricia Schneider. Die Gleichstellungsberichte können auf der Website des Institut eingesehen werden: <http://www.ifsh.de/personal/gleichstellungsbericht/>.

2013 lief der 2008 verabschiedete Frauenförderplan des IFSH aus. Das wichtigste Ziel des Aufwuchses der Quote weiblicher

Beschäftigter im Forschungsbereich auf 45 Prozent wurde fast erreicht (44 Prozent). Insgesamt waren 47 Prozent der Beschäftigten am IFSH Frauen. Der anstehende personelle Umbruch am IFSH erlaubt es, im Rahmen des Gleichstellungsplans für die kommenden fünf Jahre ehrgeizigere Ziele, vor allem im Bereich der Führungskräfte, in dem Frauen zurzeit noch sehr deutlich unterrepräsentiert sind, zu setzen.

## 8.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2013

### *Institutsleitung:*

Wiss. Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska  
Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Götz Neuneck  
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

### *Wissenschaftliche Referentinnen/ Referenten:*

Dr. Hans-Georg Ehrhart (Leiter ZEUS)  
Dr. Regina Heller  
Dr. Martin Kahl  
Ursel Schlichting, M.A.  
Dr. Patricia Schneider

### *Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter:*

Christian Alwardt, Dipl. Phys. Dr.  
Raphael Bossong (Jan.-Feb. und seit Mai)  
Magali-Hélène Dietrich (seit Juni)  
Dr. Frank Evers  
Dr. Christiane Fröhlich (seit Februar)  
Hendrik Hegemann, M.A.  
Dr. Anna Kreikemeyer  
Dr. Elena Kropatcheva  
Ulrich Kühn, M.A., M.P.S.  
Dr. Sebastian Mayer (Mai-Oktober)  
Naida Mehmedbegović Dreilich,  
M.A., M.P.S.  
Dr. Oliver Meier (bis März)  
Dr. Daniela PISOIU (seit März)  
Dr. Sybille Reinke de Buitrago (seit Oktober)  
Dr. Sebastian Schiek  
Matenia Sirseldoudi, M.A.  
Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S. (bis Juni)

### *Öffentlichkeitsreferentin:*

Susanne Bund

### *Abgeordneter der Streitkräfte:*

Oberstleutnant i.G. Dr. Johann Schmid

### *Senior Research Fellows:*

Dr. Margret Johannsen  
Dr. Reinhard Mutz  
Prof. Dr. Jürgen Scheffran  
Dr. Arne C. Seifert

### *Fellows:*

Dr. Stephan Hensell  
Kerstin Petretto, M.A.  
Thomas Reinhold, Dipl.-Inf.

### *Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:*

Viktoria Akchurina  
Nodira Aminova  
Azamjon Isabaev  
Zoja Lakhno  
Howard Löwen  
Nurzhan Beisembaev

### *Doktorandinnen/Doktoranden:*

Christian Alwardt, Dipl. Phys.  
Nodira Aminova, LL.M.  
Andreas Bernath, M.A.  
Anne Finger, Dipl.-Pol.  
Hendrik Hegemann, M.A.  
Azamjon Isabaev, M.A. (seit September)  
Katarzyna Kubiak, Dipl. oec., M.P.S.  
Ulrich Kühn, M.A., M.P.S.  
Naida Mehmedbegović Dreilich, M.A.,  
M.P.S. (beurlaubt)  
Thomas Reinhold, Dipl.-Inf.  
Sebastian Schiek, Dipl. Pol. (Abschluss 2013)  
Eric van Um, M.A., M.P.S.  
Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S.

### *Externe Doktorandinnen/Doktoranden*

Dauren Akberdiyev, Dipl. Pol.  
Alexandr Burilkov, M.A.  
Hannes Ebert, M.Sc.  
Julia Grauvogel, M.A.  
Afrim Hoti (Abschluss 2013, Univ. Pristina)  
Gunnar Jeremias, Dipl. Pol., M.P.S., ZNF  
Carlo Koos, M.A., M.P.S.  
Isabelle Maras, M.A.  
Katja Munoz, M.A.  
Isabelle Tannous, M.A.  
Azermat Temirkulov, M.A. (Abschluss 2013)

### *Dokumentation:*

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

### *Verwaltung:*

Britta Fisch  
Max Paul  
Jochen Rasch  
Dr. Eckhard Schlopsna  
Jutta Stropahl  
Carsten Walter

### *Support:*

Leoni Brand (seit März)  
Marten Ennen (April – Juni und seit Okt.)  
Martin Halewitz  
Nataie Kontny (seit März)  
Tim Kröger (bis Feb. und seit Aug.)  
Mona Peter (bis September)  
Ioana Pirvu (seit April)  
Eva-Maria Reh (Dezember)  
Melanie Schorsch (bis Juli)

### *Sekretariat:*

Madeleine Köhler  
Insa Meyer (seit März)

### *Redaktion/Übersetzungen:*

Graeme Currie, M.A.  
Elizabeth Hormann (extern)  
Anastasia Raevskya (extern)

### *Bibliothek:*

Ute Runge, Dipl. Bibl.

# 9

## Anhang

## 9.1 Projekte

### CORE

<b>1. Größere Forschungsprojekte</b>	
CORE-10-F-02	Multilateralism in Russian Foreign Policy: Genuine Search for Partners or Camouflage for Unilateral Ambitions?
CORE-12-F-01	The Role of Informal „Networks of Trust“ for Peace in the Ferghana Valley (1992-2013). A Comparative Analysis
CORE-10-F-06	Die Afghanistan-Politiken der zentralasiatischen Staaten
CORE-12-F-02	Aufbau eines OSCE Network of Academic Institutions

<b>2. Publikations- und kleinere Forschungsprojekte</b>	
CORE-10-P-02	OSZE-Jahrbuch (deutsch, englisch, russisch)

<b>3. Nachwuchsforschungsprojekte</b>	
CORE-11-NF-01	CFE and the Disintegration of the Cooperative European Security Order
CORE-12-NF-01	The problems of correlation between Western values and Islamic traditions in the context of democratization in Tajikistan: secular-Islamic dialogue as a factor of stability in the region

<b>4. Beratungsprojekte</b>	
CORE-10-B-01	Rahmenprojekt Auswärtiges Amt
CORE-10-B-04	OSZE-bezogene Informationsdienstleistungen
CORE-10-B-02	OSCE-Related Training for Officials from the Swiss MFA (OSZE-Vorsitz 2014)
CORE-12-B-01	Workshop in Tadschikistan zum Afghanistankonflikt und dessen Bedeutung für Zentralasien
CORE-12-B-02	Expertenworkshop „Innenpolitische Entwicklungen und die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern. Diskussion zu Sichtweisen aus der ukrainischen Provinz“

# ZEUS

<b>1. Größere Forschungsprojekte</b>	
ZEUS-14-F-01	Zur Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten beim Formenwandel der Gewalt
ZEUS-13-F-01	Organisierte Kriminalität und lokaler Kapazitätsaufbau als Herausforderung maritimer Sicherheit Deutschlands und der EU.
ZEUS-10-F-01	Das palästinensische Staatsprojekt in Lichte der Machtverschiebungen im Nahen Osten
ZEUS-13-F-03	Piraterie und maritimer Terrorismus auf der Seeroute Hamburg Shanghai: Auswirkungen sozioökonomischer Dynamiken und politischer Konflikte auf Seewege und die Sicherheit des Seeverkehrs
ZEUS-14-F-02	Maritime Sicherheit
ZEUS-10-F-03	TERAS-INDEX. Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren
ZEUS-10-F-01	Theorie und Formenwandel von Gewaltkonflikten
ZEUS-11-F-02	Das Streben nach Respekt: Eine Untersuchung der sozio-emotionalen Dimension in Russlands Beziehungen zum Westen
ZEUS-13-F-04	Analysis of Civil Security Systems in Europe (ANVIL)
ZEUS-13-F-05	Eine vergleichende Studie der individuellen Motivationen in islamistischen und rechtsextremistischen Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen
ZEUS-13-F-06	Contested Principles, Contrasting Practices: Security Relations in Russia and the EU's 'Shared Neighbourhood'
	VOX-Pol. Violent Online Political Extremism (VOPE). Virtual Centre of Excellence for Research in Violent Online Political Extremism (Gemeinschaftliches Projekt).

<b>2. Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben</b>	
ZEUS-11-P-01	Assessing the Impact of EU External Governance
ZEUS-11-P-02	The Challenge of Security Governance

<b>3. Nachwuchsforschungsprojekte</b>	
ZEUS-07-NF-03	Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition
ZEUS-07-NF-06	A comparative assessment of police missions in the Common Security and Defence Policy (Bosnia-Herzegovina and the Democratic Republic of Congo). Is there a European Union strategy for CSDP police intervention in the making?
ZEUS-08-NF-01	Die Internationalisierung terroristischer Gewalt – Ursachen und Bedingungen
ZEUS-09-NF-02	Die Relevanz rationalistischer Ansätze bei der Analyse von Terrorismus und Antiterror-Politik
ZEUS-07-NF-01	Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU: Grenzen und Chancen des kohärenten Handels im europäischen Mehrebenensystem

<b>4. Beratungsprojekte</b>	
ZEUS-07-B-01	Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin

# IFAR

## 1. Größere Forschungsprojekte

IFAR-13-F-01	Globalizing Zero: Nächste Schritte
IFAR-11-F-02	Cyber Attacks – Eine neue Bedrohung für die Internationale Sicherheit?
IFAR-12-F-01	Klimawandel und Sicherheit (CLISAP.2 C4)
IFAR-10-F-01	Abschreckung, Abrüstung und taktische Nuklearwaffen in Europa

## 2. Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben

IFAR-13-P-02	Neue Wege bei der nuklearen Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle
IFAR-09-P-04	Verifikation und Monitoring internationaler Verträge inkl. CTBT
IFAR-13-P-01	Weltraumbewaffnung und Wettrüsten in Asien
IFAR-12-P-06	Neue strategische Rüstungen

## 3. Nachwuchsforschungsprojekte

IFAR-12-N-01	Verifikation und Monitoring nuklearer Abrüstung
IFAR-08-NF-02	Zeitliche Modellierung regionaler Wasserflussmengen unter dem Gesichtspunkt klimatischer Veränderungen und möglicher Konfliktpotenziale
IFAR-09-N-01	Konfliktfaktor Waldschutz? Analyse von Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktformationen in ausgewählten Regionen des Amazonasbeckens

## 4. Beratungsprojekte

IFAR-08-B-02	Pugwash Conference on Science and World Affairs
IFAR-08-B-01	Beratung der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes

# Abteilungsübergreifende Projekte

## **1. Größere Forschungsprojekte**

IFSH-13-F-01	Transnationale Gewaltkonflikte
IFSH-13-F-02	Umweltbedingte Migration und Konflikte im arabischen Raum
IFSH-13-F-03	Risikoanalyse für den Katastrophenschutz

## **2. Kleinere Forschungs- und Publikationsvorhaben**

IFSH-07-P-01	Friedensgutachten
IFSH-11-P-01	Russlands „Status-quo“-Strategien im postsowjetischen Raum

## **4. Beratungsprojekte**

IFSH-08-B-01	Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH
IFSH-07-B-02	Akademischer Neuaufbau Südosteuropa

## 9.2 Veröffentlichungen 2013

### *Monografien und herausgegebene Bücher*

Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2012, Baden-Baden 2013. Deutsche Fassung: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013.

Ehrhart, Hans-Georg/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands. Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie, Baden-Baden 2013 (Demokratie, Sicherheit Frieden, Band 2010).

Ehrhart, Hans-Georg/Heinz Dieter Jopp/Roland Kaestner/Kerstin Petretto (Hrsg.), Piraterie als Herausforderung. Europäische Antworten, globale Perspektiven, Baden-Baden 2013 (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Band 209).

Hegemann, Hendrik/Regina Heller/Martin Kahl (eds), Studying ‚Effectiveness‘ in International Relations. A Guide for Students and Scholars, Opladen, Berlin & Toronto 2013.

Johannsen, Margret/Marc von Boemcken/Ines-Jaqueline Werkner/Bruno Schoch (Hrsg.), Friedentagungen 2013, Berlin 2013.

Kulipanova, Elena, Regional cooperation, external actors and power relationships in Central Asia. The cases of the Asian Development Bank and the EU, Baden-Baden 2013 (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Band 207).

Meier, Oliver (Hrsg.), Technology Transfers and Non-Proliferation: Between control and cooperation. London and New York 2013.

Muhibat, Shafiah F., Evolving Approaches to Regional Security Cooperation. A Conceptual Analysis of Cooperative Security with Illustrations of Practices in East Asia, Baden-Baden 2013 (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Band 208).

Neuneck, Götz/Theresa Hitchens/James Lewis (eds), The Cyber Index. International Security Trends and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3.

Petretto, Kerstin/Sebastian Bruns/David Petrovic (Hrsg.), Maritime Sicherheit. Wiesbaden 2013.

### *Zeitschriftenartikel\**

Bossong, Raphael, Public good theory and the ‘added value’ of the EU’s anti-terrorism policy, in: *European Security* 2/2013, S. 165 – 184.

Bossong, Raphael, European internal security as a public good, in: *European Security* 2/2013, S. 129 – 147 (mit Mark Rhinard).

Bossong, Raphael, EU civilian crisis management and organizational learning, in: *European Security* 1/2013, S. 94 – 112.

**Bossong, Raphael, EU cooperation on terrorism prevention and violent radicalization: frustrated ambitions or new forms of EU security governance?, in: *Cambridge Review of International Affairs*: 1 – 17. Online first: <http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09557571.2013.839627#Uq7tnKMwdFo>.**

**Brzoska, Michael/Peter Michael Link/Achim Maas/Götz Neuneck/Jürgen Scheffran, Possible implications of climate engineering for peace and security, in: *Bulletin of the American Meteorological Society* 2/2013, S. ES13-ES16, <http://journals.ametsoc.org/doi/abs/10.1175/BAMS-D-12-00022.1>.**

**Brzoska, Michael/Jürgen Scheffran, Climate and war: No clear-cut schism, *Correspondence, Nature*, 498, 171.**

Brzoska, Michael/Jürgen Scheffran/Hans Günter Brauch/Jasmin Kominek/Peter Michael Link/Janpeter Schilling, Disentangling the Climate-conflict Nexus: Empirical and Theoretical Assessments of Vulnerabilities and Pathways, in: *Review of European Studies* 5/2013, S. 1 – 13.

Brzoska, Michael, Waffen nach Mali und Saudi-Arabien? Deutsche Rüstungsexporte und die Verschiebung der roten Linien, in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 2/2013, S. 52 – 60.

Brzoska, Michael/Ulrich Kühn, Vertrag über den Waffenhandel. Staatenkonferenz 18. – 28. März 2013, in: *Vereinte Nationen* 3/2013, S. 128 – 130.

Ehrhart, Hans-Georg/Hendrik Hegemann/Martin Kahl, Towards Security Governance as a Critical Tool. A Conceptual Outline, in: *European Security* (EarlyView unter: <http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09662839.2013.856303#UsaQWS-d8bhA>).

\* Fett gedruckte Titel sind Veröffentlichungen in Zeitschriften der Thomson Reuters World of Knowledge-Liste (ISI-Liste).

Ehrhart, Hans-Georg, Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union im Praxistest: zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Integration*, 2/2013, S. 91 – 106.

**Heller, Regina, Wenn Status zur fixen Idee wird. Russland – zur Großmacht verdammt?, in: *Ost-europa* 8/2013, S. 45 – 58.**

Heller, Regina/Martin Kahl/Daniela PISOIU, Editors' introduction: the "dark" side of normative argumentation in counterterrorism – an emerging research field, in: *Critical Studies on Terrorism* 3/2013, S. 410 – 413, DOI: 10.1080/17539153.2013.836304, 5. November 2013.

Heller, Regina/Martin Kahl, Tracing and understanding "bad" norm dynamics in counterterrorism: the current debates in IR research, in: *Critical Studies on Terrorism* 3/2013, S. 414-428, DOI: 10.1080/17539153.2013.836305, 5. November 2013.

Johannsen, Margret, Für kritische Solidarität. Israel muss das Völkerrecht achten, in: *S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace*, 1/2013, S. 37 – 39.

Kreikemeyer, Anna, State, criminality, and security in Central Asia. What do Eurasian regional organisations contribute to security and peace?, in: *Security and Human Rights* 2/2013, S. 169 – 181.

**Kropatcheva, Elena, NATO–Russia Relations and the Chinese Factor: An Ignored Variable, in: *Politics*. DOI: 10.1111/1467-9256.12019 (2013).**

**Kropatcheva, Elena, He who has the pipeline calls the tune? Russia's energy power against the background of the shale "revolutions". Energy policy, <http://dx.doi.org/10.1016/j.enpol.2013.10.058> (2013).**

Kühn, Ulrich, Conventional Arms Control 2.0, in: *Journal of Slavic Military Studies* 2/2013, S. 189 – 202.

Meier, Oliver, Gibt es einen Formwandel der Rüstungskontrolle?, in: *S+F. Sicherheit und Frieden* 2/2013, S. 99 – 101.

**PISOIU, Daniela, Coming to Believe 'Truths' About Islamist Radicalization in Europe, in: *Terrorism and Political Violence* 2/2013, S. 246 – 263.**

PISOIU, Daniela, Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen, *JEX, Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur* 1/ 2013, unter: <http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/view/13>.

Reinhold, Thomas, Malware als Waffe, in: *ADLAS, Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik* 1/2013, S. 7 – 11.

Reinke de Buitrago, Sybille, Media Discourse on Jihadist Terrorism in Europe, in: *Journal of Terrorism Research* 2/2013, S. 3 – 13.

Schmid, Johann, „Forschungslücke Krieg“ – Risiko für den Frieden? Über die friedens- und sicherheitspolitische Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Befassung mit Krieg, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS)* 2/2013, S. 227 – 248.

**Schneider, Patricia/Matthias Winkler, The Robin Hood Narrative: A Discussion of Empirical and Ethical Legitimizations of Somali Pirates, in: *Ocean Development & International Law (ODIL)* 2/2013, S. 185 – 201.**

### *Buchbeiträge*

Bossong, Raphael, The Fight Against Terrorism: A Key Global Objective for the EU?, in: Astrid Boening; Jan-Frederik Kremer; Aukje van Loon (eds), *Global Power Europe – Vol. 2*. Berlin, Heidelberg 2013, S. 19 – 35.

Brzoska, Michael, Research on the Effectiveness of International Sanctions, in: Hendrik Hegemann/ Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), *Studying 'Effectiveness' in International Relations*, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 143 – 160.

Brzoska, Michael, Europäische Rüstungsindustrie auf der Suche, in: Marc von Boemcken/Ines-Jacqueline Werkner/ Margret Johannsen/Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2013*, Berlin 2013, S. 137 – 149.

Brzoska, Michael/Götz Neuneck, Vagabundierende Atomwaffen? Das sowjetische Arsenal nach 1991, in: Bernd Greiner/Tim B. Müller/Klaas Voss (Hrsg.), *Das Erbe des Kalten Krieges*, Hamburg 2013, S. 274 – 292.

Brzoska, Michael, Ressourcen als Konfliktursache. Knappheit und Überfluss, in: Ulrich Schneckener, Arnulf von Scheliha, Andreas Lienkamp und Britta Klagge (Hrsg.), *Wettstreit um Ressourcen, Konflikte um Klima, Wasser und Boden*, München 2013, S. 31 – 48.

Brzoska, Michael/Jürgen Obenbrügge, Kontroversen zu Knappheit und Überfluss von Ressourcen als Konfliktursache, in: Martina Neuburger (Hrsg.), „Entwicklungsländer“? Verwickelte Welten – Auf der Suche nach Norden und Süden, Hamburg, Institut für Geographie der Universität Hamburg, S. 33 – 62.

Ehrhart, Hans-Georg, Mali: Auf dem Weg zu einem „Sahelistan“?, in: Marc von Boemcken/Ines-Jacqueline Werkner/ Margret Johannsen/Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2013*, Berlin 2013, S. 251 – 263.

- Ehrhart, Hans-Georg/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Thorsten Blecker/Hella Engerer/Doris König, Einleitung, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 17 – 25 .
- Ehrhart, Hans-Georg, Security Governance als Rahmenkonzept für den Umgang mit transnationalen Risiken, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 27 – 38.
- Ehrhart, Hans-Georg/Kerstin Petretto/Patricia Schneider, Indikatoren zur Erfassung der Risikolage im maritimen Raum. Beitrag des IFSH, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 48 – 63.
- Ehrhart, Hans-Georg/Roland Kaestner/Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto, Pirateriebekämpfung in Deutschland: Staatliche Strukturen, Akteure, Defizite, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 207 – 226 (mit).
- Ehrhart, Hans-Georg/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Thorsten Blecker/Hella Engerer/Doris König, Security Governance – Handlungsoptionen zur Verbesserung maritimer Sicherheit, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 303 – 328.
- Ehrhart, Hans-Georg/Roland Kaestner/Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto, Einleitung, in: Hans-Georg Ehrhart/Roland Kaestner/ Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto (Hrsg.), Piraterie als Herausforderung, Baden-Baden 2013, S. 7 – 10.
- Ehrhart, Hans-Georg/Roland Kaestner/Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto, Deutschland und die Herausforderung „Vernetzter Sicherheit“ bei der Piratenbekämpfung: Governancestrukturen und Governanceakteure, in: Hans-Georg Ehrhart/Roland Kaestner/Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto (Hrsg.), Piraterie als Herausforderung, Baden-Baden 2013, S. 11 – 67.
- Ehrhart, Hans-Georg/Kerstin Petretto, The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, in: Hans-Georg Ehrhart/Roland Kaestner/ Heinz Dieter Jopp/Kerstin Petretto (Hrsg.), Piraterie als Herausforderung, Baden-Baden 2013 S. 69 – 137.
- Fröhlich, Christiane, Wasser – Konfliktstoff oder Kooperationsgrund? Der Fall des Nahen und Mittleren Ostens, in: Schneckener, Ulrich/von Scheliha, Arnulf/Lienkamp, Andreas/Klagge, Britta (Hrsg.), Kooperation oder Konflikte um Ressourcen? Klima, Wasser, Boden. München 2013, S. 181 – 208.
- Hegemann, Hendrik/Regina Heller/Martin Kahl, Introduction: Studying Effectiveness in International Relations, in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), Studying ‚Effectiveness‘ in International Relations, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 15 – 32.
- Hegemann, Hendrik, How Effective are International Governmental Organizations? And How Do We Know? in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), Studying ‚Effectiveness‘ in International Relations, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 63 – 79.
- Heller, Regina, Assessing the Effectiveness of International Human Rights and External Democracy Promotion, in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), Studying ‚Effectiveness‘ in International Relations, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 197 – 216.
- Johannsen, Margret/Marc von Boemcken/Ines-Jacqueline Werkner/Bruno Schoch, Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Marc von Boemcken/Ines-Jacqueline Werkner/Margret Johannsen/Bruno Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 2013, Berlin 2013, S. 3 – 30.
- Kahl, Martin, Causes, Effects and Effectiveness – Conceptual, Epistemological and Methodological Considerations, in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), Studying ‚Effectiveness‘ in International Relations, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 35 – 60.
- Kahl, Martin, Obamas Militärstrategie und Rüstungspolitik: eine Zwischenbilanz, in: Mark von Boemcken/Ines-Jacqueline Werkner/Margret Johannsen/Bruno Schoch (Hrsg.): Friedensgutachten 2013, Berlin 2013, S. 58 – 68.
- Kropacheva, Elena, Ukraine’s Foreign Policy Choices after the 2010 Presidential Election, in: V. Feklyunina, S. White (eds.), The International Economic Crisis and the Post-Soviet States, New York 2013, S. 186 – 206.

- Kropacheva, Elena, Elections in Russia in 2011 – 2012: Will the Wind of Change Keep Blowing?, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2012, Baden-Baden 2013, S. 77 – 94. Deutsche Fassung: Die Wahlen in Russland 2011-2012: Wird der „Wind of Change“ weiter wehen?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013, S. 87 – 105.
- Kulipanova, Elena, How Effective is Development Aid?, On Concepts and Methods of Measuring Aid Effectiveness, in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (eds.), Studying “Effectiveness” in International Relations, Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 237 – 254.
- Neuneck, Götz, Assessment of International and Regional Organizations and Activities, in: UNIDIR: The Cyber Index. International Security Trend and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3, S. 91 – 109.
- Neuneck, Götz, Transparency and confidence-building measures: applicability to the cybersphere?, in: UNIDIR: The Cyber Index. International Security Trend and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3, S. 113 – 114.
- Neuneck, Götz, Civilian and military cyberthreats: shifting identities and attribution, in: UNIDIR: The Cyber Index. International Security Trend and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3, S. 115 – 119.
- Neuneck, Götz, Types of confidence-building measures, in: UNIDIR: The Cyber Index. International Security Trend and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3, S. 121 – 132.
- Neuneck, Götz, Towards TCBMs in the Cybersphere Types of confidence-building measures, in: UNIDIR: The Cyber Index. International Security Trend and Realities, United Nations Publications, New York and Geneva/Switzerland, UNIDIR/2013/3, S. 133 – 137.
- Neuneck, Götz, Die Pugwash Conferences on Science and World Affairs. Ein Beispiel für erfolgreiche “Track-II-Diplomacy“ der Naturwissenschaftler im Kalten Krieg, in: Christian Fortner, Dieter Hoffmann (Hrsg.), Physik im Kalten Krieg. Beiträge zur Physikgeschichte während des Ost-West-Konflikts, Wiesbaden 2013, S. 243 – 263.
- Petretto, Kerstin, Der maritime Raum und maritime Sicherheit: Deutschlands zwiespältige Dimension, in: Sebastian Bruns/David Petrovic/Kerstin Petretto (Hrsg.), Maritime Sicherheit. Wiesbaden 2013, S. 147 – 164.
- Pisoiu, Daniela/Eric van Um, Assessing Effectiveness in Counterterrorism Policy, in: Hendrik Hegemann/Regina Heller/Martin Kahl (Hrsg.), Studying „Effectiveness“ in International Relations. Opladen, Berlin & Toronto 2013, S. 255 – 279.
- Reinke de Buitrago, Sybille, Cross-Border Othering in the GDR and FRG: An Empirical Analysis of Personal Relations in the Context of Nationally Promoted Othering. Sammelband des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 2013.
- Schlichting, Ursel, Preface, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (Hrsg.), OSCE Yearbook 2012, Baden-Baden 2013, S. 13 – 20. Deutsche Fassung: Vorwort, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013, S. 15 – 22.
- Schneider, Patricia, Maritime Terrorism: Governance and Non-State Actors, in: Anja P. Jakobi/Klaus-Dieter Wolf: The Transnational Governance of Violence and Crime, Houndsmill, Basingstoke u.a. 2013, S. 172 – 192.
- Schneider, Patricia, Maritime Gewalt: Risiko und Risikomanagement, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 38 – 46.
- Schneider, Patricia, Kontext und Angriffszahlen: maritimer Terrorismus, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/ Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 115 – 140.
- Schneider, Patricia, Staatliche Strukturen Deutschlands zur Abwehr von maritimem Terrorismus, in: Hans-Georg Ehrhart/Kerstin Petretto/Patricia Schneider/Torsten Blecker/Hella Engerer/Doris König (Hrsg.), Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands, Baden-Baden 2013, S. 227 – 247.
- Schneider, Patricia/Matthias Winkler, Rechtfertigungsmuster von Piraten: Unrechtserfahrung als Quelle von Legitimität für illegale Handlungen?, in: Christina Knoll (Hrsg.): Gerechtigkeit – Multidisziplinäre Annäherungen an einen Begriff. Oberhausen 2013, S. 93 – 108 (Deutsche Kurzfassung des auf Englisch erschienenen Artikels „The Robin Hood Narrative“).

Zellner, Wolfgang, The IDEAS Project: A Contribution to an OSCE Network of Academic Institutions, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2012, Baden-Baden 2013, S. 55 – 64. Deutsche Fassung: Das IDEAS-Projekt: Ein Beitrag zu einem OSZE-Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013, S. 61 – 71.

### *Arbeitspapiere und Studien*

Alwardt, Christian/Michael Brzoska/Hans-Georg Ehrhart/Martin Kahl/Götz Neuneck/Johann Schmid/Patricia Schneider, Braucht Deutschland Kampfdrohnen?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 50/2013, Hamburg 2013.

Brzoska, Michael, Einführung, Unbemannte bewaffnete Systeme: Verändert der rüstungstechnologische Wandel den Umgang mit Konflikten? Eine friedenspolitische Perspektive, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Arbeitspapiere Nr. 9, Osnabrück 2013, S. 5 – 9.

Ehrhart, Hans-Georg, Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias – eine Zwischenbilanz, in: Reader Sicherheitspolitik, August 2013, unter: <http://www.readersipo.de/portal/a/sipo>.

Finger, Anne/Oliver Meier, Confidence-building on tactical nuclear weapons: What's on the table?", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 160, Hamburg 2013, auch unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/hb%20160.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/hb%20160.pdf).

Schneider, Patricia, Maritimer Terrorismus: Tätergruppen und Anschlagstypen 1968 – 2010. PiraT Working Paper Nr. 13 (2011, updated February 2013), Hamburg 2013, unter: [http://www.maritimesecurity.eu/fileadmin/content/news\\_events/workingpaper/PiraT\\_Arbeitspapier\\_Nr13\\_Schneider.pdf](http://www.maritimesecurity.eu/fileadmin/content/news_events/workingpaper/PiraT_Arbeitspapier_Nr13_Schneider.pdf), auch veröffentlicht als: Schneider, Patricia, Maritimer Terrorismus: Tätergruppen und Anschlagstypen 1968-2010. Neue Fassung vom Februar 2013. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 157/2013, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/130318\\_Maritimer%20Terrorismus-Hamb-Beitrag\\_18-03-2013-2-1.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/130318_Maritimer%20Terrorismus-Hamb-Beitrag_18-03-2013-2-1.pdf).

### *Andere Veröffentlichungen*

IFSH, Jahresbericht 2012, Hamburg 2013, sowie unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/JP%202012%20IFSH.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/JP%202012%20IFSH.pdf). Englische Fassung: IFSH, Annual Report 2012, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 96/2012 – 013. Dezember-Januar 2013-2013. Englische Fassung: IFSH News, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20news%2096%20%28December%202012%20-%20January%202013%29.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20news%2096%20%28December%202012%20-%20January%202013%29.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 97/2013. Februar-März 2013. Englische Fassung: IFSH News, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20news%2097%20%28February-March%202013%29.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20news%2097%20%28February-March%202013%29.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 98/2013. April – Mai 2013. Englische Fassung: IFSH News, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20News%2098%20%28April-May%202013%29.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH%20News%2098%20%28April-May%202013%29.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 99/2013. Juni – Juli 2013. Englische Fassung: IFSH News, unter [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH-news%2099%20%28June-July%202013%29.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/IFSH-news%2099%20%28June-July%202013%29.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 100/2013. August-September 2013. Englische Fassung: IFSH News, unter [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifsh%20news%20%28August-September%202013%29.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifsh%20news%20%28August-September%202013%29.pdf).

IFSH, IFSH-aktuell 101/2013. Oktober-November 2013. Englische Fassung: IFSH News, unter [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifsh%20news%20101%20%28October-November%202013%29-1.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/ifsh%20aktuell/ifsh%20news%20101%20%28October-November%202013%29-1.pdf).

Ehrhart, Hans-Georg, Intervention in Mali? Aktuelle Stellungnahme, unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/intervention-in-mali.html>.

Fröhlich, Christiane, Kasten 'Landerwerb', in: Israel – Die Geschichte des jüdischen Staates, GeoEPOCHE 61/2013.

Hegemann, Hendrik/Regina Heller/Martin Kahl, Wirkungsforschung in den Internationalen Beziehungen, in: IFSH-Jahresbericht 2012, Hamburg 2013, S. 14-18. Englische Fassung: Studying Effectiveness in International Relations, in: IFSH Annual Report 2012, Hamburg 2013, S. 12 – 15, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf). (mit Regina Heller und Martin Kahl).

Johannsen, Margret, Gibt es den gerechten Krieg?, in: Der Tagesspiegel, 25.8.2013.

Johannsen, Margret, Alles Verdrängung – Margret Johannsen zur Wahl in Israel, in: Schattenblick, Nr. 5, 13. Februar 2013.

Kubiak, Katarzyna, Braucht Europa neue nukleare-fähige Träger?, in: Das Blättchen 8/2013, S. 15 – 17 unter: <http://das-blaettchen.de/2013/04/braucht-europa-neue-nuklearfaehige-traeger-23659.html>.

- Kubiak, Katarzyna/Paul Ingram/Ian Williams, Summary of International Workshop "Prospects for Russian-U.S. Arms Control"; July 3, 2013; unter: <http://www.armscontrol.org/files/May-6-Moscow-Conf-Rpt-final.pdf>.
- Kubiak, Katarzyna, Co dalej z B61 w Europie? [in:] *Stosunki Międzynarodowe Web edition*; April 10, 2013; Publisher: International Relations Research Institute.
- Kubiak, Katarzyna, Sukces niedoskonały [in:] *Stosunki Międzynarodowe Webedition*; May 19, 2013; Publisher: International Relations Research Institute.
- Kubiak, Katarzyna, Retoryka a polityka nuklearnych aspiracji Baracka Obamy, in: *Biuletyn „OPINIE“* 19/2013; Fundacja Aleksandra Kwaśniewskiego „Amicus Europae“.
- Meier, Oliver, Dual-use-Technologietransfers und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in: *IFSH-Jahresbericht 2012, Hamburg 2013*, S. 19–24. Englische Fassung: Dual-use technology transfers and the non-proliferation of weapons of mass destruction, in: *IFSH Annual Report 2012, Hamburg 2013*, S. 16-21, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf).
- Meier, Oliver, NATO agrees on new arms control body, in: *Arms Control Now: The Blog of the Arms Control Association*, 26. Februar 2013, <http://armscontrolnow.org/2013/02/26/nato-agrees-on-new-arms-control-body>.
- Meier, Oliver, Keine Waffen des 21. Jahrhunderts, *Cicero online*, 16. Februar 2013, <http://www.cicero.de/weltbuehne/keine-waffen-des-21-jahrhunderts/53528>.
- Mutz, Reinhard, Über den Rubikon – Die neue NATO schafft Fakten, in: *Stephan Kurz-Gieseler (Hrsg.), Grundkurs Geografie/Politik – Geozonen, Wirtschaftsräume, Globalisierung, Paderborn 2013*, S. 260.
- Mutz, Reinhard, Hoffnungsschimmer für Syrien – Eine Friedenskonferenz kann helfen, die Gewaltspirale zu beenden, in: *Der Tagesspiegel* vom 24. Juni 2013, S. 6.
- Mutz, Reinhard, Im Syrienkonflikt fehlt es an Entschlossenheit, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 22. Mai 2013, unter: [http://www.deutschlandradiokultur.de/im-syrienkonflikt-fehlt-es-an-entschlossenheit.1005.de.html?dram:article\\_id=247304](http://www.deutschlandradiokultur.de/im-syrienkonflikt-fehlt-es-an-entschlossenheit.1005.de.html?dram:article_id=247304).
- Mutz, Reinhard, Letzte Chance für Syrien? Genfer Konferenz als Hoffnungsschimmer, in: *Streitkräfte und Strategien (NDR Info)* vom 1. Juni 2013, unter: [https://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte\\_und\\_strategien/streitkraeftesende-manuskript413.pdf](https://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesende-manuskript413.pdf).
- Mutz, Reinhard, Syrien stirbt im Bürgerkrieg – Das Land braucht mehr als Lippenbekenntnisse, in: *Politisches Feuilleton (Deutschlandradio Kultur)* vom 5. August 2013, unter: [http://www.deutschlandradiokultur.de/syrien-stirbt-im-buergerkrieg.1005.de.html?dram:article\\_id=256384](http://www.deutschlandradiokultur.de/syrien-stirbt-im-buergerkrieg.1005.de.html?dram:article_id=256384).
- Neuneck, Götz, Wo liegen die Kernleistungen und die Kardinalversäumnisse von Rüstungskontrolle und Abrüstung?, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 3/2013, S. 104–105.
- Neuneck, Götz, Von Patrioten, Raketenabwehr und Bündnissolidarität, in: *Wissenschaft und Frieden* 1/2013, S. 5.
- Neuneck, Götz, SDI und der amerikanischer Traum von der Raketenabwehr, in: *Das Blättchen* 14/2013, S. 14–17.
- Neuneck, Götz, Nordkoreanischer Nukleartest bestätigt, in: *Physik Journal* 6/2013, S. 8.
- Neuneck, Götz, Das Genfer Interimsabkommen mit dem Iran: Eröffnen kleine Schritte die Chance für eine große Lösung? Aktuelle Stellungnahme, 27.11.2013, unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/das-genfer-interimsabkommen-mit-dem-iran-eroeffnen-kleine-schritte-die-chance-fuer-eine-grosse-loesung.html>.
- Runge, Ute, OSCE Selected Bibliography 2011/2012, in: *Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2012, Baden-Baden 2013*, S. 459–472.
- Runge, Ute, Literaturlauswahl zur OSZE 2011/2012, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2012, Baden-Baden 2013*, S. 503–516.
- Runge, Ute, Neuerscheinungen, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 1/2013, S. 44–45.
- Runge, Ute, Neuerscheinungen, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 2/2013, S. 109–110.
- Runge, Ute, Neuerscheinungen, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 3/2013, S. 184–185.
- Runge, Ute, Neuerscheinungen, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 4/2013, S. 243–244.
- Schmid, Johann, Kampfdrohnen, Krieg & Moral, in: *Denkwürdigkeiten, Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V.* 84/2013, S. 1–5.
- Schneider, Patricia/Mayeul Hiéramente, Editorial: Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof – Wirken und Wirkung, in: *S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace*, 4/2013, S. III; englische Version: Editorial: Ten Years of International Criminal Court – Impact and Effect, in: *S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace*, 4/2013, S. IV.

Schneider, Patricia, Piraterie und Recht. Zum Urteil im Hamburger Piratenprozess, in: if – Zeitschrift für Innere Führung, 1/2013, S. 20 – 25.

Schneider, Patricia/Erwin Müller, Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit: Ist der Rechtsstaat in Gefahr?, in: Wochenschau Basisheft Nr. 4/5, 64. Jg., Oktober-Dezember 2013, S. 13 (Leicht veränderter Nachdruck von „Terrorbekämpfung: Sicherheitsgewährleistung oder Freiheitsgefährdung?“ von Eurotopics, dem Magazin der Bundeszentrale für Politische Bildung, 2007).

Schneider, Patricia, Private Sicherheitsdienstleister zur See: Cowboys gebändigt? Eine erste Bilanz über das mit Spannung erwartete Zulassungsverfahren. Aktuelle Stellungnahme vom 19.12.2013, unter: <http://www.ifsh.de/index.php/einzelseite-358/items/private-sicherheitsdienstleister-zur-see-cowboys-gebaendigt-eine-erste-bilanz-ueber-das-mit-spannung-erwartete-zulassungsverfahren.html>.

Schneider, Patricia, Hanteringen av "båtflyktingarna" – har katastrofen vid Lampedusa inneburit en vändpunkt i EU:s invandringspolitik?, in: Bistandsdebatten.de, 27.12.2013, unter: <http://www.bistandsdebatten.se/exkldebattartiklar/hanteringen-av-batflyktingarna-har-katastrofen-vid-lampedusa-inneburit-en-vandpunkt-i-eus-invandringspolitik>.

Sirseloudi, Matenia/Golo M. Bartsch/Lee Ciocia/Gregg Dubow/Niels Ferslev/Georgi Ivanov/Ciaran Laird/Rafael Nedzarek/Konstantin Schendzielorz/Olaf von Roeder/Johann Schmid/Ogi Williams, Defining Global Norms on Drone Policy, Atlantic Memo Nr. 46, Berlin, 4. November 2013, unter: <http://www.atlantic-community.org/-/defining-global-norms-on-drone-policy>.

Sirseloudi, Matenia/Nils Ferslev, Alternative Drone Discourse Needed From Europe, in: atlantic-community.org The open Think Tank on Foreign Policy, 9.10.2013, unter: <http://www.atlantic-community.org/-/alternative-drone-discourse-needed-from-europe>.

Zellner, Wolfgang, Das IDEAS-Projekt : Ein Beitrag zu einem OSZE-Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen, in: IFSH-Jahresbericht 2012, Hamburg 2013, S. 8 – 13. Englische Version: The IDEAS Project: A Contribution to an OSCE Network of Academic Institutions, in: IFSH Annual Report 2012. Hamburg 2013, S. 7 – 11, unter: [http://www.ifsh.de/tl\\_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf](http://www.ifsh.de/tl_files/IFSH/pdf/Publikationen/Annual%20Report%202012.pdf).

Zellner, Wolfgang, Die Schweiz beweist Mut zur Verantwortung in Europa, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.12.2013, S. 21.

## 9.3 Statistische Daten

### 1.1 Anzahl der Forschungsprojekte

2010 – 2014 gemäß genehmigtem Forschungsplan

	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert	2014 geplant	Davon extern finanziert
<b>IFSH übergreifend</b>	2	2	1	1	1	1	3	2	3	2
<b>CORE</b>	5	0	5	1	5	1	4	4	5	4**
<b>ZEUS</b>	8	4	9	6**	10	6**	12	8*	12	9****
<b>IFAR</b>	6	3	5	4***	7	4***	4	4	4	3
<b>Gesamt</b>	21	9	20	12	23	12	23	16	24	18

\* 1 davon IFSH teilfinanziert

\*\* 3 davon IFSH teilfinanziert

\*\*\* 2 davon IFSH teilfinanziert

\*\*\*\* 6 davon IFSH teilfinanziert

### 1.2 Nachwuchs-, Beratungs- und kleinere Projekte

	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert	2014 geplant	Davon extern finanziert
<b>IFSH übergreifend</b>	5	2	5	2	6	1	4	1 <sup>3</sup>	6	3 <sup>4</sup>
<b>CORE</b>	10	7 <sup>2</sup>	7	6 <sup>1</sup>	8	7 <sup>1</sup>	8	7	11	8 <sup>3</sup>
<b>ZEUS</b>	19	13 <sup>2</sup>	13	13 <sup>2</sup>	13	12 <sup>2</sup>	8	4 <sup>4</sup>	4	4 <sup>4</sup>
<b>IFAR</b>	15	5 <sup>4</sup>	11	3	8	4	9	5 <sup>4</sup>	8	5 <sup>4</sup>
<b>Gesamt</b>	49	27	34	24	35	24	29	17	29	20

<sup>1</sup> 5 davon IFSH teilfinanziert.

<sup>2</sup> 3 davon IFSH teilfinanziert.

<sup>3</sup> 1 davon IFSH teilfinanziert.

<sup>4</sup> 2 davon IFSH teilfinanziert.

## 1.3 Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personen (Vollzeitäquivalente in Klammern), Stand jeweils zum Jahresende

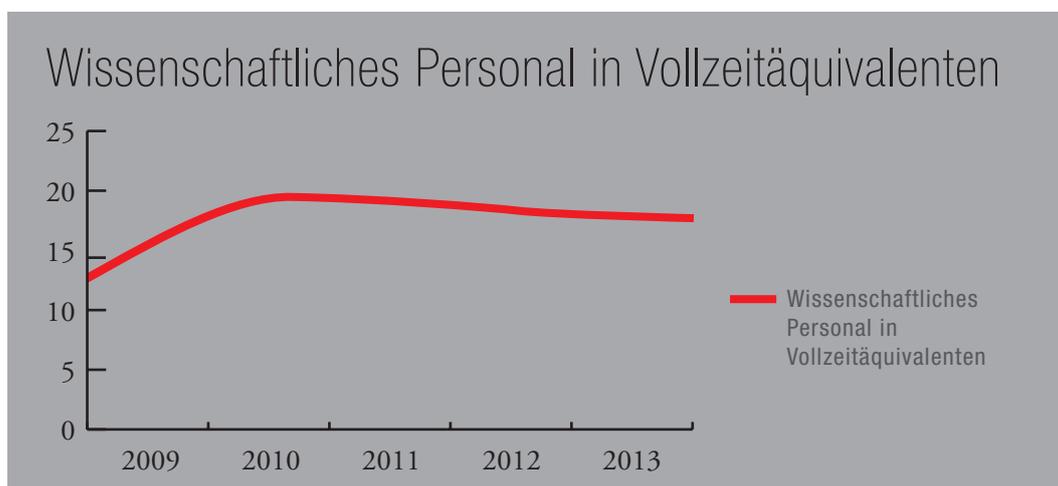
	2009	Davon extern finanziert	2010	Davon extern finanziert	2011	Davon extern finanziert	2012	Davon extern finanziert	2013	Davon extern finanziert
<b>IFSH übergreifend</b>	1	–	1	–	1	–	1	–	2	1
<b>CORE</b>	6	3 <sup>1</sup>	6	3 <sup>1</sup>	6	3 <sup>1</sup>	7	42	7	2
<b>ZEUS</b>	8	3	11	7 <sup>1</sup>	10	6	10	61	1 <sup>1</sup>	6 <sup>2</sup>
<b>IFAR</b>	4	3	5	4 <sup>1</sup>	6	4 <sup>1</sup>	7	31	8	4 <sup>2</sup>
<b>Gesamt</b>	<b>19</b> (13,27)	<b>9</b>	<b>23</b> (18,95)	<b>14</b>	<b>23</b> (19,12)	<b>13</b>	<b>25</b> (18,23)	<b>13</b>	<b>28</b> (17,69)	<b>13</b>
Davon Frauen	7	4	12	6	13	8	12	6	13	6
<b>Nachrichtlich: Anzahl der Promovierenden</b>	19	17	22	20	21	20	18 <sup>3</sup>	16	15 <sup>4</sup>	13
Davon Frauen	11		12		9		8		8	

<sup>1</sup> 1 davon IFSH teilfinanziert.

<sup>2</sup> 2 davon IFSH teilfinanziert

<sup>3</sup> Hinzu kommen neun externe Promovierende, die am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.

<sup>4</sup> Hinzu kommen zehn externe Promovierende, die am Doktorandenseminar teilnehmen, aber nicht unter das Betreuungsprogramm fallen.



## 1.4 Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler

Anzahl Personen, kumuliert über die jeweiligen Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
<b>IFSH übergreifend</b>	1	2	1	1	1
<b>CORE</b>	2	2	1	1	4
<b>ZEUS</b>	3	5	3	3	1
<b>IFAR</b>	1	1	2	–	–
<b>Gesamt</b>	7	10	7	5	6
<b>Davon Frauen</b>	2	2	3	2	3

## 1.5 Drittmittelausgaben und Drittmittelzusagen

a) Tatsächliche Ausgaben (in Euro) / IFSH 2009 – 2013, Drittmittel und Drittmittelgeber, Drittmittelausgaben und Drittmittelzusagen

Arbeitsbereich	Geber		2009 – 2013				
			2009	2010	2011	2012	2013
ZEUS	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	245	76.229	94.015		16.995,51
		Stiftungen	18.370	9.750	14.536	12.089	
		DAAD	32.623	41.327			13.672,50
		BMBF		202.488	371.961	313.738	182.203,28
		EU	58.287	13.464		54.762	68.913,52
	Bundesministerien						
	Land/Länder		–	–			20.000,00
	EU			–			
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		–	5.241			
	Forschungsstipendien		33.690	27.242	24.000		
	Sonstige		10.702	10.520	11.022	981	327,11
<b>Summe ZEUS</b>			<b>153.917</b>	<b>386.261</b>	<b>515.534</b>	<b>381.570</b>	<b>302.111,92</b>
CORE	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	–	–			
		Stiftungen			19.890		
		DAAD	31.477			37.875	47.839,70
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		218.400	206.682	214.048	236.668	243.276,98
	Land/Länder		–	–			40.614,46
	EU		–	–			
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		76.424	11.314	8.235		6.981,12
	Forschungsstipendien		26.925	24.700	12.000		
	Sonstige					3.543	7.926,73
<b>Summe CORE</b>			<b>353.226</b>	<b>242.696</b>	<b>254.173</b>	<b>278.086</b>	<b>346.638,99</b>
IFAR	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG		–			
		Stiftungen	62.185	45.214	68.464	27.695	39.924,06
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		8.750		51.966		113.605,44
	Land/Länder		32.334				9.800,00
	EU		–	–			
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.				19.292	9.580	421,30
	Forschungsstipendien			–			
	Sonstige			7.339	1.494	11.186	5416,60
<b>Summe IFAR</b>			<b>103.269</b>	<b>52.553</b>	<b>141.216</b>	<b>48.461</b>	<b>169.167,40</b>
IFSH übergreifend	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	20.391	84.810	90.750	82.972	57.724,11
		Stiftungen	1.300		25.000		4.050,00
		DAAD					
		BMBF					
		EU	7.935	57.937	94.549	26.456	
	Bundesministerien		35.100	32.175	70.200	77.200	99.610,73
	Land/Länder		6.799	11.025	9.198		2.625,79
	EU			–			
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		24.432	38.702	5.688		
	Forschungsstipendien		4.000	8.000			9.351,32
	Sonstige		80.350	67.491	60.451	42.985	54.845,38
<b>Summe IFAR</b>			<b>180.307</b>	<b>300.140</b>	<b>355.836</b>	<b>229.613</b>	<b>228.207,33</b>
IFSH übergreifend	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	20.636	161.039	184.765	82.972	74.719,62
		Stiftungen	81.855	54.964	127.890	39.784	43.974,06
		DAAD	64.100	41.327		37.875	61.512,20
		BMBF		202.488	371.961	313.738	182.203,28
		EU	66.222	71.401	94.549	81.218	68.913,52
	Bundesministerien		262.250	238.857	336.214	313.868	456.493,15
	Land/Länder		39.133	11.025	9.198		73.040,25
	EU			0			
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		100.856	55.257	33.215	9.580	7.402,42
	Forschungsstipendien		64.615	59.942	36.000		9.351,32
	Sonstige		91.052	85.350	72.967	58.695	68.515,82
<b>Summe IFSH</b>			<b>790.719</b>	<b>981.623</b>	<b>1.266.759</b>	<b>937.730</b>	<b>1.046.125,64</b>

b) Vom IFSH in den Jahren 2009 – 2013 eingeworbene Drittmittel (in Euro)

Arbeitsbereich	Geber		2009	2010	2011	2012	2013
<b>ZEUS</b>	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	226.200				180.400
		Stiftungen			24.800	11.070	
		DAAD	45.962	50.734	1.649		16.590
		BMBF		1.040.750			167.175
		EU			143.765		
	Bundesministerien						
	Land/Länder					20.000	
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.				10.000		
	Forschungsstipendien		40.618	15.622	24.000	16.500	
Sonstige		6.000	9.900	53.000	8.833	46.010	
<b>Summe ZEUS</b>		<b>318.780</b>	<b>1.117.006</b>	<b>257.214</b>	<b>56.403</b>	<b>410.175</b>	
<b>CORE</b>	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG					
		Stiftungen			24.890		
		DAAD	41.590			56.110	43.451
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		220.650	239.572	225.739	248.012	280.962
	Land/Länder					43.000	
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.				14.666		17.949
	Forschungsstipendien		26.925	24.700	12.000	36.720	
Sonstige		71.742					
<b>Summe CORE</b>		<b>360.907</b>	<b>264.272</b>	<b>277.295</b>	<b>383.842</b>	<b>342.362</b>	
<b>IFAR</b>	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG					
		Stiftungen			47.988,5	42.385	
		DAAD					
		BMBF					
		EU	8.750	41.585	75.000		122.662
	Bundesministerien		28.600			9.800	
	Land/Länder						
	EU				30.888	6.392	
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.					12.460	
	Forschungsstipendien		14.980	88.621	1.290		46.010
Sonstige		52.330	130.206	155.166,50	71.037	168.672	
<b>Summe IFAR</b>		<b>103.269</b>	<b>52.553</b>	<b>141.216</b>	<b>48.461</b>	<b>169.167,40</b>	
<b>IFSH übergreifend</b>	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	420.000			208.200	
		Stiftungen	3.300		25.000		
		DAAD					
		BMBF					
		EU					
	Bundesministerien		35.100	37.500	70.000	77.200	77.000
	Land/Länder		10.000			2.800	10.000
	EU						
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.						
	Forschungsstipendien		12.060		25.250	8.000	8.000
Sonstige		45.500	6.000	22.000	33.000		
<b>Summe IFAR</b>		<b>525.960</b>	<b>43.500</b>	<b>142.250</b>	<b>329.200</b>	<b>95.000</b>	
<b>IFSH übergreifend</b>	Wissenschafts- gesteuerte Drittmittel- zuweisungen	DFG	646.200			208.200	180.400
		Stiftungen	3.300		122.678,5	53.455	
		DAAD	87.552	50.734	1.649	56.110	60.041
		BMBF		1.040.750			167.175
		EU				143.765	
	Bundesministerien		264.500	318.657	370.739	325.212	480.824
	Land/Länder		38.600			75.600	10.000
	EU		0				
	Wirtsch./IO/Ausl.Reg.		0		55.554	6.392	17.949
	Forschungsstipendien		79.603	40.322	61.250	73.680	8.000
Sonstige		138.222	76.589	73.290	41.833	92.020	
<b>Summe IFSH</b>		<b>1.257.977</b>	<b>1.554.984</b>	<b>828.925,5</b>	<b>840.482</b>	<b>1.016.209</b>	

## Entwicklung Drittmittel



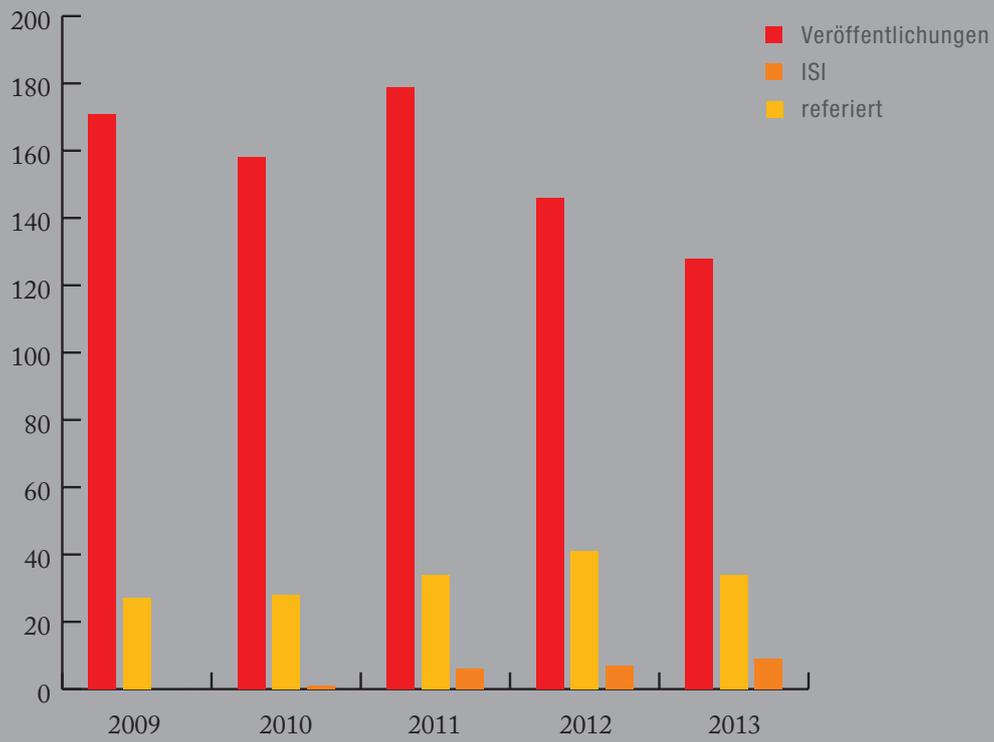
## 1.6 Publikationen

	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert	2012	Davon referiert	2013	Davon referiert
<b>Bücher</b>	18	6	13	4	10	3	7	4	11	4
<b>Buchbeiträge</b>	62	7	65	13	83	15	42	13	41	13
<b>Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften</b>	45	13	29	11	28	8	39	18	26	20
<b>Davon in ISI<sup>7</sup> Zeitschriften</b>	0	0	1	1	6	6	7	7	9	9
<b>Arbeitspapiere/ Studien</b>	22		16	–	27	1	18	–	5	1
<b>Andere</b>	24	1	35	–	49	7	40	6	45	0
<b>Gesamt</b>	<b>171</b>	<b>27</b>	<b>158</b>	<b>28</b>	<b>179</b>	<b>34</b>	<b>146</b>	<b>41</b>	<b>128</b>	<b>34</b>
<b>Davon auf Deutsch</b>	95	12	79	13	121	13	69	5	75	6
<b>Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/ Beschäftigtem<sup>8</sup></b>	12,88	1,13	8,33	1,47	8,92	1,69	5,32	2,13	7,23	1,92

<sup>7</sup> Zeitschriften, die in der ISI World of Knowledge-Liste aufgeführt sind.

<sup>8</sup> In Vollzeitäquivalenten

## Entwicklung Publikationen



## 1.7 Publikationen nach Arbeitsbereichen

	2009	Davon referiert	2010	Davon referiert	2011	Davon referiert	2012	Davon referiert	2013	Davon referiert
<b>IFSH übergreifend</b>	34	5	27	4	61	3,5	18,8	6	32,5	5,5
Davon auf Deutsch	24	2	18	1	42	-	8,3	1	28	1
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/Beschäftigtem/*	34	5	27	4	61	3,5	18,8	6	17,75	3
<b>CORE</b>	45	4	48	9	37	4	18,3	5	13	5
Davon auf Deutsch	19	2	19	3	22	1	4,3	1	3	-
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/Beschäftigtem/*	7,5	0,66	10,66	2	7,59	0,82	3,57	0,97	2,78	1,07
<b>ZEUS</b>	65	14	56	12	60	23,5	37	11	56	24
Davon auf Deutsch	43	7	36	7	42	10	13	3	33	6
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/Beschäftigtem/*	18,41	3,96	7,59	1,62	6,34	2,48	4,48	1,34	7,5	3,21
<b>IFAR</b>	27	3	27	3	21	3	22,8	3	26,5	3,5
Davon auf Deutsch	10	3	11	2	14	2	5	1	9	-
Publikationen pro wissenschaftlich Beschäftigter/Beschäftigtem/*	9,85	1,09	8,43	0,62	4,44	0,63	5,9	0,77	7,1	0,93

\* in Vollzeitäquivalenten

## 1.8 Weitere Indikatoren der Forschungsarbeit 2013

	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Teilnahme an Anhörungen in Parlamenten</b>	15	15	19	5	13
<b>Teilnahme an internen Gesprächen in Ministerien</b>	46	49	65	45	48
<b>Teilnahme an internen Gesprächen in ausl. Ministerien, Parlamenten, internationalen Organisationen</b>			31	65	80
<b>Vorträge</b>	105	118	139	85	129
<b>Podiumsdiskussionen</b>	32	29	33	37	38
<b>Tagungen des IFSH<sup>1</sup></b>	9	16	20	6	25
<b>Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Semesterwochenstunden, 2 Semester p.a.)</b>	41	38	47,5	46	62
<b>Abgeschlossene Promotionen</b>	3	2	2	1	3
<b>Abgeschlossene Master-/ Magister-/ Diplomarbeiten</b>	28	28	23	25	23

<sup>1</sup> Vom IFSH organisierte oder mit Partner(n) gemeinsam organisierte Workshops und Konferenzen

## 1.9 Öffentlichkeitsarbeit

Themen	Vorträge	Podiumsdisk	Tagungen	Interviews	Gesamt
<b>Aktuelle sicherheitspolitische Fragen (hier auch Terrorismus)</b>	59	11	49	93	212
<b>Abrüstung/KRST</b>	18	6	14	18	56
<b>Europ. Sicherheit</b>	4	2	12	8	26
<b>OSZE</b>	18	4	7	–	29
<b>Regionale Konflikte</b>	11	4	8	38	61
<b>Friedensforschung (auch IFSH)</b>	12	6	3	9	30
<b>Sonstiges</b>	7	5	13	14	39
<b>Gesamt</b>	129	38	106	180	<b>453</b>

## 1.9 Öffentlichkeitsarbeit

Jahr	Vorträge	Podiumsdisk	Tagungen	Interviews
<b>2013</b>	129	38	106	180
<b>2012</b>	118	30	116	152
<b>2011</b>	139	33	127	183
<b>2010</b>	118	29	117	190
<b>2009</b>	105	32	90	145

### Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg  
Beim Schlump 83  
20144 Hamburg  
Fax 040 866 36 15  
Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936-0026

Gestaltung/Layout: Fraschworks web[solutions] – Nils Henner Frasch, [www.fraschworks.de](http://www.fraschworks.de)

